



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Landkreistag:

Erfolge und Hausaufgaben

Auf ein erfolgreiches Jahr können die bayerischen Landkreise nach Ansicht ihres Präsidenten Dr. Jakob Kreidl zurückblicken. Dennoch sieht der Miesbacher Landrat die Finanzsituation der bayerischen Landkreise „mit einem lachenden und einem weinenden Auge“, wie er auf einer Pressekonferenz in München mitteilte.

Zwar konnten die kommunalen Spitzenverbände nach Kreidls Angaben einen rekordverdächtigen kommunalen Finanzausgleich aushandeln; dennoch werden die Landkreise auch im neuen Jahr von der negativen Steuerentwicklung 2009/2010 und dem jährlichen Anstieg der Sozialausgaben um 250 Mio. Euro betroffen sein, was landesweit zu einem Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze führe.

Stukturverbesserungen

Der Präsident verspricht sich von der Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuererwerb von 12,2 % auf 12,5 % eine dauerhafte strukturelle Verbesserung für die Kommunen. Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 100,2 Mio. Euro komme den finanzschwachen Gemeinden und Landkreisen zugute und stärke deren Verwaltungshaushalte. Mit dem Anstieg der Hochbauförderung um 80 Mio. Euro werde der Bildungsinfrastruktur hohe Priorität beigemessen.

Kreidl zeigte sich zuversichtlich, „dass die massive Anhebung der nach der Finanzstärke gestaffelten Mindestinvestitionspauschalen um 75 Mio. Euro insbesondere die Investitionskraft der kleineren Gemeinden, besonders die mit geringer Umlagekraft stärken wird“. Als besonders positiv bewertete er auch, dass es gelungen sei, den Ansatz für kommunale Umgehungsstraßen um 10 Mio. Euro auf insgesamt 30 Mio. Euro zu erhöhen. Nach dem Steuereintruch 2009

und der verhaltenen Entwicklung der Steuereinnahmen 2010 erholten sich im vergangenen Jahr die Steuereinnahmen der Gemeinden und kreisfreien Städte. Kreidl zufolge „kam der Steuereintruch bei den Gemeinden im Jahr 2009 über den Rückgang der Umlagekraft erst 2011 bei den Bezirken und Landkreisen an und wird sich 2012 fortsetzen. Erst 2013 können die Bezirke und Landkreise wieder mit einem Anstieg der Umlagekraft rechnen.“

Wegen Rückgangs der Umlagekraft 2011/2012 und des ständigen Anstiegs der Sozialhilfeausgaben der bayerischen Kommunen um rund 250 Mio. Euro jährlich prophezeite der Landkreistagschef auch für 2012 einen Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze.

Unsicherheit durch Krise

Besorgt zeigte sich Kreidl über die unbestimmten Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise auf die Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden 2012: „Auch die Konsequenzen auf die Realwirtschaft und die staatliche und kommunale Finanzlage ist unsicher.“ Zudem hätten viele Kommunen noch nicht die durch den strengen Winter 2010/2011 verursachten Straßenschäden behoben. Die kommunale Infrastruktur müsse auch in Zeiten erhöh-

ter Verkehrsbelastungen, strenger Winter und stets zunehmender Fahrzeugzulassungen erhalten werden.

Ein Lichtblick

Als Lichtblick bezeichnete der Miesbacher Landrat die vom Bund angekündigte Übernahme der vollständigen Finanzierungslast der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: „Die bayerischen Kommunen werden 2012 in Höhe von 144,4 Mio. Euro, 2013 in Höhe von 315,30 Mio. Euro und 2014 in Höhe von 480,03 Mio. Euro entlastet. Diese Entwicklung haben wir auch der Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung zu verdanken.“ Der Präsident hofft auch auf Mithilfe der Bayerischen Staatsregierung bei sozial gerechten Standardänderungen: „Es geht uns nicht um sozialen Kahlschlag, sondern um mehr soziale Gerechtigkeit. Kostensteigerungen der Kommunen im sozialen Bereich müssen begrenzt werden.“

Als „die große Zukunftsaufgabe, die ein umfassendes Politikmanagement auf staatlicher und kommunaler Ebene verlangt“, bezeichnete Jakob Kreidl die Energiewende. Den Land-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Energiewende:

Zukunftsprojekt für Kommunen

Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag

Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Damit alle den gleichen Weg gehen, ist es besonders wichtig, miteinander in den Dialog zu treten. Der Frage, was die Kommunen erwartet bzw. was sie als Unterstützung erwarten, ging im Konferenzzentrum München eine Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag nach.

Prof. Josef Neiß, Leiter der Energieabteilung im Bayerischen Wirtschaftsministerium, erläuterte zunächst das Zieldreieck der bayerischen Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimafreundlichkeit. Auch wenn es gelinge, 50 Prozent des Verbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu decken, klappt laut Neiß in Bayern immer noch eine Erzeugungslücke von 28,3 Prozent,

wenn 2023 kein Atomstrom mehr fließt. Der neue Windenergie-Erlass vereinfache die Genehmigungsverfahren. Relativ schnell werde er aufzeigen, wo in Bayern geeignete Standorte zu finden sind.

Gaskraftwerke

Potenziale bei der Stromerzeugung sieht Neiß vor allem im Bereich der Photovoltaik und der

Windkraft, jedoch würden in Zukunft auch Gaskraftwerke benötigt. Wenn außerdem bis Ende 2015 das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht, könnte es für Nordbayern eng werden: „Wir brauchen bis dahin die so genannte Thüringer Strombrücke.“ Dringenden Handlungsbedarf sieht Neiß in der Weiterentwicklung der Speichertechnologien und im Netzausbau. Bayern investiere in den nächsten fünf Jahren mehr als eine Milliarde Euro in den Umbau der Energieversorgung, in Klimaschutz und Energieforschung.

Bedarfsanalyse

Die Energieagentur „Energie Innovativ“ kümmert sich, wie ihr Leiter Robert Götz, darlegte, um die Bedarfsanalyse, das Monitoring und die Akzeptanz der Energiewende sowie um die Koordinierung der Initiativen. Götz versprach auch den anwesenden Vertretern der Kommunen, im Konzert der zuständigen Stellen „der eine Ansprechpartner“ zu

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Engagement braucht Partizipation“

Fachtagung Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen

Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen ist eine wichtige Ressource für die Zukunftsfähigkeit der Landkreise. Während der Tagung „Engagement braucht Partizipation“ diskutierten 40 Teilnehmer aus den bayerischen Landkreisen im Landratsamt München die Perspektiven der Förderung der Partizipation und des Engagements älterer Menschen.

Die Fachtagung griff ein hochaktuelles Thema aus dem Bereich des bürgerschaftlichen En-

gagements auf. Der freiwillige Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern erfährt nicht nur eine hohe Wertschätzung, manche soziale Leistungen sind ohne dieses Engagement gar nicht mehr zu gewährleisten. In das Thema führte Bernhard Eder, Referent bei dem Bildungsinstitut kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen, mit seinem Vortrag „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen – zwischen Gratisbürger und Aktivbürger“ ein. In den anschließenden parallelen Workshops wurden unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ nachahmenswerte Projekte aus Gemeinden und Landkreisen vorgestellt. In der Abschlussdiskussion hatten die Teilnehmer Gelegenheit, mit Dr. Klaus Schulenburg, Bayerischer Landkreistag, Hartmut Stiller, Landratsamt Kitzingen, Hans Heidötting, Vorsitzender des Seniorenrats der Stadt Fürth, und Bernhard Eder über „Entwicklungschancen und Anforderungen an die Engagementförderung in den Landkreisen“ zu diskutieren.

Dr. Klaus Schulenburg wies in seinem einleitenden Statement

darauf hin, dass das Thema den Landkreisen wichtig sei. Wie viel Partizipation ist nötig? Hier gelte es, unklare Begriffe genau zu definieren. Engagement brauche Partizipation, deren Voraussetzung wiederum das vielfältige bürgerschaftliche Engagement sei. Die seniorenpolitischen Gesamtkonzepte, die in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten erstellt werden, bieten einen wichtigen Rahmen für das bürgerschaftliche Engagement und für die Bürgerbeteiligung älterer Menschen.

Einsatz unverzichtbar

Die Landrätin des Landkreises München Johanna Rumschötel betonte in ihrem Grußwort, wie wichtig der freiwillige Einsatz von Seniorinnen und Senioren ist: „Das Engagement älterer“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

In letzter Zeit denkt der Bürgermeister viel über Stress-tests nach. Erst waren es Banken, dann Atomkraftwerke, und jetzt sogar Bundespräsidenten. Dabei würde er viel lieber mehr über die Eurokrise und Deutschlands neue Rolle in der Welt reden. Sein einfaches Fazit: Die Wahrheit muss immer am Stück auf den Tisch. Seite 19



Innenminister Joachim Herrmann hat jüngst die eigenen Internetseiten seines Ministeriums zum Ehrenamt vorgestellt und freigeschaltet. Unter <http://www.ehrenamt.bayern.de> kann sich jetzt jeder über die ehrenamtlichen Tätigkeiten im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums informieren. Gleichzeitig gab Herrmann gemeinsam mit dem Präsidenten des FC Bayern München, Uli Hoeneß, den Startschuss für den Fotowettbewerb „Wir sind Ehrenamt – Unsere Ehrenamtlichen stellen sich vor.“ Foto: Schwepfinger

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtagsfraktionen in Klausur	Seite 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Gute Vorsätze zum neuen Jahr	3
Wirtschaftsforum Oberland: Kommunale Trends	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik	5-10
Abfall · Umwelt · Recycling	11-12
Kommunalfahrzeuge	13-15
GaLaBau · Friedhofsgestaltung	15
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

In Konkurrenz für ein zukunftsfähiges Bayern

Landtagsfraktionen legen in ihren Klausuren Schwerpunkte für den Wahlkampfauftakt fest

Die Klausuren der fünf Landtagsfraktionen am Jahresanfang standen und stehen heuer unter dem Vorzeichen, 2012 sei der Einstieg in die Landtagswahl im Herbst 2013. Regierungsparteien und Opposition sehen sich auf Augenhöhe, da die aktuellen Umfragen 44% oder 42% für die CSU signalisieren, was entweder für eine knappe absolute Mehrheit der Union im kommenden 17. Landtag oder Koalitionen gegen sie unter Führung der SPD reichen würde. Die derzeit mitregierende FDP wäre mit zwei bis drei Prozent Wählerstimmen nicht mehr im Landtag. Bei diesen Perspektiven sehen alle fünf derzeitigen Fraktionen ihre Schwerpunkte für die Arbeit im Maximilianeum und quer durch den Freistaat weitgehend gleich, jedoch mit unterschiedlichen Akzenten: Wirtschaft, Energie, Bildung und Landesentwicklung, wobei die engere Kooperation mit den Kommunen eine Rolle spielen soll.

Den Auftakt gab die SPD. Bei aller Wichtigkeit des Generalthemas Bildung mit Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und Verzicht auf Studiengebühren wurde in Kloster Irsee das Bekenntnis zum HighTech-Standort Bayern ins Zentrum gestellt. Das Land müsse Weltmarktführer im Bereich Zukunftstechnologie, Elektromobilität und erneuerbarer Energie bleiben, wobei die Mindestlöhne zu verbessern und zu sichern seien. Es sei vorstellbar, erläuterte Wirtschaftssprecher Thomas Beyer, öffentliche Aufträge und Zuschüsse davon abhängig zu machen, dass sich die Auftragnehmer zu betrieblicher Mitbestimmung, Mindestlöhnen, besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ökologisch nachhaltiger Produktion bekennen.

Bürgerbewegung

Ministerpräsidentenkandidat Christian Ude setzte in der Klausur und nach außen die entscheidenden Eckpunkte. Er will eine Bürgerbewegung mit kommunaler Basis, weil ich zeitweilig ein Kommunalpolitiker war“. Damit verband er den Appell an die Freien Wähler, die aus gleichem Holz gewachsen seien. Unterschiede wie der Streit um eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen spielten für eine Koalition keine Rolle. Es gelte, die Regierungsfähigkeit in den Zu-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willi Heidl
95199 Thierstein
am 27.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Rümpelein
95511 Mistelbach
am 6.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Endres
97855 Triefenstein
am 6.2.

Bürgermeister Helmut Reiß
91468 Gutenstetten
am 25.1.

Bürgermeister Karl Huber
85119 Ernsgaden
am 25.1.

Bürgermeister Max Köberl
94160 Ringelai
am 26.1.

Bürgermeister Karl Hertlein
91729 Haundorf
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Simon
63911 Klingenberg
am 31.1.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

kunftsfragen zu beweisen. Ude und Fraktionschef Markus Rinderspacher ließen indes keinen Zweifel, dass es bei aller Euphorie bis zur Regierungsübernahme noch ein langer Weg sei. Man rechnet trotz manchen Schlagabtauschs mit Freien Wählern und Grünen als Koalitionspartnern.

Die Freien Wähler waren in ihrer Augsburger Klausur in den Schwerpunktthemen weitgehend auf gleicher Linie, setzten aber eigene Akzente. Es gelte, eine „berechenbare und nachhaltige Kraft zu präsentieren“, die sowohl mit der SPD als auch mit der CSU koalieren könne. Damit hielt sich Fraktions- und Landesvorsitzen-

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Investitionen auf historischem Tiefstand

Bei der Jahresversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in München hat deren Vorsitzender, Forchheims Oberbürgermeister Franz Stumpf, seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen die bayerischen Krankenhäuser nicht von der blendenden finanziellen Lage des Freistaats profitierten.

„Mit der Entscheidung, die Investitionsförderung für die Krankenhäuser weiter zu kürzen, hat man ein Signal an die Kliniken in Bayern gesendet, das unerfreulicher kaum hätte sein können“, urteilte Stumpf. Es erschüttere eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, wenn man in der aktuellen Situation, in der man 700 Mio. Euro zusätzlich in wichtige Staatsaufgaben investieren kann, eine weitere Kürzung beschließt.

Hinteres Mittelfeld

Die für 2012 geplanten 430 Mio. Euro stellen nach Stumpfs Ansicht einen neuen Tiefpunkt dar. Innerhalb von zehn Jahren habe sich die staatliche Förderung von Krankenhausinvestitionen um 30 Prozent verringert. Bayern sei im bundesweiten Vergleich damit im hinteren Mittelfeld angekommen. Stumpf: „Angesichts der Tatsache, dass wir erst im Jahr 2011 die Finanzierung gewaltiger Sanierungsmaßnahmen in mehreren Großkrankenhäusern zugesagt haben, die über Jahre hinaus einen erheblichen Teil des Fördervolumens beanspruchen, ist diese Entscheidung unverständlich. Man riskiert, ja programmiert geradezu, dass in den kommenden Jahren weitere notwendige Baumaßnahmen sowie die Abfinanzierung laufender Projekte darunter leiden werden.“

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft appelliert an den neuen bayerischen Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber, diesen Trend im Jahr 2012 umzukehren. Man wünsche sich einen Minister mit einer starken Position der bayerischen Interessen in der Berliner Gesundheitspolitik

Schwerpunkte festgezurrt. Dafür eine moderne und nachhaltige Wirtschaftspolitik der Ökologie und Ökonomie nebst der überfälligen Schulreform. Nur so seien die ländlichen Schulen zu erhalten. Bei CSU und FDP diagnostizierten die Grünen „spürbare Nervosität.“

Schwerpunktsetzung

Das will die CSU, wie in der Klausur in Wildbad Kreuth konzipiert, durch eigene Schwerpunktsetzung in Wirtschaft, Bildung, Finanzen und Landesentwicklung widerlegen, gestützt auf Bayerns Spitzenstellung in Deutschland und Europa. Die SPD wolle die Erfolge der CSU durch „mehr Gängelung, mehr Vorschriften, mehr Bürokratie und mehr Reglementierung der Arbeitsplätze gefährden“, konterte Fraktionsvorsitzender Georg Schmid. „Wir setzen statt Lenkung durch die Obrigkeit auf intelligente Lösungen aus dem Mittelstand und der Industrie.“

Die FDP will in ihren Beratungen in Benediktbeuern angesichts der katastrophalen Meinungsumfragen klar machen, gerade in den Krisenjahren hätten die Liberalen dazu beigetragen, dass Bayern so gut dastehe. Der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen, stellte Wirtschaftsminister Martin Zeil fest. Die derzeitige Koalition mit gelegentlichen Differenzen um Bürgernähe, Liberalität und konservative Tradition, sei und bleibe der richtige Weg in Bayerns Zukunft. **rm**

Finanzminister Söder:

Schlüsselzuweisungen auf Rekordniveau

Rund 2,7 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Bayerns Kommunen erhalten in diesem Jahr rund 2,7 Milliarden Euro an Schlüsselzuweisungen. „Damit werden die kommunalen Haushalte nachhaltig gestärkt“, teilte Dr. Markus Söder, Finanzminister, jüngst mit. Die Schlüsselzuweisungen betragen 2012 rund 2,7 Milliarden Euro und damit rund vier Prozent mehr als im Vorjahr. „Die Kommunen können damit starke Akzente vor allem im ländlichen Raum setzen.“

Die kreisfreien Städte erhalten 2012 insgesamt 648 Millionen Euro. An die kreisangehörigen Gemeinden fließen mehr als eine Milliarde Euro. Für die Landkreise sind 966 Millionen Euro vorgesehen. Die Schlüsselzuweisungen stellen die größte Einzelleistung im Kommunalen Finanzausgleich dar. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wurde für 2012 um 0,3 Prozentpunkte auf 12,5 Prozent angehoben. So partizipieren die Kommunen dauerhaft in einem größeren Umfang an den Steuereinnahmen des Landes. „Die Bayerische Staatsregierung ist der verlässliche Partner der bayerischen Kommunen“, hob Söder hervor.

Vorbehalt

Laut Söder wurden für die Städte, Gemeinden und Landkreise die auf sie entfallenden Schlüsselzuweisungen 2012 bereits in vorherigen Jahren vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung berechnet. Ziel ist, den Landkreisen, Städten und Gemeinden die

Haushaltsaufstellung für 2012 zu erleichtern, so Söder. Grundlage war der Entwurf des Nachtrags Haushaltes 2012 und des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2012. Bis zur Entscheidung des Landtags über den Nachtrags Haushalt und das Finanzausgleichsänderungsgesetz stehen die Schlüsselzuweisungen daher noch unter Vorbehalt.

Finanzkraft stärken

Schlüsselzuweisungen haben die Aufgabe, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und Unterschiede in der Steuerkraft der Kommunen abzumildern. Dabei wird auch die unterschiedliche Aufgabbelastung der Kommunen berücksichtigt. Mit Ausnahme einiger weniger, besonders steuerstarker Kommunen erhalten alle bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise Schlüsselzuweisungen. Für die Empfänger gehören die Schlüsselzuweisungen zu den freien Deckungsmitteln, über die sie selbständig und ohne staatliche Einflussnahme verfügen können. **□**



Pakt für den Kommunalwald

Der Freistaat wird die bayerischen Kommunen auch künftig besonders unterstützen, damit sie ihre Wälder vorbildlich bewirtschaften können. Zum Abschluss des „Internationalen Jahres der Wälder“ haben Staatsregierung, Städtetag und Gemeindetag dazu einen neuen „Pakt für den Kommunalwald“ geschlossen, der die entsprechenden Rahmenbedingungen vorgibt. Ministerpräsident Horst Seehofer (2. v. r.), Forstminister Helmut Brunner (2. v. l.), Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl (r.) und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly (l.), unterzeichneten die Vereinbarung bei einem Treffen in München. **□**

bei. Rund jede vierte Klinik verzeichne weiterhin Defizite; „eine Situation, die in jeder Wirtschaftsbranche die Alarmglocke schrillen ließe und Anlass für Rettungsaktionen, Rettungsschirme und ähnliche Bemühungen wäre.“

Wie Stumpf feststellte, „ist es ungerecht und sachlich falsch, diesen Krankenhäusern pauschal zu unterstellen, sie wären unwirtschaftlich und nicht in der Lage, ihre Effizienz zu steigern“. Diesen Eindruck erwecke zum Beispiel das jüngste Forschungsprojekt des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), das versucht, bundeslandbezogen die Kosteneffizienz von Krankenhäusern zu ermitteln. Die Vorgehensweise des Projekts, die Topwerte als Maßstab zu nehmen und alles was darunter liegt als nicht genutzte Effizienzreserven hochzurechnen, bezeichnete Stumpf als „regelwidrig, weil im Krankenhausbereich nicht anwendbar“. Krankenhäuser könnten z. B. bauliche Strukturen nicht nach Belieben verändern, um Abläufe

zu optimieren, weil sie in ihren Investitionsentscheidungen nicht frei sind.

Laut Stumpf sind Krankenhäuser keine Produktionsstätten, die ihren Standort wählen können. Auch können sie ihr Leistungsportfolio nicht beliebig gestalten, haben sie doch entsprechend ihrem Versorgungsauftrag in ihrer Region die stationäre Versorgung sicherzustellen - unabhängig davon, wie gut oder schlecht das Verhältnis von Vorhaltekosten und Erlösen ist. Nicht selten gingen die Aufgaben des Krankenhauses weit über diese Pflichten hinaus.

„Wer“, so fragte der Präsident, „kennt nicht das Problem, dass Kliniken in so mancher Region zu wirtschaftlich extrem ungünstigen Konditionen die ambulante Notfallversorgung sicherstellen müssen, obwohl dies formal nicht zu ihrem Auftrag gehört?“ De facto könne sich aber ein Krankenhaus kaum dieser Pflicht entziehen. All diese Faktoren zu ignorieren und unter Effizienzreserven zu summieren, sei „schlichtweg falsch und unredlich“. **DK**

und einen objektiv moderierenden Ausgleich zwischen den unterschiedlichen verbandspolitischen Interessen im Freistaat.

Stumpf verwies auf die Unverhältnismäßigkeit, mit der einerseits höchste Erwartungen an die Kliniken und ihre Mitarbeiter gestellt würden und gleichzeitig Desinteresse herrsche an der problematischen wirtschaftlichen Situation vieler Kliniken und den zu verbessernden Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. „Von jeder Klinik wird Fehlerlosigkeit, Fortschritt, Menschlichkeit, Wirtschaftlichkeit usw. erwartet. Das perfekte Krankenhaus ist der Standard, darunter wird nichts akzeptiert. Eine Abweichung davon, und sei es nur ein Einzelfall, wird nicht hinterfragt, sondern schnell zum Skandal hochstilisiert“, meinte der Präsident. Dies reiche von Fragen zur Hygiene über Weiterbildung bis hin zur Abrechnung. Werde irgendwo ein Makel sichtbar, sei vom Skandal in der Klinik die Rede, lange bevor die Ursachen geklärt sind.

Versorgungskette

„In der öffentlichen Diskussion soll auch einmal die herausragende Leistung der Krankenhausmitarbeiter in den Vordergrund gerückt werden“, so Stumpfs Wunsch. In Bayerns Krankenhäuser würden knapp 3 Millionen, bundesweit rund 17 Millionen Menschen behandelt. Viele von ihnen befänden sich in schwieriger, oft auswegloser Situation. In das Krankenhaus am Ende der Versorgungskette setzten viele Patienten ihre Hoffnung und die überwältigende Mehrheit sei mit der meist hochkomplexen Behandlung zufrieden.

An die Vertreter der Kranken-

kassen wandte sich der BKG-Präsident mit dem Appell, gemeinsam grundlegende Fehler im System der Krankenhausfinanzierung zu beheben. Die immensen Ausgabensteigerungen müssten durch eine faire und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Gegenfinanzierung ausgeglichen werden können.

Warnzeichen

Stumpf zufolge verdichten sich die Warnzeichen und Indizien für eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation in den bayerischen Kliniken. Die Bilanzen vieler Krankenhäuser, die in den vergangenen Jahren ausgeglichene Ergebnisse erzielen konnten, stürzten in 2011 ins Defizit. „Die Gründe hierfür sind nicht Missmanagement oder Effizienzreserven, sonst hätten die Kliniken in den vergangenen Jahren nicht erfolgreich gearbeitet. Es sind die geänderten Rahmenbedingungen“, machte Stumpf deutlich. Die Kürzungen, die die Bundesregierung mit dem GKV-Finanzierungsgesetz für 2011 und 2012 beschlossen habe sowie eine von den Krankenkassen in Bayern durchgesetzte Nullrunde beim Landesbasisfallwert hinterließen ihre Spuren.

Wie der Präsident feststellte, konnten in den Jahren 2009 und 2010 viele Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Situation verbessern: „Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass sie, meist mit großer Kraftanstrengung, ihre Strukturen änderten, und zum anderen darauf, dass von der Politik notwendige Rahmenbedingungen geschaffen wurden - Stichwort Tarifierhöhungsraten im Jahr 2009.“

Auf dieser Grundlage jedoch die pauschale Behauptung aufzustellen, den Krankenhäusern ginge es doch inzwischen gut, geht nach Auffassung des BKG-Präsidenten an der Realität vor-

Haus der Bayerischen Geschichte:

Rückblick und Vorfreude

Auf ein äußerst erfolgreiches Ausstellungsjahr 2011 blickt der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte Dr. Richard Loibl zurück. Wie er bei der Jahrespressekonferenz im Münchner Presseclub hervorhob, hat die Bayerische Landesausstellung „Götterdämmerung. König Ludwig II.“ im Schloss Herrenchiemsee mit über einer halben Million Besucher einen Rekord aufgestellt und ist zur erfolgreichsten kulturhistorischen Ausstellung der vergangenen drei Jahrzehnte in Deutschland avanciert.

Nach diesem sensationellen Erfolg will das Haus der Bayerischen Geschichte heuer mit seinem ersten grenzüberschreitenden Projekt punkten, berichtete Loibl. Die bayerisch-österreichische Landesausstellung 2012 wird sich vom 27. April bis zum 4. November unter dem Titel „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert“ der wechselseitigen gemeinsamen Geschichte Bayerns und Österreichs widmen. Ausstellungsorte sind Burghausen (Bayern) sowie Braunau und Mattighofen (Oberösterreich). Das Haus der Bayerischen Geschichte zeigt auf der Burg in Burghausen die Geschichte der beiden Länder im Mittelalter. Die beiden oberösterreichischen Standorte führen diese Geschichte(n) bis in die Zeit um 1800 fort.

Sechs Themenkomplexe

Die kleinere Bayern-Ausstellung des Jahres 2012 wird wiederum die Wehrhaftigkeit Frankens in der Neuere Geschichte zum Thema haben. „Festungen – Frankens Bollwerke“ lautet der Titel der Schau, die vom 17. Mai bis zum 21. Oktober im Fürstentum der Festung Rosenberg im oberfränkischen Kronach präsentiert werden wird.

Geplant sind sechs Themenkomplexe: Im Bereich „Kanonendonner und Pulverqualm“ soll es um die Entstehung der Festungen gehen. Die dem Verstärken der Mauern zugrunde liegende Ingenieurskunst wird unter dem Titel „Ingenieure und Bastionen“ den zweiten Schwerpunkt bilden. Im dritten Themenblock beschäftigt sich die Ausstellung mit „Prunk und Pracht“ – also mit dem Reichtum, der in fränkischen Festungen herrschte. Wie die einfachen Menschen in einer Festung lebten, skizziert Abschnitt vier der Bayern-Ausstellung unter dem Motto „Himmelbett und Strohsack“.

160 Exponate

Welche Schlachten um die Bollwerke in der Historie geführt wurden, darüber klärt der fünfte Ausstellungskomplex „Minengang und Feuersbrunst“ auf. Der sechste und letzte Teil der Ausstellung befasst sich schließlich mit der Nutzung der Festung im 19. und 20. Jahrhundert. Zu sehen sind insgesamt 160 Exponate, davon 70 Originale. Acht davon kommen als Leihgaben nach Kronach – sollen aber möglichst dauerhaft bleiben.

Als weitere wichtige Aktivitäten des Hauses der Bayerischen Geschichte nannte Direktor Loibl die Wanderausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“, die im Jahr 2012 fortgeführt wird, die neu erschienenen Hefte der EDITION BAYERN sowie die beiden Internetportale zu den „Zeitzeugen“ und dem „Königreich Bayern 1806-1918“, die 2011 online gegangen sind.

Der dritte Sonderband der EDITION BAYERN widmet sich z. B. in lebendigen, reich bebilderten Texten dem „Phänomen Tracht“. Dabei schlagen die Autorinnen und Autoren den zeitlichen Bogen von den Anfängen der Tracht als „Nationalcostüm“ im 17. Jahrhundert bis hin zu den „modisch“ genannten Auswüchsen, die man heute auf dem Oktoberfest sehen kann.

Wobei man wieder beim „Costüm“ wäre. Doch Tracht ist auch heute noch weit mehr als Ethnolook, Mode für Oktoberfest-Touristen oder „s'oides Gwand“. Dank der Trachtenvereine, die Brauchtum, Tradition und Tracht pflegen und beleben.

Alle Könige im Überblick

Zum 200. Geburtstag des bayerischen Königs Maximilian II. präsentiert das Haus der Bayerischen Geschichte seit November 2011 einen einmaligen Überblick über das bayerische Königreich. Das Internetportal „Königreich Bayern 1806-1918“ (www.koenigreichbayern.hdbg.de) informiert über die Epoche von Max I. Joseph bis Ludwig III. – vom ersten bis zum letzten bayerischen König.

Die Darstellung innerhalb des Internetportals ist nach den Herrschern gegliedert und jeweils in die Kategorien Themen, Ereignis-

nisse, Personen, Objekte unterteilt. Die prägenden Themen der Zeit und ihre Besonderheiten werden in umfangreichen Texten dargestellt und durch rund 1.500 Fotografien und Abbildungen von Postkarten, Plakaten und Exponaten sowie durch gesprochene Texte und Musikbeispiele illustriert. Bilder, Grafiken und Tondokumente sind ausführlich beschrieben und mit Begleittexten versehen. Umfangreiche Literaturhinweise zu jedem Herrscher runden das Angebot ab.

Freude über Neubau

Direktor Loibl machte schließlich auch kein Hehl daraus, dass im Haus der Bayerischen Geschichte Freude über die Entscheidung über das bayerische Landesmuseum herrsche. „Wir sind, um es mal preußisch zu sagen, stolz wie Oskar, dass wir dieses Museum bauen dürfen“, erklärte er. Loibl rechnet damit, dass die Verhandlungen mit der Stadt Regensburg bis Februar und der Architektenwettbewerb im Lauf des Jahres 2012 abgeschlossen sein werden. „Dann dürfen wir keine Zeit versäumen.“ Das Museum soll 61,5 Millionen Euro kosten und bis 2018 fertig gestellt sein. **DK**

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Wege aus der Schuldenfalle

Auf die nach wie vor kritische Finanzlage vieler Kommunen hat der deutsche Städte- und Gemeindebund bei seiner Bilanzpressekonferenz in Berlin hingewiesen. Wie DStGB-Präsident Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, darlegte, sei das Jahr 2011 ein gutes Jahr für die Städte und Gemeinden gewesen. Die Kommunen hätten von dem Konjunkturaufschwung profitiert, was sich insbesondere bei den steigenden Gewerbesteuererträgen zeigt. Gleichwohl hätten die Städte und Gemeinden das Jahr 2011 mit einem Defizit von rund drei Milliarden Euro abgeschlossen.

„Trotz der guten Entwicklung wuchsen die Sozialkosten – und damit die Ausgaben – auf die Rekordmarke von fast 45 Milliarden Euro weiter an. Diese Entwicklung zeigt, dass ein grundsätzliches Umsteuern notwendig ist“, betonte Schäfer. Große Sorge bereiten die Kassenkredite, die mit über 44 Milliarden Euro eine neue Rekordhöhe erreicht haben. „Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben eine enorme Lücke klafft“, erläuterte der Präsident.

Agenda 2020

Nach Schäfers Auffassung bedarf es einer Agenda 2020, um endlich den Weg aus dem Schuldenstaat zu finden. Bund, Länder und Kommunen seien in Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Täglich müssten dafür fast 170 Mio. Euro Zinsen aufgebracht werden – Geld, das für Bildung und für die notwendige Infrastruktur fehlt. „Trotz eines guten Wirtschaftswachstums und zurückgehender Arbeitslosigkeit kommen die staatlichen Haushalte nicht ohne immer neue Schulden aus“, meinte Schäfer.

Um der Schuldenfalle zu entkommen, könnte man laut Schäfer zumindest einen gewissen Teil der Altschulden in einem Fonds zusammenzuführen und gesetzlich festzulegen, dass dieser Betrag aus bestimmten Steuereinnahmen dauerhaft getilgt wird. Überlegenswert sei es auch, den Solidarbeitrag letztlich nicht abzuschaffen, sondern zum Beispiel für ein Konjunkturprogramm III zu Gunsten der Kom-

munen zu nutzen und so mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu ermöglichen.

Schäfer: „Die Stabilisierung unseres Sozialstaates, den Weg in die Bildungsrepublik und die notwendigen Investitionen in Wissenschaft und Infrastruktur werden wir nur schaffen, wenn wir in einer Agenda 2020 die Einnahmen verbessern und die Ausgaben reduzieren.“ Bestandteil einer solchen Agenda 2020 müsse aus kommunaler Sicht die weitere Stabilisierung der Gewerbesteuer z. B. durch Einbeziehung der Freien Berufe sein.

Alle Leistungsgesetze gehörten auf den Prüfstand. Im Übrigen müsse der Grundsatz vom Vorrang für Investitionen in Bildung und Infrastruktur vor höheren Transferleistungen gelten. So wäre es Schäfer zufolge sinnvoller, auf das geplante Betreuungsgeld zu verzichten und die Kommunen damit beim Ausbau der Kinderbetreuung zu unterstützen.

Mehr Europa

„Zur Lösung unserer gemeinsamen Probleme brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa!“, hob der Hauptgeschäftsführer des DStGB und Generalsekretär des RGR, Dr. Gerd Landsberg hervor. Die Politik müsse die großen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses viel deutlicher kommunizieren und die Vorteile herausstellen. Frieden, die Freiheit in Europa zu reisen, zu arbeiten und zu leben, eine nach wie vor stabile Währung, Erfolge beim Umwelt- und Verbraucherschutz, die Hilfen beim Aufbau Ost durch europäische Struktur-

Liebe Leserinnen und Leser,

was hat das alte Jahr gebracht? Was muss im neuen Jahr anders und/oder sogar besser werden?

Diese und ähnliche Fragen stellen sich die meisten Menschen zum Jahreswechsel. In der Familie und auf traditionellen Neujahrsempfängen, im kleinen und im großen Kreis kommt man zusammen, stößt auf das neue Jahr an, tauscht gute Wünsche aus, fasst Vorsätze und plant Unternehmungen. Man sollte die Messlatte jedoch nicht so hoch legen, dass man nur noch darunter durchschlüpfen kann, am Ende des Jahres

Gute Vorsätze zum neuen Jahr

sollten zumindest einige Vorsätze und Vorhaben umgesetzt sein.

Was nimmt sich die Kommunalpolitik für das Jahr 2012 vor?

Nun, zunächst wünschen wir uns eine stabile Gesundheit, damit wir für alle Herausforderungen und Vorhaben gut gerüstet sind. Denn wir haben Einiges zu tun:

- Diskussion um Eurostabilität
- Finanzielle Herausforderungen
- Umsetzung der Energiewende
- Förderung ländlicher Raum
- Bildungspolitik
- Demographische Entwicklung
- Kinderbetreuung
- dazu eine Vielzahl von Kommunalwahlen.

Wie wollen wir uns diesen Herausforderungen entgegenstellen? Der europäischen Finanzkrise kann der bayerische Kommunalpolitiker nicht trotzen, jedoch ist mit einem ausgeglichenen

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Haushalt ein solides Fundament gelegt, das vorbildlich in ganz Europa ist. Wohl auch aus diesem Grund ist die Zufriedenheit der bayerischen Bevölkerung mit der CSU als Regierungspartei laut der neuesten Umfrage von Infratest-dimap weiter gestiegen, nämlich auf 65 Prozent.

Einen besonderen Schwerpunkt will die KPV Bayern in diesem Jahr bei der Förderung im ländlichen Raum setzen. Die Attraktivität Bayerns wächst zwar stetig. In den vergangenen 20 Jahren sind 1,3 Millionen Menschen nach Bayern gezogen, der ländliche Raum konnte davon jedoch nicht profitieren. Schwindende Einwohnerzahlen und damit verbunden schwindende Infrastruktur von ärztlicher Versorgung über schließende Schulen und fehlenden Einkaufsmöglichkeiten schaffen keinen Aufschwung. Wie die Kommunalpolitik dem entgegenwirken kann, wollen wir in unseren nächsten Sitzungen intensiv diskutieren.

Gleichzeitig müssen wir die Aufgaben der Ballungsräume wie Wohnungsnot und Verkehrsprobleme, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen im Auge behalten. Dabei ist der Kommunalpolitiker angehalten, mit größtmöglicher Transparenz seine Arbeit zu gestalten und den Bürger bestmöglich zu informieren, damit er vor Reaktionen wie bei Stuttgart 21 verschont bleibt und die hohen Erwartungen in puncto Vorbild, Werte und Seriosität erfüllt. Damit ein Kommunalpolitiker all diese Aufgaben lösen kann, bietet die KPV Bayern Schulungen an. Wir bemühen uns unsere künftigen Gemeinderäte, Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister optimal auf ihre Tätigkeit vorzubereiten.

Ich glaube, wir sind in der KPV in diesem Jahr auf einem guten Weg. Jammern gilt nicht, wir packen an!

Ihr Stefan Rößle

mittel und nicht zuletzt der Wohlstand in Deutschland durch den europäischen Binnenmarkt und die Stärkung des Handels dürften bei der Krisendiskussion nicht unbeachtet bleiben.

Zudem sei gerade für das Exportland Deutschland eine funktionierende EU mit dem Euro und ihrem Binnenmarkt unverzichtbar für den wirtschaftlichen Erfolg und Beschäftigung. Nach Untersuchungen der KfW habe Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Eurozone in den vergangenen beiden Jahren einen Wachstumsvorteil zwischen 2 und 2,5 Prozentpunkten und damit im Bereich von 50 bis 60 Mrd. Euro realisiert.

Globalisierung

„Die zentralen Herausforderungen, denen wir uns künftig stellen müssen, sind gesamteuropäischer Natur“, machte Landsberg deutlich. Die Globalisierung, die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Wirtschafts- und Finanzpolitik oder die gleichbleibende Versorgung der Bürger mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und die soziale Absicherung seien längst keine rein nationalen Themen mehr und ließen sich nur mit starken Kommunen bewältigen.

Gerade in der Krise, in der die nationalen Regierungen mit der Bewältigung der Euro- und Schuldenkrise beschäftigt sind, könne ein neues Aufbruchsignal der Städte und Gemeinden eine große Chance darstellen. Die Kommunen müssten zum Motor der Revitalisierung des Integrationsprozesses werden.

Dafür seien die Städte und Gemeinden besonders geeignet. Denn wie die letzten Umfragen zeigten, haben zum Beispiel 61 Prozent der deutschen Bevölkerung großes Vertrauen zu ihrer Stadt oder Gemeinde. Im Vergleich dazu sind 62 Prozent misstrauisch gegenüber der Bundesregierung und 57 Prozent misstrauen der EU, erklärte Landsberg.

Eine dauerhafte, stabile gemeinsame Währung Euro setze eine mutige und entschlossene Weiterentwicklung der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union voraus. Die Debatte über eine vergemeinschaftete Wirtschaftsregierung führe auf den richtigen Weg und dürfe nicht kleingeredet, sondern müsse nunmehr inhaltlich gestaltet werden. Die gemeinsame Währung Euro sei essentiell für den wirtschaftlichen Erfolg und die Identität Europas. „Scheitert der Euro, scheitert

auch der Integrationsprozess in Europa“, zeigte sich Landsberg überzeugt.

Der Hauptgeschäftsführer forderte abschließend eine Intensivierung und Ausdehnung der Städtepartnerschaften. So gebe es beispielsweise zurzeit nur 37 Deutsch-Griechische Kommunalpartnerschaften. „Hier liegt ein großes Potenzial von Kooperationsmöglichkeiten von der Unternehmensansiedlung über die Abfallwirtschaft und den Tourasmus bis hin zum Jugendaustausch.“ **DK**

Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums:

Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Das Bundesinnenministerium will die Planungen für große Bauvorhaben beschleunigen, ohne die Mitspracherechte von Bürgern zu beschneiden. Die Behörden sollen die Antragsteller noch vor dem offiziellen Planfeststellungsverfahren dazu bewegen, freiwillig die Öffentlichkeit über ihre Planungen und mögliche Auswirkungen zu informieren. Das geht aus einem neuen Gesetzentwurf hervor, der nach Auskunft des Bundesinnenministeriums vom 11.01.2012 in den kommenden Tagen in der Ressortabstimmung gehen soll. Noch im ersten Quartal 2012 soll der Entwurf im Bundeskabinett behandelt werden.

Mit dem neuen Gesetzentwurf verbindet das Ministerium die Hoffnung, dass bereits vor dem offiziellen Planfeststellungsverfahren Knackpunkte eines Projektes bekanntwerden und der Bauherr frühzeitig reagieren kann. Das Bundesinnenministerium erhofft sich ein schnelleres Planfeststellungsverfahren, wenn große Streitpunkte schon im Vorfeld geklärt werden und langwierige Klagen vermieden werden können. Die bisher verankerten Rechte von betroffenen Bürgern im Planfeststellungsverfahren würden mit der geplanten Gesetzesänderung nicht angetastet.

Die Wirtschaft fordert seit langem schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland. Besonders beim Neubau von bis zu rund 4.450 Kilometern neuen Stromautobahnen dringt auch der Bund auf mehr

Tempo und eine Beschleunigung der Verfahren. Sonst sei der Umbau der Energiewirtschaft auf eine weitgehende Versorgung mit erneuerbaren Energien nicht zu schaffen. Schon jetzt müssen immer häufiger Windparks zwangsweise abgeschaltet werden, weil die Leitungen überlastet sind und sonst zusammenbrechen könnten.

Ein erster Gesetzentwurf war gescheitert, weil er eine umstrittene Passage enthielt, nach der die öffentliche Erörterung im Planfeststellungsverfahren unter bestimmten Umständen wegfallen konnte. Vor dem Hintergrund der Bürgerproteste gegen das Stuttgarter Bahnprojekt Stuttgart 21 stieß diese Passage auf große Kritik. Im neuen Gesetzentwurf werde diese Idee, den Erörterungsstermin nicht mehr zwingend vorzuschreiben, nicht weiter verfolgt, hieß es jetzt. **Verlag C.H. Beck**

Wirtschaftsforum Oberland:

Kommunale Trends

Klausurtagung in Benediktbeuern zur Umsetzung der Nachhaltigkeitserklärung

Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland und das Wirtschaftsforum Oberland luden zur 3. Klausurtagung „Nachhaltiges Wirtschaften im Oberland“ ins Kloster Benediktbeuern ein. Neben interessanten Vorträgen hochkarätiger Referenten stellte die Verleihung des 1. Nachhaltigkeitspreises des Wirtschaftsforums Oberland einen weiteren Höhepunkt der Veranstaltung dar. Ausgezeichnet wurden vorbildliche Aktivitäten regionaler Unternehmen aus dem Bereich der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Laut Prof. Dr. Wolfgang Seiler, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Energiewende Oberland, kann die Energiewende erreicht werden durch die Reduzierung des Energieverbrauchs in allen Sektoren inklusive Verkehr, die Steigerung der Effizienz durch den Einsatz innovativer Technologien, die nachhaltige und dezentrale Nutzung aller heimischer regenerativer Energien sowie die Sicherstellung geeigneter politischer Rahmenbedingungen und neuer Finanzierungsinstrumente.

Herausforderung

Auf die einzelnen Kommunen komme hierbei eine besondere Herausforderung zu, fuhr Seiler fort. Gefordert würden ganzheitliche, integrierte Ansätze, die alle Sektoren (Haushalte, Verkehr, Industrie/Betriebe) berücksichtigen. Dazu müssten auf der Ebene der Landkreise Klimaschutzkonzepte erarbeitet werden, die auch die zukünftige demografische Entwicklung ins Visier nehmen.

Als intelligente dezentrale Strom- und Energieversorgung IDSO benannte Seiler die Sicherstellung der dezentralen CO₂-freien Energie- und Stromversorgung mit Hilfe einer intelligenten Vernetzung von u. a. Verbrauch, Produktion und Transport, die Schaffung eines „virtuellen Kraftwerks“ mit Beitrag zur Grundlastversorgung und die Energiespeicherung durch Einsatz der Methanisierung und Wiederverwendung in BHKWs und Erdgasfahrzeugen. Darüber hinaus sollten Bürgerkraftwerke/Energiegenossenschaften zur direkten Beteiligung der Gemeinden und Bürger gegründet und die Zukunftsfähigkeit der Region durch Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft gesichert werden.

Bezahlbare Energie

Die besondere Verantwortung der Kommunen sieht Seiler in der Bereitstellung von ausreichender und bezahlbarer Energie für die Bürger, der Umsetzung der in Berlin und Brüssel beschlossenen Emissionsreduktionen in Deutschland von 40 % bis zum Jahr 2020, der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels sowie in den steigenden Sozialleistungen aufgrund steigender Energiepreise.

Eine energieeffiziente Kommune erfordere ganzheitliche, integrierte Systemlösungen (keine Einzelmaßnahmen), angepasste Technologien und Finanzierungsinstrumente, integrierte Stadtentwicklungskonzepte (bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Kommunalentwicklung, des Klimaschutzes und Klimaanpassung) und die Entwicklung von Modellen und Durchführung von Modellvorhaben.

Seilers Fazit: „Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Maßnahmen zum Klimaschutz müssen auf kommunaler Ebene erfolgen und bieten riesige Chancen. Die Energiewende erhöht die Wertschöpfung, schafft neue Arbeitsplätze und sichert den sozialen Frieden.“ Sein Appell: „Wir können die Energiewende schaffen – wir müssen nur wollen!“

Dieses klare Ziel vor Augen hat auch die Stadt Geretsried. Sie

hat, wie Jan Dühring vom dortigen Stadtbauplatz berichtete, das Klimaschutzkonzept vom Institut für Energietechnik an der Hochschule Amberg-Weiden (IfE) im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums mit dessen maßgeblicher Unterstützung ausarbeiten lassen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen des Konzepts möchte Geretsried an einer konsequenten Umsetzung der Einsparungsmöglichkeiten arbeiten. Deshalb hat der Stadtrat die Festlegung eines konkreten Klimaschutzziels für Geretsried beschlossen. Die Stadt will demnach, ähnlich wie die Bundesrepublik, ihren jährlichen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um rund 40 % reduzieren.

Große und kleine Maßnahmen im Verbund

Ausgehend von den Vorschlägen des Klimaschutzkonzepts werden nun verschiedenste Maßnahmen geplant, die in den kommenden Jahren zu ergreifen sind, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Hierzu zählen kleinere Projekte wie beispielsweise die etappenweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf die stromsparende LED-Technik, aber unter Umständen auch so große Maßnahmen wie die Errichtung eines großen mit Geothermie gespeisten Fernwärmenetzes. Genaueres werden Beratungen und Diskussionen in naher Zukunft zeigen.

Um Einsparungen in nennenswertem Maße zu erreichen, sind eigenständige Initiativen der Bürger und Betriebe notwendig. Damit sind Maßnahmen wie die Dämmung von Gebäuden oder die Erneuerung von Heizungsanlagen und der Umstieg auf erneuerbare Energien gemeint. Durch diese Maßnahmen kann sich Dühring zufolge Klimaschutz durch Einsparungen finanziell auszahlen.

Mit der Frage „Eine etwas andere Analyse des Steuerrechts – welche Steuern fördern die Nachhaltigkeit?“ befasste sich Dr. Christian Kimberger von der Münchner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton AG. Seiner Auffassung nach profitiert der Staat derzeit von einem Verstoß gegen nachhaltiges Wirtschaften, indem er unreflektiert jeden Ertrag und jeden Vorgang ungeachtet seiner Herkunft oder seiner Auswirkung auf die Nachhaltigkeit besteuert und keine Rückführungsfunktion kennt.

Nachhaltigkeit

Wenn das Steuersystem eine Förderung der Nachhaltigkeit zur Folge haben soll, müsse neben einer reinen Anreizförderung („Sonder-AfA auf regenerative Energieanlagen“) ein grundlegender Umbau des Steuersystems erfolgen. Langfristig, so Kimberger, sei kein Ausfall von Steuereinnahmen zu erwarten, weil sich „Überträge“ nicht auf Dauer erzielen lassen. Das Problem sei die Sorge vor dem Vorrang kurzfristiger Effekte.

Um die vielfältigen Aktivitäten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit zu würdigen, hat der Aufsichtsrat des Wirtschaftsforums Oberland beschlossen, ab dem Jahr 2011 einen Nachhaltigkeitspreis zu vergeben. Die Jury

Bayerischer Städtetag:

Wechsel in der Geschäftsführung

Bernd Buckenhofer ist seit 1. Januar 2012 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags. Er trat die Nachfolge von Reiner Knäusl an, der Ende Dezember 2011 mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand trat.

Knäusl amtierte seit 1. Februar 2005. Reiner Knäusl trat nach der 2. juristischen Staatsprüfung in die Dienste des Freistaats Bayern als Staatsanwalt und Richter. 1977 verließ er den Staatsdienst und wurde selbständiger Anwalt in München. 1980 wechselte er als Referent zum Bayerischen Städtetag. Weitere Stationen waren die Freie und Hansestadt Hamburg, die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bayerischen Landtag und seit 1990 die Landeshauptstadt München. Dort arbeitete Knäusl acht Jahre als Sozialamtsleiter. Von 2001 bis 2005 war er Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten in München und leitete als Stadtdirektor die Hauptabteilung Straßenverkehr.

Bernd Buckenhofer wurde am 18. Dezember 1959 in Natt-heim geboren. Nach der 2. juristischen Staatsprüfung trat er in die Dienste des Freistaates Bayern als Akademischer Rat an der Universität Augsburg. Anschließend wechselte er 1991 als Referent zum Bayerischen Städtetag. Nach Stationen als Umwelt- und Ordnungsreferent und als Sozialreferent leitete er seit 2004 das Finanzreferat des Verbandes. Seit 2007 war er außerdem stellvertretender Geschäftsführer. □

Erfolge und...

(Fortsetzung von Seite 1) kreisen komme dabei eine entscheidende Koordinierungsfunktion zu.

Kreidl verwies auf bereits erzielte Erfolge des Landkreistags: „Als einer der vier kommunalen Spitzenverbände sei der Landkreistag in Zukunft auf höchster Ebene zum Lenkungsausschuss der Energieagentur geladen. Daneben fänden regelmäßige Beiratsitzungen mit den Geschäftsführern statt. Damit werde den kommunalen Spitzenverbänden eine enge Zusammenarbeit mit der Landesenergieagentur ermöglicht, deren Aufgabe es ist, eine lenkende, unterstützende und koordinierende Funktion wahrzunehmen. „Im Übrigen sind regionale Agenturen, möglichst auf Landkreisebene, das Mittel der Wahl“, erklärte Kreidl, der eigene Sonderbehörden ablehnt.

Winderlass als Hilfsmittel für die Energiewende

Auch im sog. Winderlass der Bayerischen Staatsregierung, der demnächst im Kabinett beschlossen werden soll, sieht der Präsident ein wichtiges Hilfsmittel für die Energiewende und die regenerative Energie Windkraft. Zudem fordert er einen überarbeiteten Windatlas des Bayerischen Wirtschaftsministeriums: „Die Standort der Windnutzung müssen noch genauer ermittelt werden. Zusätzlich sollen die regionalen Planungsverbände sowohl Vorrang- als auch Vorbehaltsgebiete für Windkraft erarbeiten und festsetzen.“

Dass die Landkreise bereits vor dem Atomausstieg große Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien, bei der Energieeinsparung und bei der Energieeffizienz unternommen haben und diese Politik fortsetzen werden, machte Kreidl an den Energiekonzepten der Landkreise Mühldorf am Inn, Traunstein, Regensburg und Mies-

batte die schwierige Aufgabe, aus 14 qualifizierten Nominierungen einen Preisträger auszuwählen, der in den Bereichen ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit besondere Leistungen vorzuweisen hatte.

Preis für BF Maschinen aus Geretsried

Der 1. Nachhaltigkeitspreis des Wirtschaftsforums Oberland wurde vom Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen Josef Niedermaier an Thomas Breuer, Geschäftsführer der BF Maschinen GmbH aus Geretsried, verliehen. Die Laudatio hielt Cornelia Irmer, 1. Bürgermeisterin der Stadt Geretsried. DK

bach deutlich. Dort sei im Rahmen der Landkreiseentwicklung „Unser Landkreis Miesbach 2014“ bereits 2009 der Beschluss gefasst worden, das Projekt „Landkreis mit zukunftsfähiger Energie“ priorität anzugehen. Um dies strukturiert und systematisch zu betreiben, habe der Landkreis ein integriertes Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben, das zu 60 Prozent vom Bundesumweltministerium gefördert wird. „Letztlich wollen wir 2035 die Energieautarkie erreichen“, so Kreidl.

Zuständigkeiten

„Da die Landkreise eine zentrale Rolle spielen werden, müssen sie auch die Zuständigkeiten für die Genehmigung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien haben“, forderte der Präsident. Zudem verlangte er eine Stärkung des kommunalen Wirtschaftsrechts für die Landkreise: „Bisher liegt die öffentliche Energieerzeugung vor allem in der Hand der Gemeinden. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann aber nicht ausschließlich ihnen vorbehalten bleiben.“

Investitionsprogramm

Schließlich erwartet Kreidl, dass ein Schwerpunkt der finanziellen Ausgestaltung der Energiewende auch vom Bund mitgetragen wird. Es müssten erhebliche Investitionen in neue Kraftwerke und neue Stromtrassen getätigt werden. Erforderlich seien darüber hinaus Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in Haushalten und Industrie. „Ein entsprechendes Investitionsprogramm ist aufzulegen“, forderte der Präsident. DK

Engagement braucht...

(Fortsetzung von Seite 1) Menschen ist unverzichtbar.“ Trotz des grundlegenden Prinzips „ambulante vor stationär“ bei der Wohnraumversorgung älterer Menschen gebe es einen hohen Bedarf an stationären Einrichtungen. Ehrenamtliches Engagement älterer Menschen sei in beiden Fällen gefordert und wichtig.

Bernhard Eder plädierte für ein Mehr an politischer Partizipation älterer Menschen in den Kommunen jenseits der Parteien. Die Problemlösungskompetenz von Kommunen könne angesichts einer immer komplexeren politischen Gemengelage durch eine systematische und nachhaltige Einbeziehung der Kompetenzen (älterer) Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden. Hierzu gebe es bewährte Verfahren der institutionellen Partizipation, sei es als Senioren-

Zukunftsprojekt...

(Fortsetzung von Seite 1) sein und zu Beginn des Jahres über einen eigenen Internetauftritt die vorhandenen Informationen zu bündeln.

Thomas Barth, Vorsitzender des Vorstands E.ON Bayern, prognostizierte, dass in einigen Jahren in Bayern hunderttausende neue Kraftwerke mit Photovoltaik, Biogas, Biomasse, Wind usw. Energie produzieren. Das Unternehmen sieht seine Aufgabe im Betrieb von Netzen, dem Bau neuer Leitungen sowie dem Bau von Speicheranlagen für die überschüssige Energie aus Wind und Sonne. E.ON Bayern biete den Gemeinden Hilfe bei der Aufstellung ihrer Energienutzungspläne an. Auch sei der Energieversorger im Bereich der energetischen Gebäudesanierung tätig. Noch sei dies nicht rentabel, räumte Barth allerdings ein, „hier bräuhete es staatliche Anreize, etwa über steuerliche Absetzbarkeit“.

Einsparpotenzial ohne große Investitionen

Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern, Nürnberg, will mit seiner kommunal getragenen Organisation der Landesenergieagentur bei der Energiewende helfen. Maurer betreut 600 kommunale Gebäude. Im Zentrum steht dabei das Einsparpotenzial ohne große Investitionen. Die Möglichkeiten reichen von der Korrektur eines falsch eingestellten Reglers über die Bürgerberatung bis zum Energienutzungsplan. Er zeigt Kommunalpolitikern, wie sie das Energiesparen optimieren können.

Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, richtete drei Wünsche an die Energieagentur: Für die Bürger sei es wichtig, einen einzigen Ansprechpartner zu haben, nicht mehrere Ministerien mit vielen Zuständigkeiten. Darüber hinaus sei eine Seite im Internet zum Thema Energie samt den dazugehörigen Links erforderlich und ebenso ein Leitbild in Form des Energienutzungsplans. Bei der Aufstellung dieser Energienutzungspläne, die freiwillig und keine Pflicht sind, solle die Energieagentur Hilfestellung leisten.

Der im Landkreis Donau-Ries erzeugte Strom stamme bereits im Jahr 2009 zu rund 92 Prozent aus regenerativen Energien. 67 Prozent des Gesamtstromverbrauchs stammten aus regenerativen Energiequellen.

Josef Steigenberger, Erster Bürgermeister von Bernried am Starnberger See, rief dringend, die Bürger besser mitzunehmen. Weil die Zeit drängt, appellierte er an die Staatsregierung, den Kommunen bei der Öffentlichkeitsarbeit zu helfen. „Die Re-

gierung muss für die Energiewende werben.“ Der Bürgermeister zeigte sich skeptisch, ob die Aufstockung des Personals der Energieagentur von 7 auf 16 Mitarbeiter dafür ausreicht.

Zügige Umsetzung

Wie Georg Schmid, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, deutlich machte, „ist Politik nur dann für die Menschen glaubwürdig, wenn das, was beschlossen wurde, auch zügig umgesetzt wird“. Schmid plädierte für eine interkommunale Zusammenarbeit. Die Gemeinden hätten mit der Bauleitplanung ein starkes Instrument in Händen. Sie sollen die Bürger in den Dialog einbeziehen. Nur so könnten die Hemmnisse bei Genehmigungsverfahren abgebaut werden. Eine Milliarde Euro steckt Bayern in den nächsten fünf Jahren in den Umbau der Energieversorgung. Schmid: „Das kann ein neuer Impuls für die moderne Ausrichtung des Landes werden.“

Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, versprach die Mitwirkung der Gemeinden bei der Energiewende, forderte allerdings auch Unterstützung vom Staat. Sein Fazit der gut besuchten Veranstaltung: „Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn alle beteiligten Gruppen an einem Strang ziehen.“

So solle der Staat für die notwendigen finanziellen Mittel sorgen. Seine Aufgabe sei es, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen sowie Personal, Expertenwissen und Forschungsergebnisse zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen, auf deren Gebiet die meisten Anlagen entstehen, obliege es, individuelle Energienutzungspläne aufzustellen, die Anschluss geben über das Ist und Soll.

Intelligente Stromnetze

Die Bürger müssten durch frühzeitige Information und Beteiligung bis hin zu Anteilen an einer Bürgergenossenschaft mit ins Boot geholt werden. Die Wirtschaft solle den gesamten Prozess partnerschaftlich begleiten, etwa durch den Bau von Leitungen und neuer Energiespeicher. Und schließlich sollten die Universitäten und Forschungseinrichtungen neue intelligente Stromnetze und Speichermöglichkeiten für den überschüssigen Strom austüfteln. Busse zufolge ist es die einfachste und am schnellsten zu erreichende Lösung, Strom zu sparen und Gebäude energieeffizient „einzupacken“. Hier müsse wiederum der Staat steuerliche Anreize schaffen. DK

samt mit kooperationsbereiten Kommunen durchgeführt. Das Ziel dabei war, pro Veranstaltung ein Projekt auszuwählen, das kurzfristig durchführbar ist.

Richard Baumgartner skizzierte die Entwicklung seniorenpolitischer Leitlinien im Landkreis Dingolfing-Landau, die als wechselseitiger Planungsprozess durchgeführt wurde. Nach einem Beschluss des Kreistags, ein Leitbild für die Seniorenarbeit zu entwickeln, wurde in einem partizipativen und kreativen Prozess unter aktiver Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren ein seniorenpolitisches Leitbild entwickelt und schließlich durch den Kreistag beschlossen.

Die Tagung wurde vom Bayerischen Landkreistag, von kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit organisiert. □

Thüga Erneuerbare Energien auf Erfolgskurs

Die Thüga Erneuerbare Energien erwirbt zwei weitere Windparkprojekte in Rheinland-Pfalz und bekommt neue Gesellschafter

Kurz nach dem Erwerb ihres ersten Windparkprojekts in Brandenburg hat die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG zwei weitere im Bau befindliche Windparks in Rheinland-Pfalz erworben. Die Projekte liegen in den Gemeinden Neuerkirch mit acht Enercon E-82 E2 Windkraftanlagen und Unzenberg mit fünf Vestas V90 (Gridstreamer) Anlagen. Die künftige Gesamtleistung wird 28,4 Megawatt betragen.

„Ich bin sehr zufrieden mit dem bisherigen Verlauf unserer Akquisition. Auf dem Windmarkt gibt es eine Menge Projekte. Dennoch prüfen wir sehr sorgfältig, was in unser Portfolio passt“, so Michael Riechel, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft hat seit ihrem operativen Start im April 2011 über hundert Projekte in Deutschland geprüft. „Die Windparks Neuerkirch und Unzenberg haben uns wirtschaftlich und technologisch überzeugt. Zudem haben wir auch einen regionalen Bezug, denn mehrere unserer Gesellschafterunternehmen befinden sich in der Nähe“, betont Riechel.

Hohe Einsparungen

Der Windpark wird nach Fertigstellung eine Energiemenge erzeugen, mit der 17.800 Haushalte mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr versorgt werden könnten. Die geplante jährliche Stromproduktion liegt bei circa 62,4 Millionen kWh. Jährlich können durch den Windpark rund 50.000 Tonnen CO₂-Emissionen im Vergleich zur Stromproduktion mit Steinkohlekraftwerken eingespart werden.

Während die Thüga Erneuerbare Energien beim ersten Windparkprojekt in Biebersdorf vor Baubeginn eingestiegen ist, stehen auf dem Projektgebiet in Rheinland-Pfalz bereits die ersten Windtürme. „Wir sind grundsätzlich bereit, zu allen Phasen in ein Windparkprojekt einzusteigen. Je früher man sich beteiligt, desto höher die Renditeaussichten, aber auch die Risiken. Eine angemessene risikogerechte Verzinsung des eingesetzten Kapitals ist entscheidend“, so Dr. Kay Dahlke,

Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG. Die Inbetriebnahme der Windparks ist für Ende 2011 geplant. „Die kurzfristige Fertigstellung ist für uns vorteilhaft, denn dann fließen auch schnell die Einnahmen aus der Stromerzeugung“, erklärt Dahlke.

juwi-Gruppe

Bei dem Projektentwickler handelt es sich um die juwi-Gruppe, die ihren Hauptsitz im rheinheissischen Wörrstadt in Reichweite der beiden Windparks hat. Die Vernetzung in der Region spielt sowohl bei der Planung als auch für die reibungslose Umsetzung eine wichtige Rolle. Die Betriebsführung wird später ebenfalls juwi übernehmen.

Die Thüga Erneuerbare Energien hat sich neben den beiden Windparks auch mit 35 Prozent an dem Umspannwerk beteiligt, juwi hält die übrigen Anteile. Das Umspannwerk wandelt den erzeugten Strom von der Mittelspannungsebene in die 110 kV (Kilovolt) Hochspannungsebene um und speist ihn dann in das Netz des örtlichen Energieversorgers ein.

Wachsendes Interesse an einer Beteiligung

Das Interesse einer Beteiligung an der Thüga Erneuerbaren Energien innerhalb der Thüga-Gruppe wächst weiter. Vier Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen haben sich kürzlich an der Gesellschaft beteiligt: die EWR Remscheid, die Stadtwerke ETO aus Telgte sowie die Stadtwerke aus Neuss und Essen. Darüber hinaus werden in Kürze noch die Städtischen Werke aus Kassel, SWK Stadtwerke Kaiserslautern sowie die Stadtwerke aus Heide und Bad Hersfeld der Thüga Erneuerbare Energien als Gesellschafter

beitreten. Mit weiteren Interessenten aus der Thüga-Gruppe gibt es bereits Gespräche über eine Beteiligung.

Das unterstreicht nochmals die Bedeutung und den Willen der Unternehmen, auch bundesweit in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu investieren. Die Thüga Erneuerbare Energien wird bis Ende 2020 eine Milliarde Euro in erneuerbare Energien investieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Windkraft, die hierzulande gegenwärtig das größte Potential hat.

Stromversorgung:

Deutschland klopft bei Österreich an

Netzbetreiber müssen Kraftwerke in der Alpenrepublik anzapfen

Bayreuth (pte) - Die Stromversorgung in Deutschland ist in Gefahr. Es fehlen Kapazitäten, um den aus Windkraft erzeugten Strom zu transportieren. Netzbetreiber haben sogar auf österreichische Kraftwerke zurückgegriffen, um ein Strom-Blackout zu vermeiden, wie die Welt berichtet.

So hat der Netzbetreiber Tennet <http://tennetso.de> bereits Anfang Dezember erstmals Stromreserven angezapft. Dafür musste laut Bericht ein altes Ölkraftwerk bei Graz (Steiermark) wieder ans Netz gebracht werden.

Atomwende und ihre Konsequenzen

Nach Fukushima kam die Atomwende, jetzt die Konsequenzen. Mittlerweile müssen Netzbetreiber täglich mit Sonder- und Notfallmaßnahmen in den Energiemarkt eingreifen, um die stabile Versorgung auch in Zukunft zu garantieren.

Problematische Kombination

Probleme stellte die Kombination aus hoher Windkraftleistung im Norden und der hohen Verbrauchslast im Süden dar. Wegen fehlender Leitungen war es nicht möglich, die Energie in

Über die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist ein Gemeinschaftsunternehmen von mehreren Gesellschaften der Thüga-Gruppe. Das Unternehmen investiert in Projekte zur regenerativen Energieerzeugung mit Fokus auf Deutschland.

Ziel des Unternehmens ist die Bündelung von Know-how und Kapital, um so in den nächsten Jahren die eigene Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen auszubauen. Alle Unternehmen sind als Minderheitsgesellschafter an der Thüga Erneuerbare Energien beteiligt. Eine Beteiligung an der Gesellschaft steht grundsätzlich allen Unternehmen der Thüga-Gruppe offen. □

Mehr Förderung für energetische Sanierung

Maly: Wir heizen den Himmel über den Städten

„Bei der Energiewende wird in der Diskussion leicht übersehen, dass es nicht nur um den Ausstieg aus der Atomenergie geht und nicht nur um die Möglichkeiten zur Erzeugung von regenerativer Energie: Eine wichtige Säule der Energiewende ist das Energiesparen. Die umweltfreundlichste Kilowattstunde ist die, die gar nicht erzeugt werden muss. Das größte Energie-Sparpotential liegt in der Sanierung von Gebäuden“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, zur aktuellen Beratung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat über die künftige Förderung der energetischen Sanierung.

Gerade der vorhandene Bestand an Gebäuden und Wohngebäuden weist einen erheblichen Investitionsbedarf auf. Maly: „Wir achten beim Neubau von Gebäuden auf die höchsten Standards, die etwa mit der Energieeinsparverordnung (ENEV) vorgeschrieben werden. Das ist zu begrüßen, lässt aber den Gebäudebestand außer Betracht: Der Energieverbrauch vor allem bei den Wohnblocks aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren ist im Verhältnis zu den ENEV-Standards viel zu hoch. Wir heizen hier den Himmel über den Städten und Gemeinden.“

Ruf nach Intensivierung der Maßnahmen

Der Bayerische Städtetag beobachtet mit großem Interesse die Beratung von Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Maly: „Der Städtetag hat längst die Intensivierung der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich gefordert. Die Förderung entsprechender Maßnahmen ist der richtige Weg. Fördermittel müssen aber erheblich aufgestockt werden.“

KfW-Programm

Das KfW-Programm zur energetischen Stadtsanierung geht einen richtigen Weg. Allein die Unterstützung bei der Erstellung von Energiekonzepten und dem Einsatz von Quartiersmanagern wird dem erheblichen Investitionsbedarf aber nicht gerecht.

Der Bayerische Städtetag be-

grüßt die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden. Maly: „Wer das ambitionierte Ziel erreichen will, den Bedarf an Primärenergie bis 2050 um fünfzig Prozent zu senken, muss Anreize schaffen.“

Energiewende nicht auf dem Rücken der Städte und Gemeinden austragen

Allerdings muss auch gesehen werden, dass steuerliche Vergünstigungen Steuereinnahmen verringern. Städte und Gemeinden hätten bis 2016 Mindereinnahmen von insgesamt 288 Millionen Euro hinzunehmen. Die Energiewende darf nicht auf dem Rücken der Städte und Gemeinden ausgetragen werden. Der Bund ist aufgerufen, die Lücken zu schließen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zeigt zwar die Mindereinnahmen auf, nicht aber, wie sie kompensiert werden sollen.

Sonderprogramm

Darüber hinaus erwartet der Bayerische Städtetag vom Bund, dass das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm von den angedachten 1,5 Milliarden Euro pro Jahr um je fünf Milliarden für 2012 bis 2014 erhöht wird. Außerdem muss ein Sonderprogramm für die Sanierung öffentlicher Liegenschaften aufgelegt werden. Eine Erhöhung der Mittel der Städtebauförderung ist trotz des Wegfalls der vorgesehenen Leistungen weiterhin unumgänglich. Maly: „Die Städte und Gemeinden können ihrer Vorreiterrolle nur gerecht werden, wenn Bund und Land sie unterstützen.“ □

HEUTEMORGEN

Flexibel sein oder flexibel bleiben ist für manche Energieversorger die große Frage. Für andere das große Plus.

Ein kommunaler Lebensraum sorgt nicht nur für das Heute. Sich zukunfts-fähig aufzustellen ist eine von vielen Fragen, die z. B. Erfurt neu beantwortet: Durch die Zusammenarbeit im starken Stadtwerke-Netz der Thüga-Gruppe schöpfen Unternehmen wie die Stadtwerke Erfurt Gruppe Kraft, um die Energie- und Wasserversorgung nachhaltig zu sichern. Selbstständig, marktgerecht und zukunftsorientiert – das große Plus für bereits 450 Städte mit über 8 Mio. Menschen. Mehr über Ihre Möglichkeiten unter thuega.de

Das große Plus für alle

Schwabmünchen setzt erneut auf schwaben netz:

Partnerschaft hat sich bewährt

Die Stadt Schwabmünchen und schwaben netz gmbh haben ihre bald 50-jährige nachhaltige Zusammenarbeit erneuert. Bürgermeister Lorenz Müller und Uwe Sommer, Kommunalkundenmanager schwaben netz, unterzeichneten im Schwabmünchner Rathaus den Konzessionsvertrag, der das Wegenutzungsrecht der Erdgasleitungen im Gebiet Schwabmünchen regelt.

Als alter und neuer Netzbetreiber wird das schwäbische Unternehmen auch in den nächsten 10 Jahren die Versorgung von über 2.700 Erdgasnetz-Anschlüssen im mittlerweile 111 Kilometer langen Leitungsnetz in der Region Schwabmünchen sicher stellen und weiter ausbauen.

Aktiver Umweltschutz

schwaben netz ist die Netzgesellschaft im Unternehmensverbund von erdgas schwaben. Damit leistet Schwabmünchen nicht zuletzt aktiven Umweltschutz. So werden bei einer jährlichen Gasabgabe von fast 136.000 Megawatt-Stunden im Vergleich zu einem entsprechenden Verbrauch an Heizöl gut 8.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr in der Stadt eingespart. Das entspricht der Jahresleistung von 640.000 Bäumen oder anders gesagt 1.600 Schwabmünchner sind komplett CO₂-neutral.

Service vor Ort

Der Service für Privathaushalte und Gewerbetreibende bleibt durch den erneuerten Vertrag vor Ort. Seit 50 Jahren ist Schwabmünchen Sitz einer eigenen Betriebsstelle von erdgas schwaben, dem Dachunternehmen der schwaben netz. Im Jahr 1952 war in einem für die damalige Zeit revolutionären Kraftakt die erste bayerische Ferngasleitung gebaut worden. Sie führte von Augsburg über Schwabmünchen nach Kaufbeuren. Aufgrund der gesicherten Versorgung mit ausreichend Energie siedelten sich in der Folge

zahlreiche große Unternehmen wie die Firmen Schöffel oder Osrar in der Region Schwabmünchen an und sorgten für wachsenden Wohlstand. 1963 wurde dann vom sogenannten Stadtgas, aus Steinkohle gewonnenem Gas, auf Erdgas umgestellt. Mehr als vier Millionen Euro investierte der schwäbische Energieversorger vor Ort in das Schwabmünchner Leitungsnetz. Davon profitieren heute Firmen wie Osrar, die Ritter GmbH, die Firma Grob, Wellpappe, die Firma Eberle, Schöffel oder die Wäscherei Koscher. Alle nutzen das universell einsetzbare, schadstoffarme Erdgas als Prozessenergie.

Modernes Netz mit Wirtschaftsgeschichte

Insgesamt erstreckt sich das moderne Erdgas-Netz der schwaben netz auf mittlerweile 5.500 Kilometer Länge. Es entwickelte sich entlang der historischen Transportleitung. Diese fast 60 Jahre alte Versorgungsleitung wurde im Jahr 2010 stillgelegt. Wer ein Stück der alten Stahlleitung heute sehen möchte, muss dafür nicht tief graben.

Als Brücke in die Vergangenheit überreichte Markus Kittl, Sprecher Geschäftsführung schwaben netz, letztes Jahr feierlich Georg Klebers Kunstwerk „Historische Leitung“ an Bürgermeister Lorenz Müller. Aus einem Stück der früheren Stahlleitung hatte der preisgekürnte Rehlinger Künstler eine Skulptur für das Gernert, Heute und Morgen in der Gasversorgung geschaffen. □

Das Mikro-BHKW:

Minimaler Energieverbrauch dank maximaler Effizienz

Zuhause Strom und Wärme selber machen

Das hat Zukunft: Ein Erdgas-Blockheizkraftwerk (BHKW) schöpft das Maximum aus der eingesetzten Energie - über 90 % werden vor Ort verwertet. Denn mit einem BHKW wird dezentral gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt, genau da, wo sie auch gebraucht werden.

Inzwischen gibt es BHKWs für jede Größenordnung vom Industriebetrieb bis zum Privathaushalt.

Das kompakte Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt. Es spart rund 30 % Primärenergie, bei einem bis zu 60 % geringeren CO₂-Ausstoß - und ist dabei kleiner als eine Waschmaschine.

Wie jedes BHKW funktioniert auch das Mikro-BHKW nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): Ein Motor, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, produziert Strom und dessen Abwärme wird für Heizung und Warmwasser genutzt. Bei Bedarf liefert ein Brennwertgerät zusätzliche Wärme. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, wird er über den Stromzähler ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet.

Richtig auf den Verbrauch ausgelegt, amortisiert sich die Investition in ein BHKW innerhalb weniger Jahre; erdgas schwaben unterstützt die Anschaffung eines Mikro-BHKWs mit einer finanziellen Förderung.

Ein BHKW ist, wie jede Erdgastechnik, hervorragend mit CO₂-neutralem Bio-Erdgas kombinierbar, ganz ohne Umrüsten. erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Mio. Euro in den Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus vier regionalen Anlagen an - zum Beispiel aus Altenstadt. Hier werden biogene Abfälle aus Unternehmen der Umgebung entsorgt, indem man daraus Bio-Erdgas gewinnt.

Beratung zum BHKW erhalten erdgas schwaben Kunden und alle die es noch werden wollen von Mo bis Do 8.00-17.00 Uhr und Fr 8.00-14.00 Uhr unter 0821/9002-373. **Detaillierte Infos auch unter www.erdgas-schwaben.de.** □

25 Jahre Erdgas - 25 Jahre Klimaschutz:

Peiting sparte rund 57.762 Tonnen CO₂ ein

„Der Markt Peiting steht fest hinter seiner damaligen Entscheidung für eine Versorgung mit Erdgas. Die aktuellen Entwicklungen in der Energiewende zeigen, wie wichtig es ist, umweltschonende Energieträger zu nutzen“, erklärte Bürgermeister Michael Asam. Asam hatte 1986 als Mitglied des Gemeinderats an der Entscheidung mitgewirkt.

Damals fiel der Startschuss für die Erdgasversorgung in Peiting durch erdgas schwaben und gleichzeitig wurde der Grundstein für eine solide partner-

schaftliche Zusammenarbeit gelegt. So wurden bis zur Inbetriebnahme des Ortsnetzes 1986 und dem darauffolgenden Jahr fast fünf Kilometer Leitungsnetz verlegt.

„Mit dem Ort entwickelte sich auch das Erdgasnetz in Peiting. Die Marktgemeinde hat erdgas schwaben in die Entwicklung neuer Baugebiete stets einbezogen“, so Oliver Ottow, Vertriebsleiter Region Süd erdgas schwaben. Im Jahr 1991 wurde der Ortsteil Herzogsägmühle an das Erdgasnetz angeschlossen. Heute übernimmt schwaben netz den Ausbau und Unterhalt des Erdgasnetzes. schwaben netz ist die Netzgesellschaft im Unternehmensverbund von erdgas schwaben.

Die CO₂-Einsparung von rund 57.762 Tonnen in 25 Jahren Erdgasversorgung entspricht 1.605 CO₂-neutralen Haushalten in Peiting. Oder der Leistung von 28.881 Bäumen, wenn sie das CO₂ neutralisieren.*

Erschließung des dritten Bauabschnittes

Uwe Sommer, Leiter Kommunalkundenmanagement schwaben netz, bestätigte: „Derzeit arbeiten wir an der Erschließung des dritten Bauabschnittes im Baugebiet ‚Lexe‘“. Vor kurzem trafen sich die Partner, um auf dieses 25 Jahre-Jubiläum anzustoßen und die erreichten Ziele Revue passieren zu lassen.

Das Erdgasnetz in Peiting ist gut entwickelt. „Bis in das Jahr 2010 wurden insgesamt fast 27 Kilometer Versorgungsnetz verlegt. Darüber erreichen wir heute über 750 Haushalte in Peiting“, hob Uwe Sommer hervor. „Wir wollen uns für 25 Jahre partnerschaftliche Zusammenarbeit bei den Vertretern des Marktes Peiting bedanken“, bemerkte

„econnect Germany“:

Allgäu ist Teil des Forschungsverbunds

Von Aachen bis Leipzig, vom Allgäu bis nach Sylt - deutschlandweit die Elektromobilität zukunftsfähig zu gestalten ist das Ziel von „econnect Germany“.

Hierzu haben sich sieben Stadtwerke bzw. lokale Energieversorger mit Partnern zu einem Forschungsverbund zusammengeschlossen und sich erfolgreich beim Technologiewettbewerb „IKT für Elektromobilität II“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) beworben.

AÜW und Partner

„econnect Germany“ wurde als eines von fünf Forschungsprojekten für eine Förderung ausgewählt. Eines der insgesamt sieben deutschlandweiten Forschungsregionen ist das Allgäu mit den Partnern Allgäuer Überlandwerk (AÜW), Hoch-

schule Kempten, Soloplan sowie MSR-Office.

Zielsetzung

Ziel der Forschungsregion Allgäu ist es unter anderem, das E-Mobilitätsangebot für den Tourismus weiter auszubauen, Car-Sharing-Möglichkeiten zu testen sowie intelligente Navigationsgeräte für Elektroautos an Smartphones und Tablet-PCs anzubinden. Auch am Aufbau eines bundesweiten Stromtankstellennetzes ist die Forschungsregion Allgäu beteiligt. In diesem Fall wird insbesondere im Allgäu getestet, wie die Ladeinfrastruktur, das Roaming und die Abrechnung auszuweisen haben. **DK**

Aufbruch Bayern / Smart Grid City:

Modellversuch wird in Hof und Arzberg umgesetzt

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zur Entscheidung über den Standort von ‚Smart Grid City‘: „Dass wir den Modellversuch, den wir mit sieben Millionen Euro anschieben, in Oberfranken durchführen, war seit langem bekannt. Jetzt haben wir uns entschieden: Aus der Vielzahl der Bewerbungen hat sich die Stadt Hof durchgesetzt“, erklärte Zeil.

Neben den technischen Voraussetzungen waren die Beteiligungen der lokalen Industrie und die Anbindung an eine Hochschule wichtige Auswahlkriterien. „Gerade die Zusammenarbeit mit der Hochschule Hof ergeben hervorragende Anknüpfungspunkte.“

Bemerkenswerte Resonanz

Der Wirtschaftsminister zeigte sich beeindruckt von der großen Resonanz auf die Ausschreibung. „Wir hatten zahlreiche engagierte und gut ausgearbeitete Bewerbungen der Städte und Gemeinden aus der Region erhalten. Um diesem großen Interesse Rechnung zu tragen, haben wir uns entschieden, einen zweiten Standort in die Projektdurchführung einzubeziehen. Hier hat die Stadt Arzberg die Nase vorn“, betonte Zeil. Nach heutiger Planung kann die Stadt Hof Standort einer Forschergruppe mit bis zu zehn Wissenschaftlern für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren werden, Arzberg im Landkreis Wunsiedel soll in das Gesamtkonzept ‚Smart Grid City Oberfranken‘ eingebunden werden.

Einstieg in Projektplanung

Zeil begrüßte die Zusammenarbeit mit zwei Standorten: „In Hof mit seiner urbanen Struktur könnte die Speicherung des regenerativ erzeugten Stroms und Stabilisierung des Stromnetzes untersucht und getestet werden. Gleichzeitig würde in Arzberg die

Integration des Photovoltaikstroms in das Netz demonstriert“, so Zeil. Nach dem die Entscheidung feststehe, könne in die konkrete Projektplanung eingestiegen und die Gespräche mit den Kommunen Hof und Arzberg, der Industrie, der Hochschule und den Netzbetreibern aufgenommen werden.

Teil von ‚Aufbruch Bayern‘

Der Aufbau und die Durchführung eines Modellversuchs zur Einspeisung des Photovoltaikstroms in das Stromnetz und dessen Speicherfähigkeit ist Teil der Zukunftsinitiative ‚Aufbruch Bayern‘ und wird mit sieben Millionen Euro unterstützt. Die Staatsregierung investiert kräftig in den Ausbau der Energieforschung. In der Frankenmetropole werden derzeit Kompetenzen in diesem Bereich um den Energiecampus gebündelt. Der geplante Modellversuch ‚Smart Grid City‘ ist wissenschaftlich und thematisch mit dem Energie Campus in Nürnberg verlinkt. Koordiniert wird das Vorhaben vom bayerischen Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE Bayern).

Themen und Trends

„Aufbruch Bayern“ ist die Zukunftsinitiative der Bayerischen Staatsregierung. Um die Spitzenstellung des Freistaats national wie international zu halten und auszubauen, investiert Bayern in die Themen und Trends von morgen. Innovation entscheidet über die Zukunft eines Landes: Wir investieren 1 Milliarde in neue Energien und Klimaschutz sowie zusätzlich über 700 Millionen Euro in technologische Vorzeigeprojekte. Bildung entscheidet über die Perspektiven eines Landes: Bayern investiert hier 15,8 Milliarden Euro. Finanzstabilität entscheidet über die Handlungsfähigkeit eines Landes: Der Freistaat tilgt eine Viertel Milliarde Euro Schulden und stockt die Rücklagen auf mehr als 2 Milliarden Euro auf.

Mehr Informationen sind unter <http://www.aufbruch.bayern.de> abrufbar. □



Strom und Wärme selber machen mit dem **Mikro-BHKW**, dem Kraftwerk für zuhause



0821 9002-373, Mo-Do 8:00-17:00 und Fr 8:00-14:00 Uhr
Informationen unter www.erdgas-schwaben.de

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

*Durchschnittlicher Wert gerechnet gegenüber Heizöl. □

10 Jahre Informationszentrum am Walchenseekraftwerk:

Prägend für den Landkreis

Eine einzigartige Erfolgsgeschichte ist das Informationszentrum der E.ON Wasserkraft am Walchenseekraftwerk in Kochel am See. Wie Pressesprecher Christian Orschler zum zehnjährigen Jubiläum des Erlebniskraftwerks erläuterte, kamen seither insgesamt rund eine Million Besucher, um einen Blick in das eindrucksvolle Krafthaus mit seinen Turbinen und Generatoren zu werfen und sich über die Stromerzeugung aus Wasserkraft zu informieren.

Das Erlebniskraftwerk Walchensee ist ein touristisches Highlight der Region und Besuchermagnet weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, wie zahlreiche internationale Besuchergruppen belegen. Laut E.ON-Sprecher Erhard von Kuepach wird die Ausstellung im Infozentrum ständig den neuesten Entwicklungen angepasst. Dafür werden, je nach Umfang der Aktualisierung, 30.000 bis 50.000 Euro pro Jahr investiert.

Das 1924 in Betrieb genommene Walchenseekraftwerk ist mit einer Leistung von 124 Megawatt auch heute noch eines der größten Speicherkraftwerke und das wohl bekannteste Wasserkraftwerk in Deutschland. Es erzeugt jährlich rund 300 Millionen Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom aus Wasserkraft, davon gehen etwa zwei Drittel als Drehstrom in

das 110-Kilovolt-Stromnetz und ein Drittel als Einphasenstrom an die Deutsche Bahn.

„Wir stehen gut da und blicken positiv in die Zukunft“, meinte Orschler, der das Jubiläum des Infozentrums auch zum Anlass nahm, auf die Bedeutung der Wasserkraft als Energielieferant hinzuweisen. Die Wasserkraft stellt den Hauptteil der erneuerbaren Energien und trägt in Bayern, wo E.ON flächendeckend in allen Regierungsbezirken 101 eigene und betriebsgeführte Wasserkraftwerke betreibt, 16 Prozent zur Stromerzeugung bei.

„Wasserkraft ist eine der saubersten und effizientesten Energien der Welt. Das ist für uns Grund genug, die Nutzung dieser Energie mit aller Kraft voran zu treiben“, hob Orschler hervor. E.ON nehme die in der Gesellschaft vorhandene Sensibi-

lität für ökologische Belange ernst. Insgesamt betreibt das Unternehmen 212 Wasserkraftwerke in Schweden, Deutschland, Italien und Spanien mit einer installierten Kraftwerksleistung von über 6.100 MW. Mit dieser Flotte werden jährlich 18,5 TWh Strom produziert, deutschlandweit 8,3 TWh.

Sinnvolle Wasserkraft

Dass in der Bevölkerung eine überwiegend positive Grundstimmung gegenüber der Wasserkraft herrscht, zeigt Orschler zufolge eine im Jahr 2009 durchgeführte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ifsa im Auftrag der E.ON Wasserkraft GmbH. So sprachen sich 91 Prozent der bayerischen Bevölkerung für Wasserkraft aus. 80 Prozent hielten den Anteil der Wasserkraft am bayerischen Strommix für sinnvoll. 47 Prozent verbanden spontan keine Nachteile mit der Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Starke Präsenz

„Durch ihre starke Präsenz in allen Regierungsbezirken hat E.ON Wasserkraft viel mit den Landräten und den Bürgermeistern zu tun“, erläuterte der Pressesprecher. „Wir haben hier einen guten Austausch.“ Auch engagierte sich der Energieversorger aktiv in der Umweltbildung: Die E.ON Wasserkraft GmbH ist Partner des Schulversuchs „GribS“ der Stiftung Bildungspakt Bayern.

„Das Walchenseekraftwerk und die Sylvenstein-Wasserkraft insgesamt sind prägend für unseren Landkreis“, stellte der Landrat von Bad Tölz-Wolfratshausen Josef Niedermaier fest. Er bedankte sich ausdrücklich für den intensiven und offenen Dialog mit dem Energiekonzern, „der immer wieder zu guten Ergebnissen führt“ und bescheinigte E.ON den Willen zur Transparenz in punkto Stromversorgung.

„Uns muss bewusst werden, der Strom kommt nicht einfach so aus der Steckdose“, erklärte

Niedermaier. Die Diskussion im politischen Raum sei erfreulich „und eröffnet natürlich auch Chancen und Risiken, bestimmte Energieformen gesellschaftlich auszuloten“. Technische und ökologische Gründe sprächen zwar gegen einen Ausbau des Walchenseekraftwerks zu einem Pumpspeicherkraftwerk; doch angesichts neuer Techniken sieht der Landrat auch künftig, beispielsweise an der Isar, ein großes Potenzial für die Wasserkraft in seinem Landkreis und im Nachbarlandkreis Garmisch-Partenkirchen.

Gelebte Regionalität

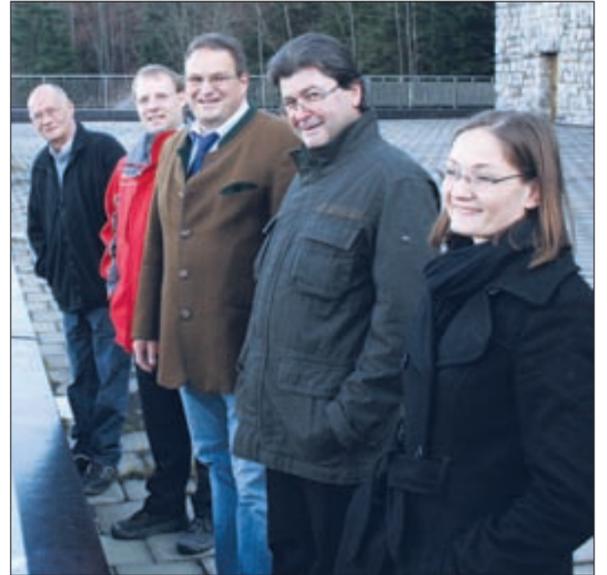
Niedermaier zufolge „werden Energieanlagen dann akzeptiert, wenn der Bürger etwas davon hat“. E.ON habe die Lektion gelernt, Bürger inhaltlich und finanziell an seinen Projekten zu beteiligen. Dass die Stimmung insbesondere seit der Energiewende generell gegen Energieunternehmen geht, sieht der Landrat als problematisch an: „E.ON lebt die Regionalität sehr wohl. Ich hoffe, wir können das Unternehmen darin unterstützen.“

Geschäftsfelder neu definieren

Wie Pressesprecher Christian Orschler ergänzte, akzeptiert E.ON selbstverständlich den Atomausstieg. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, müssten freilich Geschäftsfelder neu definiert oder aber auch das eine oder andere Geschäftsfeld verlassen werden.

„Die Energieversorgung der Zukunft wird verstärkt in der Hand Einzelner, so auch der 300.000 Photovoltaik-Betreiber in Bayern, liegen“, prognostizierte Orschler. Dennoch müsse auch Raum bleiben für große finanzkräftige Unternehmen – Stichwort Netzausbau.

Grundsätzlich erachtet E.ON als Wasserkraftbetreiber das Ziel der bayerischen Staatsregierung, im Rahmen des Energiekonzepts 15 Prozent mehr Wasserkraft zu erzeugen, als „realistisch“. Dies sei einerseits durch Optimierung vorhandener Anlagen, andererseits durch Neubauten zu bewerkstelligen. Orschler: „Diese sensiblen Themen muss man ansprechen, wenn man das Ruder herumreißen will.“ DK



Landrat Josef Niedermaier (Mitte) beim Pressetermin gemeinsam mit den E.ON-Mitarbeitern Carolin Patzner, Erhard von Kuepach und Christian Orschler (v. r.) sowie dem Leiter des Informationszentrums Walchensee, Markus Krinner (l.).

Zeil zur Förderung von Solar- und Windstrom:

Schluss mit Tabus!

Wirtschaftsminister Martin Zeil hat eine Reform des Förder-systems für erneuerbare Energien angemahnt. „Bundeswirtschaftsminister Rösler hat Recht: Wir brauchen aus zwei Gründen dringend eine Korrektur der Förderkulisse für erneuerbare Energien: Erstens, weil die Strompreise wegen der EEG-Umlage durch die Decke zu gehen drohen. Zweitens, weil die Netze die rasant wachsende Einspeisung von Wind- und Solarstrom nicht mehr verkraften“, meinte Zeil. Dena-Chef Stephan Kohler habe darauf zu Recht hingewiesen.

Notwendig sei kurzfristig eine weitere Vergütungsabsenkung. Zeil: „Wir müssen aber auch eine grundsätzliche Diskussion darüber führen, ob und wie wir das EEG mittelfristig durch ein effizienteres, europataugliches Fördersystem ablösen können.“ Röslers Vorschlag, anstelle von Einspeisevorrang und -vergütung nach dem EEG eine generelle Verpflichtung der Stromlieferanten einzuführen, dass jede Stromlieferung einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien enthalten muss, verdiene eine ernsthafte, ergebnisoffene Prüfung. Es sei schade, dass Bundesumweltminister Röttgen reflexartig alle Reformüberlegungen zurückweise. „Schluss mit den Denkverboten bei der Erneuerbaren-Förderung“, forderte der Bayerische Wirtschaftsminister.

Rösler müsse seinerseits die Rahmenbedingungen für den Netzausbau überdenken. Nach Meinung von Zeil müssen alle Regelungen zur Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen, die auf Betreiben des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff in den letzten Jahren in die Gesetze hineingeschrieben wurden, schnellstmöglich wieder beseitigt werden. Zeil: „Die Praxis zeigt, dass die neuen Erdkabel-Regelungen den Netzausbau bremsen, komplizierter und teurer machen. Dafür ist angesichts der gewaltigen Herausforderungen des Energiebaus kein Raum.“

Regensburger E.ON-Mitarbeiter:

Umzug in den Neubau

20.000 Umzugskartons und 7.000 Meter Ordner

Regensburg. (osr) Die tausend Mitarbeiter der E.ON-Gesellschaften, die in Regensburg bisher auf elf Standorte verteilt waren, haben seit Mitte Dezember eine gemeinsame Adresse: Lilienthalstraße 7. Und alle sind nun unter der zentralen Telefonnummer 0941/201-0 erreichbar. Gut 28.000 Quadratmeter Bürofläche wurden von in der Spitze 400 Bauarbeitern in der rekordverdächtigen Bauzeit von 22 Monaten errichtet, dazu kommen 600 Parkplätze in Tiefgarage, Parkhaus und auf Freiflächen.

Inzwischen ist es schon 19 Jahre her, dass der Münchner Flughafen reibungslos über Nacht von Riem ins Erdinger Moos umgezogen ist. Der komplette Flugbetrieb wurde über Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1992 verlagert. Die damalige Logistik erlangte weltweite Bedeutung. Die Dimensionen sind zwar völlig anders, aber in Regensburg ging ein Umzug über die Bühne, dessen Logistik ebenfalls einer etwa halb-jährigen generalstabmäßigen Planung bedurfte.

E.ON-Bayern-Pressesprecher Josef Schönhammer: „Ich kann mich in Regensburg an keinen in dieser Größenordnung vergleichbaren Umzug erinnern.“ An einem Donnerstag räumten die Mitarbeiter ihre Büros und Schreibtische, um ab dem darauffolgenden Montag in den neuen Räumen ihre Arbeit fortzusetzen.

Ende November hatte E.ON als Mieter das fertig gestellte Gebäude übernommen. Das Investitionsvolumen für Regensburgs derzeit größtes Immobilienvorhaben beläuft sich auf rund 75 Millionen Euro. Eigentümer ist ein Immobilienfonds, mit dem das Energieunternehmen einen Mietvertrag über 15 Jahre abgeschlossen hat. Und gleich nach der Lieferung und dem Aufbau der neuen Büromöbel begonnen.

Insgesamt wurden 90 Container voller Möbel angeliefert, die rund um die Uhr aufgebaut wurden. Auch die Kunst hat im Neubau schon Einzug gehalten: Die Neustifter-Plastik, die bisher im Lichthof an der Prüfeninger Straße stand, hat ihren neuen Platz in einem der Innenhöfe gefunden.

Die Möbelpacker mussten rund um die Uhr in vier Schichten mit etwa 400 Mann anpacken, um 18 Lkw zu be- und entladen. Fachleute haben geschätzt, dass das Umzugsvolu-

men dem von etwa 200 Einfamilienhäusern entsprach: 20.000 Umzugskartons und sieben Kilometer Archivordner waren zu bewältigen, dazu mussten 1.000 PC mit kompletter IT-Ausstattung verkabelt werden. Bisherige Probleme? Schönhammer berichtete von einem ausgefallenen Aufzug um zwei Uhr früh und von einem Lkw, der mit Motorschaden liegen geblieben war. „Sonst lief alles reibungslos.“

Rigatoni zum Einstand

Die ersten, die ihr neues Reich bezogen, waren die 20 Damen der „Küchenbrigade“. Damit die 600 Essensportionen täglich appetitlich auf den Casinotisch kommen können, wurden drei Tonnen Bauscher-Geschirr und 12.000 Besteckteile neu angeschafft, verriet Chefin Monika Dechant. Für ein Gästeessen nahmen sie erstmals die neuen Herde in Betrieb. Und für die Mitarbeiter gab es Champignoncremesuppe und Rigatoni Bolognese oder Kokosnuss-Gemüsecurry mit Soja und Ananas.

Klares Bekenntnis zum Standort Regensburg

Damit die Mitarbeiter am ersten Tag ihren Arbeitsplatz finden oder sich im neuen Gebäude zurechtfinden konnten, gab es laut Schönhammer langfristige Vorbereitungen. An drei Terminen gingen Führungen durch den Neubau über die Bühne. Außerdem erhielt jeder eine Umzugsbroschüre mit allen Detailinformationen und schließlich standen für alle Bereiche Umzugsbeauftragte als Ansprechpartner zur Verfügung. Bleibt zum Schluss noch E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Thomas Barth zu zitieren: „Dieser Umzug ist ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Regensburg.“



Für ein lebendiges Bayern.

www.eon-bayern.com

e-on | Bayern

Bilanz des 10-Millionen-Euro-Energieeffizienzprogramms der Lechwerke:

Investitionseffekte von mehr als 17 Millionen Euro

Allein fünf Teilprojekte erzielen 10.700 Tonnen CO₂-Einsparung jährlich

Die Lechwerke (LEW) haben von 2008 bis 2010 das umfassende Energieeffizienzprogramm der RWE-Gruppe in der Region umgesetzt. LEW hat dafür rund 10 Millionen Euro investiert. Nun hat LEW eine Bilanz des gesamten Programms gezogen. Drei Teilprojekte hat das Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos detailliert ausgewertet. Die Ergebnisse wurden gestern im Rahmen eines Pressegesprächs im LED-Leuchtenkompetenzzentrum von LEW der Öffentlichkeit vorgestellt.

Demnach tragen allein fünf Teilprojekte zu einer Energieeinsparung ein, die einer jährlichen CO₂-Erzeugung von 10.745 Tonnen entspricht. Zum Vergleich: Dies kommt dem jährlichen CO₂-Ausstoß von etwa 1.200 Haushalten oder der 2.000-fachen Umrundung der Erde mit einem Auto gleich.

Beschäftigungs- und Investitionseffekte

Prognos hat für zwei Teilprojekte – die energetische Sanierung kommunaler Gebäude und die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in knapp 200 Kommunen – auch untersucht, welche Beschäftigungs- und Investitionseffekte sich daraus ergeben haben. Demnach haben diese zwei Teilprojekte Investitionen in Gesamthöhe von 17,6 Millionen Euro in der Region ausgelöst. Der mit Abstand größte Anteil entfällt dabei mit rund 14 Millionen Euro auf Bau- und Handwerksbetriebe. Die in den zwei Projekten erbrachte Arbeitsleistung entspricht der von rund 250 Arbeitnehmern, die jeweils ein Jahr ausschließlich dafür gearbeitet haben.

Das von der RWE-Gruppe ini-

Infra Fürth:

Neues Bio-Energie-Zentrum

Ein gutes Jahr nach dem Spatenstich ist in Cadolzburg die neue Biogasanlage des städtischen Energieversorgers infra Fürth in Betrieb gegangen. infra-Chef Dr. Hans Partheimüller zeigte sich stolz angesichts des Vorzeigeprojekts in Sachen erneuerbare Energien. Schon seit 2006 – also weit vor der Energiewende – hatten die Verantwortlichen die Vision vom Aufbau einer Eigenproduktion von Biogas, bevor im Herbst 2010 endlich mit dem Bau begonnen werden konnte.

„Unsere Biogasanlage ist bundesweit die bisher erste und einzige in ihrer Größenordnung, die komplett von einem Stadtwerk gestemmt wird“, hob Partheimüller hervor. Die offizielle Inbetriebnahme sei für den städtischen Energieversorger „Höhepunkt des Geschäftsjahres und ein Meilenstein für die grüne Energiegewinnung in der Region“.

Einhelliges Votum

Der Cadolzburger Marktgemeinderat hatte sich einhellig für den Bau der Anlage entschieden. „Wir waren überzeugt, dass das Bio-Energie-Zentrum ein guter Energieträger ist. Ausschlaggebend war für uns allerdings, dass der Energieversorger vor Ort sitzt“, so Bürgermeister Bernd Obst. Er hofft auf Akzeptanz und wünscht sich, „dass das Bewusstsein in der Bevölkerung weiter steigt“.

Bio-Erdgas aus der Region

infra investiert rund 20 Millionen Euro vor Ort, um Bio-Erdgas aus der Region für die Region zu erzeugen. Dieses wird vornehmlich in den Heizkraftwerken der infra zum Einsatz kommen. Die über den besonders effizienten Prozess der Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Strom- bzw. Wärmemenge reicht aus, um etwa 6.300 Haushalte mit

tierte Energieeffizienzprogramm startete 2008. Die Lechwerke haben es über drei Jahre in Bayerisch-Schwaben, dem Allgäu und Teilen Oberbayerns umgesetzt und um eigene Teilprojekten ergänzt. Das Programm erstreckte sich auf drei Handlungsfelder: Aufklärung und Information, Analyse und Beratung, Forschung und Entwicklung.

Bestandteile waren auch Energieberatungen und Vorträge, die Aktion „Schwaben sparen CO₂“, Informations- und Schulungsmaßnahmen für die Wärmepumpentechnik, Energie-Controlling-Software für mittelständische Unternehmen, LED-Projekte in der Straßenbeleuchtung oder auch die Umsetzung des CO₂-freien Energiekonzepts für das neue Stadion des FC Augsburg.

Das Erreichte fortführen

„Das Energieeffizienzprogramm hat auf vielen Ebenen angesetzt und sich an alle wichtigen Gruppen gewendet – private Verbraucher, Unternehmen und kommunale Einrichtungen. Wir haben über das Programm einiges für Klimaschutz und Energieeffizienz in der Region erreichen kön-

nen – in den Köpfen der Menschen, aber auch nachweisbar in der Umsetzung, wie die Bilanz eindrucksvoll belegt. Nun werden wir das Erreichte fortführen und weiterentwickeln“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning.

Straßenbeleuchtung

„Die energieeffiziente Modernisierung der Straßenlampen in knapp 200 Kommunen im Gebiet der Lechwerke erzielt mit mehr als 4.000 Tonnen jährlicher

Windkraft in Bayern:

Handlungsbedarf für die Kommunen!

Von Rechtsanwalt Dr. André Turiaux*

Die Energiewende ist in aller Munde, die Zahl der Informationsveranstaltungen für Kommunen und ihrer Vertreter ist mittlerweile unüberschaubar groß. Insbesondere das Thema Windkraft wird von allen Seiten beleuchtet. Fast von allen Seiten, möchte man einschränken.

Zwei wichtige Punkte werden gerade in der politischen Diskussion vernachlässigt, obwohl in der Praxis gerade hier Handlungsbedarf besteht: 1. Aufstellung von abgestimmten Teilflächennutzungsplänen mehrerer Gemeinden mit Konzentrationszonen (und damit das Erreichen der Ausschlusswirkung für die restlichen Gemeindeflächen) und 2. Vertragliche Sicherung der Grundstücksflächen für künftige Windkraftstandorte.

Der Wert beider Maßnahmen erweist sich dann, wenn der erste Investor vor der Tür steht und einen Antrag auf Genehmigung eines Windparks stellt. Das Landratsamt muss die Genehmigung erteilen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (Lärmschutz, Naturschutz etc.). Damit verliert die Gemeinde jegliche Steuerungsmöglichkeit, der Investor baut, wo er will, nicht wo die Gemeinde und die Bürger es wollen. Es bleibt dann nur noch die „Flucht“ in den Zurückstellungsantrag mit ungewissem Ausgang. Besser ist es, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu eignen sich die beiden oben genannten Instrumente.

1. Abgestimmte Teilflächennutzungspläne

Dies betrifft alle Gemeinden. Windkraftanlagen sind im Außenbereich privilegiert zulässig gem. § 35 BauGB. Die Gemeinde kann aber durch Ausweisung von Konzentrationszonen festlegen, dass dort (und nur dort!) Windkraftanlagen zulässig sind. Im Rest des Gemeindegebietes sind sie dann ausgeschlossen. Das dürfte mittlerweile allgemein bekannt sein.

Häufig besteht der Wunsch, diese Planung mit allen Gemeinden des Landkreises abzustimmen. Viele kleine Gemeinden sind personell und finanziell nicht in der Lage, die nötigen Planungsschritte und die vorbereitenden Untersuchungen alleine schnell genug zu bewältigen. Der Gedanke der gemeinsamen Planung liegt daher nahe und ist vernünftig.

Aber dabei müssen die rechtlichen Grenzen beachtet werden: die Planungshoheit liegt bei der Gemeinde, nicht beim Landkreis! Die nötige Abwägungsentscheidung muss jeder Gemeinderat für die Fläche seines Gemeindegebietes treffen. Es reicht nicht, wenn der Gemeinderat nur eine fremde Planung „abnickt“. Ein solcher Flächenutzungsplan würde vor Gericht keinen Bestand haben. Es

musste also ein schmaler Grat zwischen interkommunaler Abstimmung und eigener Entscheidung begangen werden. Sinnvoll ist ein Vorgehen nach § 204 Abs. 1 Satz 4 BauGB: jede Gemeinde beschließt ihren eigenen Teilflächenutzungsplan, aber die Pläne werden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den Gemeinden aufeinander abgestimmt.

Öffentliche Gebäude

Prognos hat neben dem Projekt „Straßenbeleuchtung“ auch das Teilprojekt „Öffentliche Gebäude und Krankenhäuser“ untersucht. In dessen Rahmen hat LEW in Kooperation mit Ingenieurbüros Energieausweise und



LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning (2. v. r.) und Projektleiter Marco Wunsch (Prognos AG, 2. v. l.) stellen die Bilanz des Energieeffizienzprogramms vor. Königsbrunn 2. Bürgermeisterin Barbara Jaser und Langerringens Bürgermeister Konrad Dobler berichteten exemplarisch über Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die sie im Rahmen des Programms in ihren Kommunen durchgeführt haben.

energetische Sanierungsmaßnahmen für kommunale Gebäude und Krankenhäuser erarbeitet. Insgesamt wurden in 87 Kommunen 393 Energieausweise ausgestellt, zehn Krankenhäuser haben am so genannten Performance-Check teilgenommen.

Das dritte untersuchte Teilprojekt war der Einsatz einer Software für mittelständische Unternehmen, die damit ihre Energieverbräuche detailliert aufschlüsseln können. Prognos hat die Evaluierung des Programms für alle Unternehmen der RWE-Gruppe durchgeführt, die sich daran beteiligt haben.

LED-Technologie

Die Lechwerke führen die im Rahmen des Energieeffizienzprogramms angestoßenen Maßnahmen fort und entwickeln sie weiter: So engagiert sich LEW im Bereich der Straßenbeleuchtung für die energieeffiziente LED-Technologie: 2011 nahmen die Lechwerke das erste LED-Leuchtenkompetenzzentrum Süddeutschlands in Betrieb. Im Bereich Gebäudeheizung fokussiert sich LEW neben der Wär-

mepumpe verstärkt auf Themen wie Mikro-KWK-Anlagen und Betonkernaktivierung in Passivhäusern.

Mehr Anlaufstellen

Das Angebot an Energieberatungen im Rahmen von Vorträgen in Kundenforen wird ausgeweitet. Die Lechwerke eröffnen auch zusätzliche Anlaufstellen für die Kunden: die Energiepunkte. Angesichts des Umbaus der Energieversorgung hat LEW die so genannten „smarten Technologien“ auf die Agenda gesetzt – sowohl bei den Verbrauchern als auch was die Steuerung der Stromnetze angeht.

Die LEW-Gruppe ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. LEW beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation an.

Die Lechwerke AG (LEW) gehört zur RWE-Gruppe.

100 Prozent Ökostrom für München

Stadtsparkasse München und Stadtwerke München legen zweite Tranche des M-Ökosparbriefs auf

Energiekunden der Stadtwerke München (SWM) können seit Mitte November, exklusiv den M-Ökosparbrief der Stadtsparkasse München erwerben und mit dieser Geldanlage die SWM beim Umbau der Münchner Energieversorgung unterstützen. Der M-Ökosparbrief hat die Anleger schon im März dieses Jahres überzeugt: Nach nur vier Wochen war das erste Kontingent des M-Ökosparbriefs der Stadtsparkasse München mit einem Volumen von 20 Mio. Euro ausgeschöpft.

„Mit der zweiten Tranche des M-Ökosparbriefs bieten wir den Kunden erneut die Chance, Geldanlage und ökologische Verantwortung in Einklang zu bringen“, erläuterte Harald Strögen, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, dieses nachhaltige Anlageprodukt seines Hauses. Die zweite Emission hat ein Zeichnungsvolumen von 10 Mio. Euro.

Sparkassenbrief ohne Kursrisiko

Der M-Ökosparbrief ist ein klassischer Sparkassenbrief ohne Kursrisiko mit einer Laufzeit von drei Jahren und einer festen Verzinsung von 1,5 Prozent pro Jahr. In allen Filialen der Stadtsparkasse München können Energiekunden der Stadtwerke München ab einem Betrag von 500 Euro bis maximal 20.000 Euro ihr Geld in Form des M-Ökosparbriefs anlegen. Die im M-Ökosparbrief angelegten Gelder vergibt die Stadtsparkasse München als Kredit an die Stadtwerke München. Die SWM investieren dieses Geld in Projekte ihrer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien.

Bis 2025 wollen die SWM so viel Ökostrom in eigenen Anlagen erzeugen, dass sie damit den jährlichen Bedarf von ganz München, rund 7,5 Mrd. Kilowattstunden, decken könnten. München wird damit weltweit die erste Millionenstadt sein, die dieses Ziel erreicht.

Projektbeispiele

Zu den Projekten, die mit Hilfe des M-Ökosparbriefs beispielsweise realisiert werden, zählen die Modernisierung von zwei Wasserkraftwerken in München, das Geothermie-Heizkraftwerk in Sauerlach sowie ein Offshore-Windpark in der Nordsee. Die imug Beratungsgesellschaft prüft, dass die im M-Ökosparbrief angelegten Gelder nur für Vorhaben der Ausbauoffensive Erneuerbare Energien verwendet werden.

Dr. Florian Bieberbach, Kaufmännischer Geschäftsführer der SWM: „Der Erfolg des M-Ökosparbriefs spricht für sich. Er zeigt, dass unsere Ausbauoffensive Erneuerbare Energien auch von den Münchnerinnen und Münchnern mitgetragen und unterstützt wird.“

*Unser Autor ist Partner der Heussen Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, München. Weitere Informationen unter: www.erneuerbare-energien-recht.de

Bayerisches Gasfeld Assing:

Bayerisches Gas für bayerische Haushalte

Vor kurzem haben die Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) und Bayerngas GmbH das Gasfeld Assing bei Taching am See offiziell in Betrieb genommen. „Gas aus Bayern für Haushalte in Bayern!“: Mit diesen Worten eröffneten Marc Hall, Geschäftsführer Bayerngas GmbH, Kurt Sonnleitner, Vorstand Technik RAG, und Dr. Michael Längle, Vorstand Finanzen RAG, die erste reine Gasproduktion in Bayern seit 1996. Von nun an strömen aus zwei Lagerstätten in 2.300 und 3.000 Meter Tiefe täglich rund 20.000 Kubikmeter umweltschonendes Gas zu bayerischen Kunden.

Für Bayerngas hat die Produktionsaufnahme eine besondere Bedeutung: „Assing ist die erste eigene Erdgasproduktion für Bayerngas in Deutschland und somit wegweisend“, betonte Marc Hall von Bayerngas.

Beleg für technischen Fortschritt

Für Kurt Sonnleitner vom Betriebsführer RAG ist die neue Produktion ein Beleg für den technischen Fortschritt in der Gasexploration: „Solch klassische Lagerstätten, bei denen das Gas aus mikroskopisch kleinen Poren im Sandstein von selbst zur Oberfläche strömt, wurden in

Bayern seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ausgefördert. Mit mehreren Bohrungen wurden nun diese Vorkommen gesucht und anschließend genutzt. Dass mit modernen Aufsuchungsmethoden (3D Seismik) sowie effizienten und sicheren Produktionsanlagen jetzt - wenn auch in bescheidenem Maße - an diese Zeit angeknüpft werden kann, ist für uns ein Erfolg.“

Freude über verlässliche Energiequelle

„Wir freuen uns, in der Gemeinde Taching eine regionale und verlässliche Energiequelle

für Bayern zu haben. Mit dieser Gasproduktion wird ein Beitrag zu einer CO₂-armen Energiezukunft geleistet“, betonte Ursula Haas, Bürgermeisterin von Taching am See.

Das Erdgasvorkommen in Assing hat ein Volumen von ca. 13 Mio. Kubikmetern. Die Förderung wird voraussichtlich bis zu zwei Jahre dauern. Anschließend wird das Gebiet um die Produktionsstätte vollständig renaturiert.

Ökologischer Weg zum Kunden

Das gesamte Fördervolumen von Assing reicht aus, um 9.000 Haushalte ein Jahr lang zu versorgen. „Das Lagerstättenvolumen ist nicht mit dem eines großen Gasfeldes in der Nordsee zu vergleichen, aber hier ist der Weg zum Kunden nah und damit besonders ökologisch: Wir wissen genau, wo es herkommt, es wird von uns unter den strengsten Umwelt- und Sicherheitsauflagen gefördert, ganz umweltfreundlich unterirdisch transportiert. So lässt sich die eingeleitete bayerische Energie auch durch kleinere Vorkommen sinnvoll stützen“, so Marc Hall und Kurt Sonnleitner unisono.

Nach dem bayerischen Energiekonzept vom Mai 2011 soll sich der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2021 mehr als verdoppeln. Der Anteil von 57,6 Prozent, den die Kernenergie an der Stromproduktion hält, muss ersetzt werden. Wenn dieses ambitionierte Ziel erreicht wird, bleibt eine Versorgungslücke, die Erdgas füllt. Unabhängig davon benötigen Sonnen- und Windenergie eine Partnerenergie, die einspringt, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint.

Heimische Quellen nutzen

Dass Energie nicht gleich Strom ist, darauf weist Hall nachdrücklich hin: „Wir brauchen Gas, um in der Stadt und auch ländlichen Gegenden umweltschonend Wärme für Warmwasser und die Heizung zu erzeugen. Gut 85 Prozent der Energie wird dafür verwendet. Heizen mit Strom ist deshalb nicht die Lösung“, sagt Hall. Ebenso ist ein moderner Wirtschaftsstandort auf Erdgas angewiesen. Über 40 Prozent des Erdgaseinsatzes erfolgt in Deutschland in der Wirtschaft. „Ein wichtiger Grund mehr, heimische Quellen zu nutzen“, so Hall weiter.

Die Zusammenarbeit von RAG und Bayerngas geht auf das Jahr 2008 zurück. Im November 2008 unterzeichneten die Unternehmen einen Vertrag zur gemeinsamen neuen Suche nach Erdgas in Bayern. Dazu beteiligte sich Bayerngas an der vom bayerischen Staat an die RAG vergebenen Erlaubnis zur Suche nach Gas in der Salzach-Inn-Region mit 30 Prozent. Anfang 2011 erweiterten die Unternehmen ihre Zusammenarbeit: Bayerngas beteiligte sich mit 30 Prozent an der vom bayerischen Staat vergebenen Erlaubnis zur Gasaufsuche in der Chiemgau-Region.

Sechstel aller sicher wirtschaftlich gewinnbaren Gasreserven der Welt. Das Fernleitungsnetz von Gazprom ist mit einer Länge von rund 150.000 Kilometer das weltweit größte und verteilt Erdgas zu 179 Verteilungsstationen. Mit 110 Milliarden US Dollar Marktkapitalisierung und 445.000 Beschäftigten ist Gazprom das wichtigste Unternehmen Russlands.



Förderstandort der RAG im bayerischen Assing.



Von links: Dr. Michael Längle (RAG), Kurt Sonnleitner (RAG), Ursula Haas (Bürgermeisterin Taching), Marc Hall (Bayerngas). Bild: CH

„Road Map“ mit Gazprom

Seehofer und Zeil: Wichtiger Meilenstein zum Bau neuer Gaskraftwerke in Bayern

Der Freistaat Bayern und der weltweit größte Erdgasproduzent Gazprom haben ein Arbeitsprogramm zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stromerzeugung („Road Map“) unterzeichnet. Seehofer und Zeil: „Mit dieser Vereinbarung wollen wir in Zusammenarbeit mit einem starken internationalen Partner den Umbau der bayerischen Energieversorgung im Bereich der Infrastruktur vorantreiben. Die „Road Map“ mit Gazprom ist ein wichtiger Meilenstein zum Bau neuer Gaskraftwerke in Bayern. Sie kann uns beim Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien deutlich voranbringen.“

Seehofer und Zeil zeigten sich erfreut, dass mit Gazprom der weltweit größte Gasproduzent in Bayern über Gaslieferungen hinaus auch konkret in Betracht zieht, sich unmittelbar am Bau und Betrieb von Kraftwerken zu beteiligen. Seehofer und Zeil: „Damit macht das Unternehmen deutlich, dass es an einer langfristigen strategischen Partnerschaft interessiert ist und im Betrieb von Gaskraftwerken in Deutschland auch künftig stabile Marktchancen sieht.“

Die „Road Map“ enthält noch keine verbindlichen Vereinbarungen über konkrete Investitionen von Gazprom in Bayern. Das Unternehmen und der Freistaat werden aber im Frühjahr 2012 intensive Gespräche mit der Energiewirtschaft, der stromverbrauchenden Industrie und den Kommunen führen, um mögliche Standorte für neue Gaskraftwerke zu untersuchen und zu identifizieren. Im nächsten Schritt wird Gazprom (bis Ende des nächsten

Jahres) über konkrete Investitionen entscheiden. Der Freistaat wird die Koordinierung von Genehmigungsverfahren begleiten und sich beim Bund und der EU für günstige Rahmenbedingungen beim Bau der Gaskraftwerke einsetzen.

Zentrales Element des Energiekonzepts

Seehofer und Zeil: „Dieser Einsatz des Freistaats ist im übrigen kein exklusives Angebot nur für Gazprom. Wir bieten ihn auch allen anderen Unternehmen an, die Interesse am Bau von Gaskraftwerken in Bayern haben.“ Der Bau neuer Gaskraftwerke sei eines der zentralen Elemente des Energiekonzepts „Energie Innovativ“. Bayern will damit die Stromversorgung auch für die Zeitalterabschnitte sicher stellen, in denen Strom aus Wind und Sonne nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung steht.

Gazprom verfügt über ein

Dezentrale Energieversorgung in Bayern und was sie für die Kommunen bringt

Die sichere Energieversorgung der Zukunft ist eine Mammutaufgabe für alle Beteiligten, vor allem auch für die Kommunen. Land und Kommunen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Energiegewende umzusetzen und eine dezentrale, CO₂-arme Energieversorgung aufzubauen. Erdgas wird dabei eine starke Rolle spielen. Die regionale Erdgasförderung vor Ort ist eine Möglichkeit, ein Stück Energiegewende bereits heute zu realisieren und nicht erst in einigen Jahren.

Wind weht oder die Sonne nicht scheint.

GZ: Warum ist die RAG gerade in Bayern aktiv?

Sonnleitner: Die Förderung findet im Auftrag und somit im Interesse des Freistaats Bayern statt, der dadurch die Entwicklung einer dezentralen, regionalen Energieversorgung vorantreibt. Das Gas, das in Bayern gefördert wird, wird auch regional genutzt und dient hierzulande der Sicherstellung der regionalen Energieversorgung.

GZ: Inwiefern profitieren die Kommunen von der Erdgasförderung?

Sonnleitner: Die Kommunen profitieren durch die generell ökologischen Vorteile einer regionalen Energieversorgung. Da das Erdgas umweltfreundlich unterirdisch transportiert wird, halten wir die Transportwege kurz und schonen so die Umwelt. Die Förderung bringt den Kommunen aber auch konkrete wirtschaftliche Vorteile zum Beispiel durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und zusätzliche Einnahmen wie Gewerbesteuern.

Die österreichische Rohölaufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) fördert gemeinsam mit der Bayerngas GmbH in Bayern Erdgas und trägt zu

Erdgasförderung und der dezentralen Ausbau der Gas-Infrastruktur hat gleich doppelte Bedeutung: Zum Einen dient sie bereits heute der direkten

Energieversorgung der Bevölkerung, zum Anderen wird durch die Erdgasförderung gleichzeitig auch die Entwicklung der erneuerbaren Energien gefördert. Denn es muss einen verlässlichen Partner geben, der die Energie sicher auch dann liefern kann, wenn es die Erneuerbaren nicht können, weil kein



Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik.

einer sicheren Energieversorgung in Bayern bei. Die Vorteile einer dezentralen Energieversorgung in Bayern und was eine solche Energieversorgung für die Kommunen bedeutet, erläutert Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik:

GZ: Herr Sonnleitner, lohnt es sich überhaupt, in Bayern Erdgas zu fördern?

Sonnleitner: Ja, wir sind davon überzeugt, dass in Bayern noch genügend Gasvorkommen vorhanden sind, um auf Jahrzehnte hinaus die regionale Energieversorgung unterstützen zu können. Dies stellt einen wichtigen Schritt in eine dezentrale, umweltfreundliche Energieversorgung der Zukunft dar. So steigt beispielsweise die Unabhängigkeit von teuren Importen aus dem Ausland.

GZ: Gibt es eine langfristige Perspektive für die Erdgasförderung?

Sonnleitner: Ja, denn die

RAG – Partner der Kommunen

- ▶ Erdgas erhält als Energieträger eine bedeutende Stellung im Energiemix bei der direkten Energieversorgung und zur Sicherung der Infrastruktur der regenerativen Energien.
- ▶ Die RAG unterstützt Kommunen bei der Stärkung einer dezentralen, regionalen Energieversorgung.
- ▶ Alle Projekte der RAG unterliegen höchsten Sicherheits- und Umweltstandards.
- ▶ Die RAG handelt nach dem Grundsatz „Verantwortung aus Tradition“. Das Unternehmen fördert seit 1935 Öl und Gas in Mitteleuropa und unterstützt eine regionale Energieversorgung für die Bürger.
- ▶ Die RAG ist vor allem in Österreich tätig – seit 1997 auch in Bayern. In direkter Nachbarschaft zu Bayern hat die RAG ihr Hauptfördergebiet in Oberösterreich und Salzburg.
- ▶ Ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung aller Projekte ist für die RAG daher ein offener Dialog mit den Bürgern der entsprechenden Region. Wir sehen jedes Projekt als gemeinsames Projekt zwischen der RAG, den Kommunen und deren Bürgern.
- ▶ Da Bodenschätze generell dem Staat gehören, in dem sie gefördert werden, verringern die Förderung und Nutzung von Erdgas in Bayern die Abhängigkeit von Importen und schafft Wertschöpfung im Land.

Das Klimaquartier:

Modell für die energetische Stadterneuerung

Klimaschutz und die Notwendigkeit zur Steigerung der Energieeffizienz sind gesamtgesellschaftliche Themen. Die Bedeutung dieses Themenfeldes nimmt täglich zu – in allen Belangen des täglichen Lebens. Dem trägt eine Vielzahl verschiedenster Förderprogramme für unterschiedlichste Einsatzgebiete Rechnung. Doch im Rahmen der Bestandsquartiere in den Städten und Ortschaften fehlte bisher die verbindende Klammer.

Dieses Bindeglied wurde im November 2011 mit der Auflage des KfW-Förderprogramms zur energetischen Stadterneuerung hergestellt. Basierend auf der Neufassung des Baugesetzbuches mit dem Gesetz zur klimagerechten Stadtentwicklung und den bewährten rechtlichen Grundlagen wie der EnEV oder den Städtebauförderungsprogrammen von Bund und Ländern soll die Erstellung und Umsetzung von Quartiers- bzw. stadtteilbezogenen integrierten Sanierungskonzepten mit energetischer Zielsetzung künftig unterstützt werden.

Synergieeffekt

Hierzu werden durch das Programm zunächst integrierte Quartierskonzepte und anschließend zur Begleitung der Umsetzung auch Sanierungsmanager gefördert (KfW-Programmnummer 432). Im Kontext mit dem Thema des demographischen Wandels bietet sich im Rahmen der energetischen Erneuerung als Synergieeffekt an, die vorhandenen Wohnungsangebote in Bezug auf Barrierefreiheit, Wohnungsgrößen, Ausstattung sowie Service- und Dienstleistungen anzupassen.

Im Rahmen der Förderung der

energetischen Stadterneuerung soll z. B. durch Ausweisung von Sanierungsgebieten eine geeignete Fördergebietskulisse geschaffen werden. Durch konzentriertes Vorgehen von Stadt, Wohnungsunternehmen und Einzeligentümern sowie der Versorgungswirtschaft soll so auf Quartiers- oder Stadtteilebene eine Reduzierung der CO₂-Emissionen, eine Steigerung der Energieeffizienz oder der barrierefreie Ausbau von Wohnungen erreicht werden.

Bündelung der Programme

Hierzu ist neben den rechtlichen Rahmenbedingungen eine Bündelung der vorhandenen Förderprogramme erforderlich. Geplant ist, sowohl öffentliche als auch private Gebäude möglichst flächendeckend zu sanieren sowie Verkehr und Infrastruktureinrichtungen zu optimieren. Dabei gilt es aber auch, das Stadt- und Ortsbild zu schützen und die Aspekte von Baukultur und Denkmalschutz zu beachten. Die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG hat diese Überlegungen aufgegriffen und bietet zur energetischen Stadterneuerung ein Inte-

griertes Quartierskonzept (IQ) – das sogenannte KlimaQuartier – an (www.klimaquartier.de).

Städte, Gemeinden, Versorgungsunternehmen und Eigentümergemeinschaften werden durch die DSK – wie in allen anderen Belangen des Städtebaus – zusammen mit einem eigens für das Klimaquartier aufgebauten, kompetenten und zuverlässigen Expertennetzwerk betreut.

Leistungsbausteine

Die einzelnen Leistungsbausteine im Rahmen der Entwicklung von KlimaQuartieren sind unter anderem:

- Koordinierung von Klimaschutzkonzepten
- Identifizierung von geeigneten Quartieren
- Moderation und Steuerung von interdisziplinären Gesprächen (Versorgungsträger, Wohnungswirtschaft, Einzeleigentümer, Politik, Verwaltung)
- Erstellung von Konzepten zur energetischen Stadterneuerung (Klima VU)
- Einwerbung von Fördermitteln durch Antragstellung und -begleitung
- Aufstellung individueller Förderkataloge
- Umsetzung einer energetischen Stadterneuerung mittels konkreter Projektstrategien.

In vielen Bundesländern ist die DSK bereits aktiv in die laufende Phase der energetischen Stadterneuerung unter Nutzung der neuen KfW-Förderkulissen

eingebunden. Hierdurch werden Synergieeffekte generiert und Erfahrungsaustausche ermöglicht, die eine erfolgreiche Projektumsetzung der energetischen Quartierskonzepte zur Energieeinsparung und CO₂-Reduzierung sichern.

Maßnahmenbündel

Letztlich ergibt sich in KlimaQuartieren ein energetisches Maßnahmenbündel, welches beispielhaft folgende Bausteine umfassen kann:

- Aufstellung von transparenten, mit den einzelnen Akteuren abgestimmten Energie- und Erneuerungskonzepten
- Aufbau eines lokalen Akteurnetzwerks vor allem mit den Bürgern sowie u.a. den Einzelhändlern und Dienstleistungsanbietern, den Versorgungsunternehmen und der Stadtverwaltung
- Initiierung einer lokalen, kompetenten und direkten Energie- und Sanierungsberatungsstelle
- Initiierung, Betreuung und Begleitung sowohl von energieeinsparenden als auch von energieerzeugenden Maßnahmen an Immobilien (Wärmedämmung, Umrüstung von Heizungsanlagen, Solar- und Geothermie etc.)
- Grundstücksübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz (Blockheizkraftwerke, Nah- und Fernwärme, Brauchwassernutzung etc.)
- Unterstützung von barrierefreien Ausbaumaßnahmen an privaten und öffentlichen Gebäuden
- Einführung intelligenter und nachhaltiger Verkehrssysteme
- Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Weitere Vorteile

Diese Maßnahmen bieten in Kombination der einzelnen inhaltlichen Bausteine neben dem vorrangigen Ziel der energetischen Stadterneuerung für Kommunen und Hausbesitzer weitere Vorteile:

- Erreichung von Zielen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz
- Synergie: Behebung städtebaulicher Missstände
- Zügige Durchführung der energetischen Sanierungsmaßnahmen
- Eigentümervorteile: Fördermittel, Steuervorteile
- Bessere Konditionen durch Bündelung von Einzelinteressen bei Banken, Handwerkern, etc.
- Sonderfinanzierungen: Versorgungsträger, KfW, Wohnungsbauförderung etc.

DSK als Partner

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass mit dem KlimaQuartier ein effektives und zielorientiertes Herangehen an die sich stellenden Aufgaben der klimagerechten Stadtentwicklung vereinfacht wird. Städtebauliche Instrumentarien werden mit Anforderungen der energetischen Stadterneuerung kombiniert.

So soll eine zügige Umsetzung der in Form von Klimaschutzkonzepten oft schon geleisteten Vorarbeiten in konkreten Projekten vorangetrieben werden. Die DSK steht auch als Partner für die bayerischen Städte und Gemeinden zur effektiven Unterstützung der kommunalen Interessenslagen im Klimaschutz bereit. □

Im Ergebnis sollte unabhängig davon, welcher Weg eingeschlagen wird, eine verlässliche, praxisnahe und sachgerechte Regelung zur Buchwertfortführung und idealerweise der Übertragung etwa bestehender Verlustvorträge zur Verfügung stehen. Nutznießer wären nicht zuletzt gerade die Bürger, insbesondere als Gebühren- und Beitragszahler. □

Förderrichtlinie für LED-Straßenbeleuchtung 2012:

Die Zuschüsse vom Staat nutzen - jetzt sanieren

Die Förderrichtlinie des Bundesumweltministeriums zur Förderung von Klimaschutzprojekten wurde jetzt veröffentlicht. Unter anderem wird der Einbau hocheffizienter LED-Beleuchtungs-, Steuer- und Regelungstechnik bei der Sanierung von Straßenbeleuchtung bezuschusst.

Mit einem Zuschuss in Höhe von 25 % der Ausgaben gefördert werden Kommunen sowie Betriebe und Einrichtungen, die in kommunaler Trägerschaft sind. Die sanierte Anlage muss mindestens 60 % weniger CO₂ ausstoßen als die alte Anlage. Das Mindestfördervolumen beträgt 10.000 Euro, der Förderzeitraum ist auf ein Jahr beschränkt. Um eine geeignete Projektgröße für die Antragsstellung zu erreichen, können sich auch mehrere gleichartige antragsberechtigte Einrichtungen zusammenschließen und das Vorhaben gemeinsam durchführen.

Die Kommunen sind aufgefordert, ihren Förderantrag bis

zum 31. März 2012 beim Projektträger Jülich einzureichen.

Falls mehrere Möglichkeiten der Projektförderung in Anspruch genommen werden sollen, zum Beispiel durch die KfW, ist dies zulässig. Es muss allerdings eine Eigenbeteiligung von mindestens 20 % vorliegen. Ausnahmen für finanzschwache Kommunen sind möglich.

Durch den Zuschuss des Bundesumweltministeriums wird die Amortisationszeit der neuen Anlage drastisch reduziert. Mit den LED-Lichtlösungen von Philips wird zukünftig nicht nur Energie und damit kommunales Budget gespart, sondern auch die Qualität des Lichtes verbessert.

Infos: www.philips.de/licht/bmu

RMD-Kraftwerke:

Runde Geburtstage

Einen runden Geburtstag, allerdings ohne Aussicht auf baldige Rente, konnten 2011 die beiden RMD-Laufwasserkraftwerke Wipfeld, Landkreis Schweinfurt, und Limbach in Eltmann, Landkreis Haßberge, feiern. Die beiden Kraftwerke der Rhein-Main-Donau AG (RMD) blicken in diesem Jahr auf 60 Jahre erfolgreichen Dauerbetrieb im Dienste einer umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung zurück.

Seit der Inbetriebnahme 1951 erzeugte Wipfeld aus seinen beiden Kaplan-Turbinen mit zusammen 2.900 Kilowatt Leistung durchschnittlich fast 20 Millionen Kilowattstunden (kWh) pro Jahr. Das etwas leistungsstärkere Limbach mit zusammen 3.700 Kilowatt Leistung aus ebenfalls zwei Kaplan-Turbinen kommt im Schnitt auf eine durchschnittliche Jahreserzeugung von etwa 24 Millionen kWh Strom. Dadurch entlasten allein diese beiden Kraftwerke das Klima um rund 30.500 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) pro Jahr.

Seit Betriebsbeginn haben Wipfeld rund 1,2 Milliarden kWh Strom und Limbach über 1,4 Milliarden kWh erzeugt. Dabei wird eine Fallhöhe von 3,2 bis 4,3 Meter in Wipfeld und von 4,5 bis 5,4 Meter in Limbach genutzt. Dafür wird das benötigte Wasser an jeweils drei Wehrfeldern aufgestaut, um dann mit rund 100 Kubikmeter pro Sekunde, das entspricht über 500 Badewannenfüllungen pro Sekunde, die Turbinen anzutreiben und über die angekoppelten Generatoren sauberen Strom zu erzeugen.

Kraftwerk Leipheim

Ebenfalls einen runden Geburtstag konnte 2011 das Laufwasserkraftwerk Leipheim im Landkreis Günzburg feiern. Das Kraftwerk der ODK (Obere Donau Kraftwerke AG), die zu 60 Prozent der Rhein-Main-Donau AG (RMD) und zu 40 Prozent der Energie Baden-Württemberg Kraftwerke AG gehört, blickte zum Jahresende auf ein halbes Jahrhundert erfolgreichen Dauerbetrieb im Dienste einer umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung zurück.

Die Staustufe Leipheim ist eine Mehrzweckanlage und wurde neben der Stromerzeugung für weitere staatlich-wasserwissenschaftliche Zwecke, vor allem Hochwasserschutz und Sohl- und Grundwasserstabilisierung errichtet.

Seit der Inbetriebnahme 1961 erzeugte Leipheim aus seinen beiden Kaplan-Turbinen mit zusammen 9.370 Kilowatt maximaler Leistung durchschnittlich rund 50 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Im Vergleich zur

konventionellen Stromerzeugung werden damit jährlich rund 35.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) vermieden.

Seit Betriebsbeginn hat das Kraftwerk Leipheim über 2,5 Milliarden kWh erzeugt. Dabei wird eine Fallhöhe des Wassers von 5,85 Meter genutzt.

Das Laufwasserkraftwerk Dillingen wiederum, ein Kraftwerk der MDK (Mittlere Donau Kraftwerke AG), die zu 60 Prozent der Rhein-Main-Donau AG (RMD) und zu 40 Prozent der Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), einem Tochterunternehmen der Lechwerke AG (LEW), gehört, blickte zum Jahresende auf 30 Jahre erfolgreichen Dauerbetrieb im Dienste einer umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung zurück.

Kraftwerk Dillingen

Seit der Inbetriebnahme 1981 erzeugte das südlich von Dillingen gebaute Donau-Kraftwerk aus seinen beiden Kaplan-Turbinen mit zusammen 7.400 Kilowatt maximaler Leistung 45,4 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung werden damit jährlich über 31.500 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) vermieden.

Seit Betriebsbeginn hat das Kraftwerk Dillingen über 1,36 Milliarden kWh erzeugt. Dabei wird eine Fallhöhe des Wassers von rund 4,7 Meter genutzt.

Dazu RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich: „Wir freuen uns, dass wir mit E.ON und der Bayerische Elektrizitätswerke GmbH kompetente und ausgezeichnete Betreiber für unsere Wasserkraftwerke an Main und Donau gefunden haben, die unsere Anlagen im Sinne einer zuverlässigen, umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung für einen langfristigen Dauerbetrieb fit halten.“

„Unser ältestes Wasserkraftwerk entstand vor knapp 90 Jahren am Main in Würzburg und erzeugt seitdem zuverlässig Strom. Unseren Kraftwerken wünschen wir einen mindestens ebenso langen und erfolgreichen Betrieb“, erklärte Schleich abschließend. □

Umwandlung von Regie- und Eigenbetrieben in Anstalten des öffentlichen Rechts:

Die Landesgesetzgeber sind gefordert!

Von Dr. Stefan Detig, M.B.A., und Dr. Stephan Salzmann, Dipl.-Kfm., Steuerberater, LKC Rechtsanwälte, München

Die Rechtsform „Kommunalunternehmen“ erfreut sich bei den Kommunen großer Beliebtheit, nicht zu guter Letzt gerade aufgrund ihrer hohen Anpassungsfähigkeit an die lokalen Verhältnisse. Wie verhält es sich jedoch bei einer Umwandlung steuerlich?

Wenn eine Kommune einen bestehenden Regie- oder Eigenbetrieb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, also ein Kommunalunternehmen, umwandelt, ging man bislang davon aus, dass keine Besteuerung der stillen Reserven (z. B. Gebäude und Grundstücke) erfolgt. Vielmehr war man allgemein der Meinung die Buchwerte nach dem Umwandlungssteuerrecht fortführen zu können. Hierbei konnte man sich insbesondere auf eine Verfügung der OFD Hannover von 2009 stützen.

Dem widerspricht der Bundesfinanzhof in einem am 1.6.2011 veröffentlichtem Urteil (Az. I R. 112/09) mit der Begründung, es fehle bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts an einer vom Umwandlungssteuerrecht vorausgesetzten mitgliederschaflichen Organisation.

Fragwürdige Begründung

Diese Begründung ist fragwürdig, weil die Kommune Anteile am Kommunalunternehmen erhält. Es steht jedoch zu befürchten, dass die Verfügung der OFD Hannover künftig von der Finanzverwaltung nicht mehr befolgt wird. Auch der neue Umwandlungssteuererlass wird keine Regelung für die Umwandlung von Regie- und Eigenbetriebe in kommunale Anstalten im Sinne der Verfügung der OFD Hannover ent-

halten. Damit wurde die Möglichkeit einer bundeseinheitlichen Regelung vergeben. Die Finanzverwaltung hätte zum Beispiel eine entsprechende Anwendung der Regelungen über die umwandlungsrechtliche Ausgliederung anordnen können.

Für die Praxis ergeben sich daraus erhebliche Unsicherheiten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Änderungen erfolgen müssten, um der Umwandlung in kommunale Anstalten auch künftig steuerlichen Rückenwind zu verleihen.

Kritik des FG Niedersachsen

Das FG Niedersachsen als Vorinstanz des Bundesfinanzhofs bemängelte, dass der Landesgesetzgeber nur für den Fall der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts die entsprechende Anwendung umwandlungsrechtlicher Vorschriften anordnete, nicht jedoch für den Fall der Umwandlung eines Regiebetriebes in eine Anstalt. Hieraus schlossen die Richter, dass die Umwandlung eines Regiebetriebes in eine Anstalt gerade nicht begünstigt sei.

Vor diesem Hintergrund könnte z. B. der bayerische Landesgesetzgeber in Art. 89 Abs. 1 S. 1 BayGO vor das Wort „umwandeln“ die Worte „durch Ausgliederung“ einfügen. Er hat Vergleichbares bereits an ande-

rer Stelle getan: Bei gemeinsamen Kommunalunternehmen, die auch Anstalten sind, geht der Gesetzgeber seit 2004 ebenso wie bei dem 2005 erfolgten Vermögensübergang von der Staatsforstverwaltung auf die Anstalt „Bayerische Staatsforsten“ ausdrücklich von einer Ausgliederung aus.

Anstalt ohne mitgliederschaflich geprägte Struktur

Flankierend hierzu könnten auch die Bedenken des Bundesfinanzhofs aufgegriffen werden, wonach eine Anstalt keine mitgliederschaflich geprägte Struktur habe. Man sollte daher überlegen, ob das Kommunalunternehmen künftig durch den Gesetzgeber als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zugelassen wird. Dies hätte auch Vorteile bei der staatlichen Bezuschussung, die regelmäßig nur an kommunale Körperschaften ausbezahlt wird. Die übrigen Strukturmerkmale eines Kommunalunternehmens (zum Beispiel rechtliche Selbständigkeit; „Anstaltslast“, d. h. finanzielle Verantwortung für das Kommunalunternehmen; Organe) könnten unverändert beibehalten werden.

Falls das Kommunalunternehmen künftig als Körperschaft des öffentlichen Rechts verfasst wäre, käme auch eine Abspaltung in Betracht die nicht nur die Buchwertfortführung ermöglichen würde, sondern gerade auch eine (anteilige) Übertragung der Verlustvorträge.

Straßenreinigung und Winterdienst auf der IFAT ENTSORGA 2012:

Schnee, Staub und Lärm besser im Griff

Branche reagiert mit Innovationen auf neue Herausforderungen

Straßenreinigung und Winterdienst sind Traditionsthemen auf der IFAT ENTSORGA. Bei der nächsten Ausgabe der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, die vom 7. bis 11. Mai 2012 in München stattfindet, belegt der Bereich rund um Straßenreinigung und Winterdienst gut 20.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche. Die Branche wird damit zur kommenden Veranstaltung wieder nahezu vollständig in München vertreten sein.

Der schneereiche und lang andauernde Winter 2010/11 geriet für die deutschen Kommunen sowie Autobahn- und Straßenmeistereien zum Stresstest: Engpässe in der Streumittelversorgung und in der Verfügbarkeit von Räumfahrzeugen sowie beim Personal machten deutlich, dass dem Winterdienst hierzulande wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Schneepflüge mit zuschaltbarer Auswurfsperr

Beispielsweise sind bei den Schneepflügen und -fräsen Lösungen gefragt, die auch bei großen Schneemengen und komplexen Straßenbedingungen effizient arbeiten. „Für viele Anwender interessant sind unter anderem Schneepflüge mit zuschalt-

barer Auswurfsperr“, so ein Fachmann des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), einer der idealen Träger der IFAT ENTSORGA. Die Vorrichtung helfe, Kreuzungsbereiche und Haltestellen von Schneewällen freizuhalten - Gefahrensituationen würden so vermieden. Daneben können - vor allem in Nebenstraßen mit festgefahrenen Spuren - weiterentwickelte Schneepflüge mit beweglichen Segmenten oder sich an die Oberfläche anpassenden Schürflisten das Räumungsergebnis verbessern.

Einsatz von Streusalz

Beim Einsatz von Streusalz stehen die Mengenreduzierung und mehr Präzision bei der Dosierung im Mittelpunkt der Entwicklung. Seit geraumer Zeit hat Feuchtsalz das Trockensalz ersetzt. Hinzu

kommt mehr und mehr die so genannte Flüssigstreuung, insbesondere beim vorbeugenden Streueinsatz. Feuchtsalz- und Flüssigstreuung gewährleisten einen geringeren Streusalzverbrauch und eine exaktere Ausbringung. „Der Markt hält sowohl kombinierte Streuer bereit, bei denen zwischen Flüssig- und Feuchtsalzstreuung gewählt werden kann, als auch reine Flüssigstreuer, die eine schnelle, großflächige, vorbeugende und sehr salzsparende Streuung ermöglichen“, heißt es aus dem VKU. Speziell für die Flüssigstreuung wird mit der Präsentation neuer Modelle auf der IFAT ENTSORGA 2012 gerechnet.

GPS-Systeme

Für die rechtssichere Erfassung, Dokumentation sowie Abrechnung von Winterdienstleistungen nutzen heute fast alle Kommunen und sonstige Leistungsträger GPS-Systeme. Sie zeichnen automatisch Strecken, Räumaktivität und Streumenge auf. Auch hier gibt es noch Verbesserungsmöglichkeiten. Von den anstehenden neuen Geräte- und Softwaregenerationen erwarten sich die Anwender eine generelle Vereinfachung der Systeme sowie speziell eine Reduzierung des betrieblichen Aufwands bei ihrer Einführung.

Emissionsreduzierung

Bei der Straßenreinigung ist die Emissionsreduzierung eine zentrale Aufgabe der technologischen Weiterentwicklung - und zwar sowohl in punkto Lärm als auch in punkto Feinstaub. Durch Elektromotoren kann der Fahrtrieb vieler Kehrmaschinen in anspruchsvollen Revieren sehr leise ausgelegt werden. „Um allerdings in den Innenstädten und

System des Herstellers PAUL WOLFF wird zurzeit neben anderen Unterflursystemen in der Hamburger Wohnungswirtschaft eingesetzt.

Darüber hinaus ergeben sich Einsparpotenziale für die Wohnungswirtschaft - nicht nur aufgrund des geringeren Reinigungs- und Instandsetzungsaufwands, sondern auch durch wesentlich geringeren Platzbedarf. Standortbezogen entfällt das punktliche Bereitstellen der Müllcontainer am Straßenrand. In Billstedt war es bis zur Umstellung Aufgabe der Hausmeister, die vielen 1100-Liter-Behälter zur Entsorgung an die Straße zu stellen.

Schnellere Entsorgung

Wirtschaftlich und arbeitstechnisch besser stellt sich der Entsorgungsvorgang auch für den Entsorger dar. Das Unterflursammelsystem entlastet die Mitarbeiter und macht die Entsorgung sicherer und schneller. Während bei konventionellen Abfallbehältern die Leerung durch zwei Personen erfolgen muss und etwa zehn Minuten in Anspruch nimmt, wird für die Leerung eines unterirdischen Containers nur eine Person benötigt, die dann auch noch ein Drittel weniger Zeit braucht als ihre beiden Kollegen zusammen.

Besonders umweltfreundlich ist die neue Entsorgung oben: durch weniger Schadstoffausstoß, geringeren Lärm bei der Entsorgung und in vielen Fällen weniger Verkehrsbehinderung.

Paul Wolff:

Unterirdische Abfallbehälter für die Wohnungswirtschaft

„Unterirdische Abfallbehälter sind das Sammelsystem der Zukunft - nicht nur für den öffentlichen Raum, sondern vermehrt auch für die Wohnungswirtschaft.“ In dieser Einschätzung ist sich die Stadtreinigung Hamburg (SRH) sicher. Durch finanziell attraktive Angebote in Bezug auf die Finanzierung geht die SRH neue Wege und setzt sich damit bundesweit an die Spitze in der Umsetzung dieses neuartigen Entsorgungs- und Logistiksystems für Hausmüll und Wertstoffe.

Im Hamburger Stadtteil Billstedt baute der kommunale Entsorger gerade erst eine unterirdische Sammelanlage von Paul Wolff aus Mönchenglöblich für eine Wohnanlage mit etwa 140 Wohneinheiten ein. Sie besteht aus drei 5 m³ Betonschächten für

für die Errichtung der Tiefbauarbeiten und die wasserundurchlässigen Betonschächte für die Aufnahme der Sammelbehälter. Die Gesamt-Investitionskosten lagen bei etwa 16.000 Euro netto.

Preisvergleich

Allein die Ausgaben für die Herstellung eines herkömmlichen Standplatzes würden die vorgenannten Kosten bei Weitem übersteigen. Zum Vergleich: Eine oberirdische Müllbox für 1 x 1100 Liter kostet rund 1.500 Euro netto und bei sieben Boxen an diesem Standplatz sind es 10.500 Euro netto zuzüglich der Herstellungskosten für den Standplatz (rund 350 Euro je m² netto), Bepflanzung und Gestaltung sowie Zuwegung zur nächsten Straße. Schon der benötigte Platzbedarf für die sieben bis zehn herkömmlichen Gefäße muss erst einmal gefunden werden. Oft ist ein derartiger Vorgartenplatz nicht vorhanden, dann werden die Behälter im Hinterhof aufgestellt, was zu weiteren, dauerhaften Transportkosten führen kann.

Großes Interesse

So ist das Interesse an den neuen Entsorgungssystemen unerwartet groß, auch weil offensichtlich weitere Vorteile überzeugen: Die Abfälle können barrierefrei eingeworfen werden und niedrige Einwurfschächte bieten einen komfortablen Zugang in der Nähe der Hauseingänge - ohne Lärm und Geruch. Verschmutzte Sammelplätze mit überfüllten Abfallbehältern gehören der Vergangenheit an. Das U-SELECT-

die Aufnahme von einem 3 m³ System für Hausmüll (bei zweimaliger Leerung in der Woche), einem 4 m³ System für Papier (bei wöchentlicher Leerung) und einem 5 m³ System für Wertstoffe (bei 14-tägiger Leerung). Anstelle eines großen herkömmlichen Sammelplatzes verbleiben nur noch 12 m² Fläche. Das Abfallsammelsystem finanzierte die SRH, der Eigentümer übernahm lediglich die Kosten



Diese Mieterin schätzt den bequemen Zugang durch niedrige Einwurfschächte.

Wohngebieten auch zu lärmsensiblen Zeiten arbeiten zu können, müssen zudem die Geräusche aus dem Saugbetrieb noch weiter reduziert werden“, betont der VKU.

Zusätzlich zur Lärmreduzierung ist die Verbesserung der Partikelemissionen ein wichtiges Thema. Maschinen mit Gas- und Dieselantrieb, die die Euro-Normen 5 und 6 erfüllen, haben auch im Kehrmaschinenbereich mit vielen neuen Produkten Einzug gehalten. Allerdings kann auch der Kehrsaugbetrieb eine bedeutende Feinstaubquelle sein. Mögliche Lösungen sind die Befechtung des Kehrguts beim Kehrvorgang und innerhalb des Kehrbehälters sowie leistungsfähige, wartungsarme Filtereinheiten im Kehrbehälterauslass.

EUnited PM10 Test

Der Herstellerverband EUnited Municipal Equipment, in dem europäische Kehrmaschinenproduzenten vertreten sind, hatten schon im Jahr 2006 mit dem „EUnited PM10 Test“ ein Testverfahren etabliert, das die Staubentwicklung beim Kehren durch unterschiedliche Fabrikate vergleichbar macht. In den letzten drei Jahren hat der Verband mit dem kanadischen Prüfinstitut PAMI, das auch den bekannten Kalifornien-Feinstaubtest entwickelt hat, das Verfahren grundlegend überarbeitet.

Die neue Methode hilft, die Messdaten unabhängig von Witterungsbedingungen noch exakter zu erfassen. Nach Angaben von EUnited Municipal Equipment hat das Prüfungs- und Zertifizierungsunternehmen SGS bereits viele Kehrmaschinenmodelle nach dem neuen Verfahren getestet. Der Herstellerverband plant, den Test den Kunden auf der IFAT ENTSORGA 2012 vorzustellen.

Altpapiererlöse im Sinkflug

bvse: Vorausschauende Altpapier-Beschaffung seitens der Papierindustrie ist unerlässlich

Die Preise für Altpapier geraten mehr und mehr unter Druck. Bereits im vierten Monat in Folge werden der Altpapierentsorgungswirtschaft die Vergütungen für den Rohstoff Altpapier massiv reduziert. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf die gesamte Altpapierkette, berichtet der bvse-Fachverband Papierrecycling.

Ordermenge wird reduziert

Die in vielen Segmenten der in- und ausländischen Papierindustrie nachfragebedingt verschlechterte Auftragslage führt dazu, dass zahlreiche Fabriken ihre Altpapier-Ordermenge reduzieren und ihre Rohstofflager herunterfahren. Abstellmaßnahmen, die sonst auf die Weihnachtstage beschränkt waren, werden teils ausgeweitet. Auch aus Fernost sind die Altpapierbestellungen verhalten. Dieser Effekt verstärkt sich durch die übliche Order-Zurückhaltung vor dem Chinesischen Neujahrsfest.

Sammelmenge auf hohem Niveau

Die Altpapiersammelmenge hingegen befindet sich in Deutschland angesichts der sehr guten Produktionslage in Handwerk und Industrie auf unverändert hohem Niveau. Damit öffnet sich die Schere zwischen steigendem Altpapieraufkommen und rückläufiger Nachfrage zunehmend.

Der monatelange Sinkflug der Altpapiererlöse greift den Altpapierentsorgungsunternehmen an die Substanz. Dies verstärkt sich durch die parallel drastisch gestiegenen Kosten für Treibstoffe und Energie. Um kostendeckend arbeiten zu können drängt sich daher den Altpapierentsorgern die Notwendigkeit auf, ihre Altpapieranfallstellen mit ins Boot zu nehmen.

Hoffnung auf solide Preispolitik

Im Interesse aller an der Altpapierkette Beteiligten sei für die nächsten Monate zu hoffen, so Reinhold Schmidt, bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des bvse-Fachverbands Papierrecycling, dass die Altpapier einsetzende Papierindustrie ihre Rohstoffplanung vorausschauend, bedarfsgerecht und mit einer soliden Preispolitik gestalte.



www.ifat.de

Erleben Sie die Zukunft der Umwelttechnologie

INNOVATION. VISION. INTERAKTION



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-, ABWASSER-, ABFALL- UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT

7.-11. MAI 2012 IN MÜNCHEN

Ihr Termin für wertvolle Kontakte, neue Impulse und vielfältige Markteinblicke

- ▶ Topaktuelle Trends und Technologien der Branche
- ▶ Umfangreiches Themenspektrum: alle Anwendungen, Produkte und Dienstleistungen
- ▶ Treffpunkt renommierter Marktführer und interessanter Newcomer
- ▶ Internationale Plattform für Kontaktpflege und Geschäftsanbahnung
- ▶ Hochkarätiges Rahmenprogramm inklusive GeoBioEnergie Kongress

Nehmen Sie auch an der IE expo (vormals IFAT CHINA) teil. Mehr unter: www.ie-expo.com

Messe München GmbH, 81823 München
Tel. +49 89 949-11358, Fax +49 89 949-11359, info@ifat.de



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Lorenz Wittmann GmbH:

Umfassende Recyclingkompetenz

Seit mittlerweile 45 Jahren steht die Lorenz Wittmann GmbH für sinnvolles, ökologisches und faires Textilrecycling. Das Familienunternehmen mit Sitz im niederbayerischen Geisenhausen und zwei weiteren Niederlassungen in Landshut/Altdorf sowie im nordrhein-westfälischen Bottrop übernimmt als erfahrener und verlässlicher Partner für Kommunen, karitative Organisationen und Unternehmen die Logistik, Vermarktung und Verwertung der gesammelten Altkleider. Neben dem Geschäftsbereich Textil betreibt Wittmann zudem einen modernen und umfangreichen Entsorgungs- und Recyclingbetrieb für alle anderen Alt- und Wertstoffe.

Blick zurück: 1966 übernahm Firmengründer Lorenz Wittmann mit seiner Frau Mariele die Betreuung von Papier- und Kleider-sammlungen. Aus der Tradition der Straßensammlung bildete sich in den 90er Jahren der Trend zur Sammlung mit Kleidercontainern heraus, damit die Verbraucher das ganze Jahr über ihre gebrauchten Textilien bequem abgeben können. Seit 1996 trägt die Lorenz Wittmann GmbH das staatlich anerkannte Gütesiegel „zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb“. Damit kann der Betrieb sozusagen exklusiv einen lückenlosen Verwertungs-nachweis der anfallenden Textil- und Abfallmengen erbringen.

Containernetz ausbauen

Heute nutzen mehrere hundert karitativ-gemeinnützige Organisationen sowie zahlreiche Kommunen in ganz Deutschland den professionellen Kleidercontainer- und Straßensammlungs-Service der Firma Wittmann. Ihnen kommt der größte Teil der Erlöse als Vertragspartner des Recyclingbetriebs zugute. Das erklär-

te Ziel des Unternehmens ist, das Containernetz, momentan bestehend aus ca. 2500 Behältern, auszubauen und als Partner der bayerischen Kommunen weitere Gebiete zu erschließen.

Sinnvolles Textilrecycling

Dass Textilrecycling für jeden einzelnen Bürger sinnvoll ist, belegen folgende Zahlen: Pro Einwohner und Jahr werden in Deutschland 14 Kilogramm Bekleidung und Textilien verbraucht. Das sind insgesamt 1.200.000 Tonnen. Durch Straßensammlungen und Kleider-Container werden 750.000 Tonnen der Wiederverwertung zugeführt. Dies ergibt eine Erfassungsquote von mehr als 60 Prozent.

Auch unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten sind die Sammlungen der Organisationen und die Altkleider-Container lohnenswert. 750.000 Tonnen entsprechen dem Inhalt von 60.000 LKW-Ladungen, die nicht entsorgt werden müssen und somit den Steuerzahler entlasten.

Wittmann liefert die sauberen Altkleider und Schuhe, trocken in Plastiksäcke verpackt, an spezielle Sortierwerke in der EU und in osteuropäischen Ländern. Die Abnehmer sind zum Großteil hoch spezialisierte Sortierbetriebe, mit denen langjährige Geschäftsbeziehungen bestehen.

Die kirchlichen und karitativen Organisationen entnehmen den Sammlungen die Mengen an Kleidung, die sie für ihre Kleiderkammern benötigen, um den Bedürftigen vor Ort direkt helfen zu können. Der Bedarf ist aber bei weitem nicht so groß wie das Sammelaufkommen. Daher ist es, so die beiden Geschäftsführer Andreas und Karl Wittmann, „nur sinnvoll, mit nicht national benötigten Mengen den weltweiten Bedarf an tragbarer Second-hand-Kleidung zu befriedigen“.

Afrika profitiert

Gerade der Import von Gebraucht Kleidung in Afrika sei wichtig und nötig, werde doch ein großer Teil der afrikanischen Bevölkerung mit guten gebrauchten Textilien zu günstigen Preisen versorgt. Hinzu kommt, dass die große Nachfrage nach moderner und hochwertiger Kleidung zu einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis viele neue Verdienstmöglichkeiten – gerade für Frauen – geschaffen habe. Tausende Menschen bestritten ihren Lebensunterhalt mit dem Handel von Altkleidern oder

dem Umarbeiten von Kleidungsstücken auf die länderspezifischen Bedürfnisse.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist der sehr wasserintensive Anbau von Baumwolle als Rohstoff für die Textilindustrie. Gerade in Regionen, in denen Wasserknappheit herrscht, ist dies problematisch. Die Weiterverwendung von gebrauchten Kleidern spart Ressourcen und ist deshalb nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch und sozial sinnvoll. Laut einer Studie aus UK werden durch den Wiedereinsatz eines T-Shirts drei Kilogramm CO₂ eingespart.

Partner der Kommunen

Die Tatsache, dass es in der Alttextilbranche viele schwarze Schafe gibt, die sich rücksichtslos auf dem Markt betätigen, ist Andreas Wittmann zufolge leider nicht von der Hand zu weisen. Auch große, bekannte deutsche Firmen stellten Altkleidercontainer „schwarz“ auf, d. h. ohne Genehmigung durch den Grundstückseigentümer. Nicht so die Firma Wittmann: „Wir lehnen diese Geschäftspraktiken rigoros ab und gehen als Partner der Kommunen dagegen vor. Unsere offiziellen Kleidercontainer verhindern

wilde Sammlungen und illegale Containeraufstellungen.“

„Die Bürger sollten weiterhin die seriösen, kostenfreien Entsorgungssysteme nutzen und ihre Kleidung keinesfalls in den Hausmüll geben, um sowohl im In- als auch im Ausland Arbeitsplätze zu sichern und Ressourcen zu schützen“, betont Karl Wittmann und ergänzt: „Unsere Fairness-Grundsätze gehen weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus und garantieren allen Beteiligten Sicherheit und Transparenz im Umgang mit ihrem Wertstoff. Dafür stehen wir mit unserem guten Namen.“ **DK**

Rekordverdächtiger Schlackenabsatz

Max Aicher GmbH verwertete 2011 über 200.000 Tonnen

Piding – Auch für die Max Aicher GmbH neigt sich ein bewegtes Jahr dem Ende zu. Obwohl dem Unternehmen nach eigener Aussage durch fragwürdige und unsachliche Aktivitäten seitens einiger Non-Profitorganisationen immer wieder sprichwörtlich Steine in den Weg gelegt werden, ist es der Max Aicher GmbH in 2011 gelungen, nahezu 200.000 Tonnen an Elektroenschlacke zu verwerten. Mit dieser Steigerung übertrifft das Unternehmen den Vorjahresabsatz deutlich und baut damit seine Lagerbestände weiter stark ab.

Dazu Geschäftsführer Dipl.-Ing. Georg Geißler: „Anders als von den ansässigen Bürgerinitiativen fälschlicherweise dargestellt, wächst die Menge auf unserer Anlage nicht, sondern unsere Lagerbestände schrumpfen zusehends.“

Laut Geißler haben sich die intensiven Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit in 2011 gelohnt. Im Sommer wurden Journalisten eingeladen, um sich vor Ort umfassend ein Bild zu machen. Auch das im Herbst vom TK-Verlag veranstaltete erste Deutsche Schlacken-Symposium war ein voller Erfolg.

Geißler fasst zusammen: „Die Veranstaltung war ausgebucht, keiner hatte mit so viel Resonanz gerechnet. Dies war sicherlich auch den hochkarätigen Referenten zu verdanken. Die eingeladenen Vertreter der Bürgerinitiativen blieben leider der Veranstaltung fern, was für uns unverständlich ist. Denn gerade wenn ich gegen etwas bin, muss ich doch im Thema sein. Die Begründung der Absage, dass die Veranstaltung zur Förderung der Verwertung von Schlacke angekündigt und ausgeschrieben worden sei und die BI's sagten, dass die Verwertung nicht ihre Angelegenheit wäre, ist auch uns „zu kurz gesprungen. Denn es wurde ganz klar direkt an die BI's kommuniziert, dass es auch um deren Themen geht, wie z. B. die Frage der ökotoxikologischen Auswirkungen oder die Frage „Ist Schlacke giftig?““

„Wenn dies nicht das Thema der Bürgerinitiativen ist und war, warum meldet man sich zu diesen Themen immer wieder zu Wort? Gerne informieren wir hier und klären auf – solange die Diskussion sachlich geführt wird und von echtem Interesse an der Sache geprägt ist“, stellte der Geschäftsführer klar.

Wie Geißler zudem erläuterte, liegt der aktuelle Lagerbestand auf der Anlage nun bei ca. 220.000 Tonnen (gegenüber ca. 240.000 Tonnen zum Ende 2010). Ziel für die Zukunft ist es, diesen Bestand weiterhin zu senken. Seitens des Landratsamts wurde ein Höchstbestand von 290.000 Tonnen in 2011 beschlossen, der bislang immer deutlich unterschritten wurde.

Auf die Frage, warum in der Vergangenheit größere Lagerbestände aufgebaut wurden, antwortete Geißler: „Bis dato war die Schlacke aufgrund ihrer ausgezeichneten baulichen Eigenschaften auch in Bayern das Produkt der Wahl bei großen Tiefbauprojekten. Für einige Projekte war es bisher notwendig, deutlich größere Mengen zu sammeln, die dann im Bauverlauf in kurzen Abständen abgerufen wurden. Außenstehenden, die nicht vom Fach sind, war dies

immer schwer zu vermitteln, weil sie dachten wir würden hier willkürlich Schlackenberge aufbauen.“ Doch nun habe man aufgrund der nachwievor schwierigen Situation die Strategie geändert und will zukünftig andere Abnehmer bevorzugt beliefern. Darüber hinaus wurde in 2011 konsequent weiter an der Qualität der Produkte sowie an neuen Anwendungen gearbeitet.

Zu den immer wiederkehrenden Anschuldigungen aus der Öffent-

lichkeit, die Schlacke sei giftig, meinte Geißler „Das Einzige, was hier vergiftet wird, ist die Stimmung gegen unsere Produkte. Auch auf dem Schlacken-Symposium wurde wieder von Experten bestätigt, dass die Schlacke nicht giftig ist. Dies wurde in vielen (Langzeit-) Studien mehrfach bestätigt. Selbst Pflanzen gedeihen prächtig auf unserer Schlacke und hoch empfindliche Bioindikatoren haben in allen Versuchen bislang keinen Schaden genommen.“

Bei der Max Aicher GmbH werde man auch weiterhin an einer umfassenden Aufklärung der Öffentlichkeit arbeiten und Fakten schaffen. Für 2012 haben sich Geißler und sein Team vorgenommen, den Lagerbestand unter 200.000 Tonnen zu senken. **□**

Novelle der Bioabfallverordnung:

Unnötiges Flickwerk

Standpunkte der Entsorgungs- und Kompostwirtschaft

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der VKU sowie weitere neun Verbände der Entsorgungs- und Kompostwirtschaft gegen Beschlüsse des Bundesrats zur Novelle der Bioabfallverordnung gewandt. Einige Vertreter des Bundesrats hatten kurzfristig und für die unterzeichnenden Verbände völlig überraschend entscheidende Änderungsanträge gestellt, die die Länderkammer auf ihrer Sitzung Ende 2011 weitgehend absegnet hat.

Diese Änderungen schränken die Anwendung von Komposten aus der getrennten Sammlung weiter ein und führen aus Sicht der Verbände darüber hinaus zu erhöhtem Verwaltungsaufwand und Kosten, ohne dass es dem Umweltschutz dient. „Wir bedauern sehr, dass der Gesetzestext in letzter Minute so entscheidend abgeändert wurde“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck.

Die Aufbringung von Kompost dient der Bodenverbesserung und leistet einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen. Sie sollte in Zukunft weiter ausgebaut werden. Dies setzt jedoch voraus, dass der aus Bioabfällen erzeugte Dünger, dessen Qualität und Eignung geprüft und nachgewiesen ist, im Marktgeschehen und in der Anwendung wie andere Düngemittel gehandelt und gehandhabt werden kann. „Die vom Bundesrat beschlossenen Änderungen verkomplizieren diesen Prozess unnötig. Dies können und dürfen wir uns in Anbetracht der Bedeutung dieser Ressource nicht leisten“, meinte Reck.

Wie die Unterzeichner feststellen, wird die Verwertung von Komposten und Gärprodukten als Düngemittel und Bodenverbesserungsmittel nicht gefördert, sondern erschwert. Verwaltungsaufwand und Kosten würden erhöht, ohne dass es dem Umweltschutz dient. Abfallrechtliche Bestimmungen würden ausgedehnt, obwohl Abgrenzungsfragen zum zukünftig vorrangigen Düngerecht anstehen.

Die Verbände appellieren daher an den Bundesumweltminister, die

Novelle der Bioabfallverordnung im Kabinett anzuhalten und nicht mehr unter dem bisherigen Abfallrecht, sondern unter dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz zu verabschieden, sowie einen Prozess zur Feststellung des Endes der Abfalleigenschaft von Erzeugnissen aus Bioabfällen einzuleiten, in den die Unterzeichner einbezogen werden.

Während auf europäischer Ebene die Umsetzung des Endes der Abfalleigenschaft von Komposten und von Gärprodukten, sowie die Qualifikation organischer Dünger als EG-Düngemittel vorbereitet werden, drohe Deutschland in diesem Bereich seine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion zu verlieren, heißt es weiter. Ein zügiger Neuanfang auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Düngegesetzes sei für die Bioabfallverwertung hilfreicher als das Festhalten am bisherigen Abfallrecht.

In diesem Zusammenhang begrüßen und unterstützen die Unterzeichner ausdrücklich Systeme der Qualitätssicherung von Düngemitteln aus der Kreislaufwirtschaft, die in den vergangenen 20 Jahren etabliert wurden und nunmehr nach dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz als Instrument zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zur Sicherstellung des Schutzes von Mensch und Umwelt herangezogen werden können. Damit einhergehende Möglichkeiten sollten sowohl zur Gewährleistung der Produktqualität und Effizienz der Verwertung, als auch zur Deregulierung, zum Bürokratieabbau und zur Kostenbegrenzung genutzt werden. **DK**

WITTMANN

TEXTIL-RECYCLING

Bayernweiter, professioneller Kleidercontainer-Service:

- ✓ Sichere Erlöse für Kommunen und Karitative vor Ort, ohne Kosten.
- ✓ Umweltschutz und Müllreduzierung
- ✓ Zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb
- ✓ Faire und transparente Abläufe
- ✓ 45 Jahre Erfahrung

Sinnvoll & Fair

Zahlreiche Kommunen und karitative Organisationen vertrauen uns seit Jahrzehnten.

Erzielen Sie Erlöse, die Sie vor Ort einsetzen können. Wir erstellen Ihnen gerne Ihr individuelles Angebot.

Lorenz Wittmann GmbH · Vilsbiburger Str. 70 - 74
 D-84144 Geisenhausen · Telefon: 08743 9608-0
 E-Mail: info@altkleider.de · Fax: 08743 9608-26

Altkleider.de

Mercedes-Benz Eonic BlueTec Hybrid:

Verbrauch sinkt um 23,9 Prozent

Erfolgreicher Praxiseinsatz bei Berliner Stadtreinigung

Das hohe Potenzial des Hybridantriebs hat ein Mercedes-Benz Eonic BlueTec Hybrid eindrucksvoll bewiesen: Im Kundeneinsatz bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) sank der Kraftstoffverbrauch gegenüber direkt vergleichbaren, konventionell angetriebenen Fahrzeugen um annähernd ein Viertel, exakt 23,9 Prozent. Der auf ein Jahr angelegte Test des Eonic mit Parallelhybrid und Plug-In-Technik bestätigte außerdem die hohe Zuverlässigkeit des Antriebs. Weitere Vorteile resultierten aus der Geräuscharmheit: Der Eonic BlueTec Hybrid fährt elektrisch an und sein Aufbau wird elektrisch angetrieben.

Der Eonic BlueTec Hybrid hat im Praxistest sogar die Erwartungen seiner Entwickler übertroffen: Pro Einsatztag spart der Hybridantrieb durchschnittlich rund 11 Liter Diesel und entlastet die Umwelt damit um 30 kg CO₂. Bei einer für Müllsammelfahrzeuge üblichen Laufleistung von rund 20.000 km im Jahr summiert sich dies auf zirka 2.500 l Dieselkraftstoff und 6.700 kg CO₂ per anno. Darüber hinaus schont der Eonic BlueTec Hybrid durch seinen leisen elektrischen Antrieb von Fahrzeug und Aufbau die Umwelt. Dem gegenüber steht ein Energieverbrauch von lediglich etwa 7 kWh durch das Aufladen der Batterien über Nacht an der Steckdose (Plug-In-Funktion).

Ideale Eignung

Für den Einsatz bei der Stadtreinigung sind Fahrzeuge mit Hybridantrieb ideal geeignet. Ständiges Anfahren und Anhalten mit Strecken von oft nur wenigen Metern sind eine Strapaze nicht nur für das Fahrzeug, sondern auch für seine Besatzung und die Anwohner. Dies gilt besonders beim Einsatz in Wohngebieten in den frühen Morgenstunden.

Niedrige Geräuschbelastung

Der Hybridantrieb von Mercedes-Benz spielt hier entscheidende Vorteile aus: Das Anfahren erfolgt elektrisch, ebenso werden im Durchschnitt 46 Prozent des Mülls elektrisch verarbeitet, denn die Hydraulik des Aufbaus arbeitet die Hälfte der Zeit elektrisch, angetrieben von den Traktionsbatterien. Sie werden bei jedem der häufigen Bremsmanöver wieder geladen. Der Kraftstoffverbrauch, damit einhergehend die CO₂-Emission sowie die Geräuschbelastung wird gleichermaßen reduziert.

Der Hybrid-Lkw basiert auf dem Eonic BlueTec 2629 mit

3900 mm Radstand und gelenkter Nachlaufachse. Bei seinem Verbrennungsmotor handelt es sich um einen Reihensechszylinder mit 6,4 l Hubraum und einer Leistung von 210 kW (286 PS). Die Kraftübertragung erfolgt über ein vollautomatisiertes Zehnganggetriebe. Das Fahrzeug verfügt über einen Nebenantrieb für die Hydraulik des Aufbaus. Er wird je nach Ladezustand der Batterie entweder elektrisch angetrieben oder durch den Dieselmotor.

Lithium-Ionen-Batterie

Als Stromspeicher dient eine Lithium-Ionen-Batterie. Sie ruht in einem massiven Aluminiumbehälter in Fahrtrichtung rechts zwischen den Achsen. Die Batterie setzt sich aus 98 Zellen mit jeweils 3,6 V zusammen. Die Kapazität beläuft sich auf 30 Ah, der Energie-Inhalt auf 10,5 kWh. Der tatsächlich nutzbare Energie-Hub der Batterie wurde deutlich erhöht und liegt zwischen 30 und 95 Prozent Ladezustand.

Durch das integrierte elektronische Steuerungskonzept mit vernetzten Funktionen wird eine vollautomatische und sehr einfache Bedienung gewährleistet.

Rekuperation

Während der Einsatzfahrt wird per Rekuperation geladen, also der Umwandlung von Bremsenergie in Strom. Ebenfalls wird beim Gaswegnehmen im Schiebetrieb rekuperiert. Das Fahrprofil ist dabei so ausgelegt, dass der elektrische Widerstand genau der Bremswirkung des Motors entspricht. Daher muss sich der Fahrer nicht auf ein anderes Fahrverhalten umstellen. Er bremst entweder über das Fußpedal oder er erhebt mit einem zweistufigen Handhebel rechts am Lenkrad einen elektrischen Widerstand – die Bedienung ähnelt der eines Retarders. Darüber hinaus ist



Ein Eonic BlueTec Hybrid Müllsammelfahrzeug im Praxistest bei der Berliner Stadtreinigung. Pro Einsatztag wurden im Schnitt 1 Liter Diesel und eine dementsprechende Menge CO₂ eingespart.

in Stufe eins des Hebels die Auspuffklappen-Motorbremse aktiv, in Stufe zwei zusätzlich die Konstantdrossel des Dieselmotors.

Die Batterie wird ebenfalls über Nacht am Stromnetz geladen. Die Steckdose der Plug-in-Technik hat links auf der Rückseite der Kabine ihren Platz. Innen sind hinter dem Fahrerplatz die Ladegeräte für die Lithium-Ionen-Batterie sowie das 24-V-Bordnetz montiert. An 230 V beläuft sich die Ladezeit auf nur drei Stunden.

Haller Pressmüllaufbau

Als Aufbau dient ein Pressmüllaufbau des Fabrikats Haller mit 20,5 m³ Volumen. Das zulässige Gesamtgewicht des Eonic BlueTec Hybrid beläuft sich auf 26 t, die Nutzlast auf rund 11 t. Das Mehrgewicht der Hybridtechnik beläuft sich auf nur rund 250 kg. Ein Großteil davon wird im Falle des Prototyps durch den neuartigen Aufbau und Aluminiumräder wieder aufgefangen.

Hinter dem niedrigen Kraftstoffverbrauch des Eonic BlueTec Hybrid steckt eine ausgeklügelte Antriebsstrategie für alle Betriebszustände.

Display für Energiefluss

Sinkt der Ladezustand der Batterien unter einen Wert von 30 Prozent, wird automatisch der Verbrennungsmotor aktiviert. Er läuft im Leerlauf und lädt gleichzeitig schonend die Batterie. Ab einem Ladezustand von 50 Prozent übernimmt der Elektromotor wieder den Antrieb von Fahrzeug und Aufbau. Diese Phase ist nach wenigen Minuten im Dieselmotor erreicht. Ein Display im Cockpit zeigt dem Fahrer stets den aktuellen Energiefluss.

Der Test des Eonic BlueTec Hybrid bei der Berliner Stadtrei-

nigung lief in der Sprache der Entwickler unter dem Begriff „kundennahe Fahrerprobung“.

Der Eonic BlueTec Hybrid war über das gesamte Jahr 2011 bei der BSR auf den gleichen Touren im Einsatz. Von Januar bis August fuhr er wochenweise im Wechsel mit einem Eonic BlueTec mit identischem Dieselmotor, der als parallel betriebenes Referenzfahrzeug genutzt wurde. Daraus ließen sich unter verschiedensten Witterungsbedingungen exakte Verbrauchsunterschiede ermitteln.

Intensiver Test im täglichen Einsatz über 12.000 km

Der Eonic BlueTec Hybrid legte in dieser Zeit rund 12.000 km zurück. Im wöchentlichen Einsatz auf der Tour 32 der BSR fuhr der Eonic zwischen 70 und 120 km am Tag, im Durchschnitt belief sich die Laufleistung auf 87 km pro Tag oder 435 km in der Woche.

Spareffekt zwischen 17 und 32 Prozent

Abhängig von der Tagestour erreichte der Eonic BlueTec Hybrid einen Spareffekt zwischen 17 und 32 Prozent. Daraus ergab sich über den Test hinweg ein Minderverbrauch von 23,9 Prozent – mehr, als selbst die Entwickler vermutet hatten. In absoluten Zahlen sank der Verbrauch beim extremen Stopp-and-Go der Müllabfuhr einschließlich Zusatzbelastung durch den erhöhten Verbrauch während der Arbeitszeiten im Stand von rund 60 l/100 km auf nurmehr 45 l/100 km.

Vorteil für einen Hybrid-Lkw im Kurzstreckeneinsatz ist das häufige Abbremsen und Anhalten – in diesen Phasen wird die Traktionsbatterie geladen. Im Durchschnitt stoppte der Eonic BlueTec Hybrid 95mal, bis das zulässige Gesamtgewicht von 26 t

Flutkatastrophe in Thailand:

Hilfe mit zwei Unimog-Fahrzeugen

Zwei wafähige Unimog-Nutzfahrzeuge ideal für humanitäre Einsätze

Mercedes-Benz-Thailand unterstützt die Thailändische Regierung im Kampf gegen die Folgen des Hochwassers mit zwei hochgeländegängigen Unimog-Allradfahrzeugen. Nach dem Abfließen der Flut beginnen in Bangkok die Aufräumarbeiten, die noch Wochen, wenn nicht Monate dauern können. Hier sind die Mercedes-Benz-Unimog in ihrem Element und helfen aus sonst unzugänglichen Gebieten, den Unrat abzutransportieren.

Die offizielle Übergabe durch Mercedes-Benz-Thailand an die Thai Red Cross Society fand im Dezember im Beisein der thailändischen Prinzessin Her Royal Highness Princess Maha Chakri Sirindhorn statt. Die königliche Hoheit wird auch Prinzessin der Technologie genannt. Ihr Beinamen rührt durch ihr Interesse und Fachwissen über neue Technologien und wie man diese zum Wohle des Landes anwenden kann, her.

Wafähigkeit bis 1200mm

Aufgrund seiner fahrzeuggestypischen Merkmale, vor allem aufgrund seiner außergewöhnlichen Wafähigkeit von 1200 mm wur-

den im Vorfeld durch die Mercedes-Benz-Thailand zwei Einheiten Unimog ausgewählt. Der zuständige Projektleiter von Mercedes-Benz Special-Trucks, Gerald Buechler: „In einer konzentrierten Aktion aller tangierenden Bereiche von Mercedes-Benz Special-Trucks haben wir innerhalb einer extrem kurzen Zeit von zehn Arbeitstagen alle notwendigen Vorbereitungen zur Luftverfrachtung der beiden UNIMOG U4000 bewerkstelligt.“

Transport durch Thai-Cargo und DHL

Am Anfang Dezember wurden die beiden Fahrzeuge in Zusammenarbeit mit DHL und Thai-Cargo in Frankfurt luftverladen.



Die Unimogs während der Verladung mit Thai-Cargo am Frankfurter Flughafen.

erreicht wurde – das bedeutet etwa 200 bis 300mal pro Tag.

Eonic als Fahrzeug zum Sammeln und Verteilen

Als weiteren Vorteil registrierter Passanten das erheblich geringere Geräuschniveau bei Fahrzeugen sowie in den Arbeitsphasen im Stand.

Niederflurkonzept

Der Mercedes-Benz Eonic ist mit seinem Niederflurkonzept prädestiniert als Sammel- und Verteilerfahrzeug. Das Programm des Eonic umfasst einen kom-

pletten Baukasten mit zwei, drei und vier Achsen. Unter den Müllsammelfahrzeugen, Sperrmüllfahrzeugen und Sonderfahrzeugen hat der Mercedes-Benz Eonic in Berlin mit insgesamt 320 Einheiten die klare Mehrheit. Darunter befinden sich neben Dieselfahrzeugen auch Eonic CNG im Biogasbetrieb. Neben vielen anderen Eigenschaften schätzen die Mitarbeiter die Übersichtlichkeit und Geräuschkompaktheit des Niederflur-Fahrerhauses mit seinen vier Sitzplätzen. Es ermöglicht einen niedrigen und bequemen Einstieg sowie einen freien Durchgang ohne störenden Mittelgang und hat volle Stehhöhe.



Sorgt zuverlässig und schnell für freie und sichere Straßen.

Der Mercedes-Benz Unimog U300/U400/U500.

Wenn's auf Höchstleistung ankommt ist der Unimog Ihr Profi im Winterdienst: permanenter Allradantrieb, ABS für exzellente Spurtreue, kompakte Maße und hohe Wendigkeit. Das beträchtliche Streuvolumen ermöglicht große Räumschleifen. Und sein Freisicht-Fahrerhaus gewährleistet hohen Komfort und sichere Sicht. Informieren Sie sich bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Das Bokimobil:

Universelles Kommunalfahrzeug

Seit langem stellt die Kiefer GmbH aus Dorfen Kommunalfahrzeuge für den Einsatz zu jeder Jahreszeit her. Die Hydrostaten Bokimobil Kommunal-Fahrzeug HY 1251 und HY 1351 verbinden kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung. Das Schmalfahrfahrzeug eignet sich besonders für Arbeiten auf engstem Raum wie Reinigung und Instandhaltung von Altstadtbereichen und Fußgängerzonen, aber auch für den Winterdienst und ganz besonders für den Mäheinsatz. Das schaltgetriebene Bokimobil 1151 ergänzt die Bokimobil-Familie.

Bei den Geräteträgern wird großer Wert auf die Bedienfreundlichkeit gelegt. Deshalb sind die Fahrzeuge serienmäßig mit Joystick-Steuerung ausgestattet. Das auf den Fahrer zugeschnittene Armaturenbrett mit Multifunktionsanzeige besticht durch die Lage der Bedienelemente um den Fahrer herum.

Die Anordnung der Pedale und die Sitzposition sind ergonomisch, die Lenksäule ist ausziehbar und neigungsverstellbar.

Die verschiedenen Typen HY 1351, HY 1251 und 1151 gibt es mit einer Außenbreite zwischen 1,20 m und 1,70 m. Allrad-Lenkung und 4 Lenkungsarten (Vorderrad-, Hinterrad, Rundgang- und Hundeganglenkung) sorgen bei den Hydrostaten für die extreme Wendigkeit, z.B. beim Kehren und Mäheinsatz. Das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass eine Reihe von Anbaugeräten in kürzester Zeit mit dem Bokimobil zum Einsatz kommt.

Es stehen verschiedene Anbaugeräte für die kommunale Landschaftspflege zur Auswahl, vom Sichelmäherwerk mit Gras- und Laubsaug-Container über Doppelmesser-Balkenmäherwerk bis hin zur Wildkrautbürste.

In der Straßenreinigung hat der Geräteträger ebenfalls breite Einsatzmöglichkeiten. Es steht eine Kehraugmaschine zum Anbau bereit, die kombiniert mit

dem Gras- und Laubsaug-Container in der Straßen- und Gehwegpflege hervorragende Dienste leistet. Für den Fußgängerbereich seien noch die Gieß- und Bewässerungsanlage erwähnt.

Auch für den Winterdienst ist das Bokimobil bestens gerüstet. Dort kommen Schneefräse und -pflug sowie Walzenstreuer mit zuschaltbarem Streuteller zum Einsatz. □



Ein Bokimobil im Kommunaleinsatz. □

Dienstwagen von Mercedes-Benz:

Sparsamstes Modell der Oberklasse

Modulares Hybrid-Konzept mit Lithium-Ionen Batterie

Mercedes-Benz schlägt ein neues Kapitel im Kernsegment seiner Marke auf und setzt dabei neue Maßstäbe für Business-Fahrzeuge der Oberklasse: Der sowohl als Limousine als auch als T-Modell erhältliche E 300 BlueTEC HYBRID überzeugt durch neue Rekordwerte bei der Effizienz. Er glänzt mit vorbildlichen Verbrauchswerten (4,2 l/100 km Verbrauch[1]) sowie beeindruckender Leistungsfähigkeit: Der 4-Zylinder-Diesel des E 300 BlueTEC HYBRID verfügt über 150 kW (204 PS) und 500 Nm. Gemeinsam mit einem Elektromotor mit 20 kW und 250 Nm ergibt sich ein stimmiges Gesamtkonzept. Der E 300 BlueTEC HYBRID ist das sparsamste Oberklasse-Modell der Welt.

„Mit den beiden E-Klasse Modellen setzen wir jetzt unsere umfassende Hybrid-Offensive fort. Die modulare Technik öffnet uns den Weg, zügig weitere Baureihen um Hybrid-Modelle zu ergänzen“, erklärt Professor Dr. Thomas Weber, Daimler-Vorstand für Konzernforschung und Leiter Mercedes-Benz Cars Entwicklung. „Mit einem klaren Fokus auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der weltweiten Märkte können wir genau die Modelle anbieten, die unsere Kunden verlangen. Die E-Klasse Hybride bieten neben einer deutlichen Verbrauchsreduzierung ein sehr beeindruckendes Fahrerlebnis: Hybrid-Fahren auf Premiumniveau.“

Moderater Aufpreis

Die neuen Modelle verlangen von ihren Passagieren keinerlei Einschränkungen im Platzangebot, weder im Innen- noch im

Kofferraum. Weitere Vorteile des intelligenten modularen Hybridkonzeptes, einer umfassenden Weiterentwicklung des seit 2009 zum klaren Marktführer seines Segments avancierten Mercedes-Benz S 400 HYBRID: An der Karosserie sind keine Änderungen notwendig, das Hybrid-Modul ist flexibel und modular auch in weiteren Baureihen einsetzbar, neben Diesel- und Benzinmodellen wird es auch Rechtslenkervarianten geben. Dabei fällt der Aufpreis moderat aus. Die neuen Hybrid-Modelle feiern ihre Weltpremiere bei der Detroit Motor Show (14. bis 22. Januar 2012) und kommen im Laufe des Jahres auf den Markt. Der E 300 BlueTEC HYBRID ist zunächst für den europäischen Markt vorgesehen, während der E 400 Hybrid auf dem amerikanischen Markt startet und später in weiteren Ländern wie Japan und China angeboten wird. □

Innenminister Joachim Herrmann:

Übergabe der ersten „großen“ Feuerwehrlführerscheine

Große Erleichterung für Freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste und THW

Innenminister Joachim Herrmann hat jüngst im Innenministerium die ersten sogenannten „großen Feuerwehrlführerscheine“ an Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren, des BRK und der DLRG übergeben. „Mit dieser Fahrberechtigung können nunmehr Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste, des Technischen Hilfswerks und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes bis zu 7,5 Tonnen von Inhabern der Fahrerlaubnisklasse B geführt werden“, so Herrmann. „Damit haben wir die Einsatzfähigkeit dieser wichtigen Organisationen gesichert.“

Auf maßgebliche Initiative Herrmanns wurde bereits im Jahr 2009 der sogenannte „kleine Feuerwehrlführerschein“ für Einsatzfahrzeuge bis 4,75 Tonnen eingeführt. Im Sommer letzten Jahres gelang es auf massives bayerisches Drängen hin, die bundesgesetzliche Ermächtigung im Straßenverkehrsgesetz auf 7,5 Tonnen auszuweiten.

Stärkung des Ehrenamts

Herrmann: „Das vorbildliche ehrenamtliche Engagement verdient nicht nur unser aller Dank, sondern auch jede denkbare Unterstützung. Es war zwar kein leichtes Unterfangen, für unsere Freiwilligen Feuerwehren, die nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk und die sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes diese Verbesserungen zu erreichen. Doch die Mühe hat sich in jeder Hinsicht gelohnt.“ So können in Bayern seit 1. September 2011 die betroffenen Organisationen selbst die Ausbildung und Prüfung zum Erwerb der Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge und Gespanne bis 7,5 Tonnen durchführen.

Für Alfons Weinzierl, den Vorsitzenden des Landesfeuerwehr-

verbandes, bedeutet „die Einführung des Feuerwehrlführerscheins bis 7,5 Tonnen und die Möglichkeit der organisationsinternen Ausbildung und Prüfung

Winterdienst:

Verwendung von Streusalz und Splitt im städtischen Bauhof

Beispiel Garching bei München - Ökobilanz im Fokus

Im Bauhof wird zur Straßensicherung im Winter Streusalz und Splitt verwendet. Auf Gehwegen darf kein Streusalz verwendet werden. In der Regel wird im Bauhof eine Präventivstreuung durchgeführt, um so wenig wie möglich Streustoffe zu verbrauchen. Im Normalfall werden hierfür 5 g pro Quadratmeter Salz ausgebracht, diese Menge entspricht ca. 1,5 Teelöffel.

Die Streubreite wird immer auf die Straßenbreite eingestellt so dass kein Streusalz in den Grünflächen landet. Durch die optimale Einstellung der Streumenge und der Streubreite konnten in den letzten Jahren keine Salzsäuren in den Grünflächen festgestellt werden. Der Salzeinsatz durch moderne Räumfahrzeuge konnte in den letzten Jahren so optimiert werden, dass ökologische Belastungen auch im Abwasser der Kläranlage nicht registriert werden.

weniger Kosten für die Kommunen sowie weniger Bürokratie für die Feuerwehren und damit eine Stärkung des Ehrenamts“.

Ausbildungskonzept

Bernd Peterke, stellvertretender Landesbereitschaftsleiter des BRK, sowie Ulrike Scharf, Vorsitzende der Wasserwacht Bayern, heben hervor, dass „hier alle betroffenen Organisationen an einem Strang gezogen haben und die Unterstützung durch den Innenminister den entscheidenden

Beitrag geleistet hat“. Zugleich übergaben beide Vertreter des BRK ihr Ausbildungskonzept zur neuen Fahrberechtigung dem Innenminister.

Einsatzfähigkeit wird aufrecht erhalten

Seit Umsetzung der europäischen Führerscheinvorschriften in deutsches Recht dürfen mit dem Pkw-Führerscheinklasse B nur noch Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen geführt werden. Viele Einsatzfahrzeuge der genannten Organisationen wiegen jedoch mehr als 3,5 Tonnen. „Leider hatte das zur Folge, dass gerade unsere jungen Helferinnen und Helfer diese Fahrzeuge mangels Fahrerlaubnis nicht mehr führen durften“, erinnert Herrmann. „Da auf Dauer gesehen die Einsatzfähigkeit gefährdet war, bestand dringender Handlungsbedarf.“ □

Ökobilanz Salz - Splitt

Splitt ist weder wirtschaftlich noch ökologisch für kommunale Straßen eine Alternative zu Auftausalz. Für die Herstellung und Ausbringung von abstumpfenden Streumitteln benötigt man für den gleichen Einsatzzweck einen dreifach höheren Energieaufwand als für Auftausalz. Hinzu kommt noch ein erheblicher Entsorgungsaufwand. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hydrotex GmbH und des Öko-Instituts e.V. zu einem ökologischen Systemvergleich verschiedener Streumittel.

Die im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführte Studie bewertet den ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen von chemischen Auftaumitteln auf Formiat-Basis und Calcium/Magnesiumacetat im Vergleich zu herkömmlichem Auftausalz, Calciumchlorid sowie abstumpfenden Streumitteln (z.B. Splitt) im kommunalen Winterdienst.

Im ökologischen Vergleich der Streu- und Enteisungsmittel wurde auch eine orientierende Ökobilanz berücksichtigt. Organische Auftaumittel und abstumpfende Streumittel im Straßenwinterdienst weisen hinsichtlich

Primärenergieverbrauch, Treibhauspotential und Kosteneffizienz deutliche Nachteile gegenüber Auftausalz auf.

Bei Eis- und Reifglätte sind abstumpfende Stoffe wirkungslos. Unfallanalysen bestätigen, dass mit abstumpfenden Streustoffen nicht das Maß an Verkehrssicherheit erreicht werden kann wie mit Auftausalz.

Im Gegensatz zum Auftausalz beseitigen abstumpfende Stoffe die Glätte nicht, sondern vermindern die Glätte lediglich vorübergehend. Der für den Bremsweg und die Fahrstabilität maßgebende Kraftschluss zwischen Fahrzeugrad und Fahrbahn wird damit nur geringfügig verbessert.

Probleme mit abstumpfenden Streustoffen

- ▶ Hoher Streustoffbedarf, etwa zehn- bis zwanzigfache Menge
- ▶ Umweltgefährdung durch Ablagerung von Streumaterial in Grünbereichen
- ▶ Aufhöhung von Seitenstreifen und dadurch erschwerte Wasserabfluss
- ▶ Glasbruch und Lackschäden durch hoch gewirbeltes Grobkorn
- ▶ Vorzeitiger Verschleiß der Fahrbahnmarkierungen durch schmirgelnde Wirkung
- ▶ Verstopfen von Entwässerungsanlagen, Einlaufschächten

und Rohrleitungen (Kanalisation), hoher Reinigungs- und Entsorgungsaufwand

- ▶ Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit
- ▶ Staubentwicklung mit Gesundheitsgefährdung
- ▶ Schwermetallgehalte
- ▶ Entsorgungsprobleme (Sondermüll).

Die benötigte Menge pro Flächeneinheit ist bei abstumpfenden Stoffen im Vergleich zu Auftausalz um mehr als das Zehn- bis Fünfzehnfache größer. Hinzu kommen eventuell erforderliche Nachstreuungen, da der Splitt nach Fahrzeugüberfahrten aus der Rollspur geschleudert wird. Entsprechend höher ist der finanzielle Aufwand für Kauf, Transport, Lagerung und Streuung sowie der personelle Aufwand bei der Ausbringung und Wiederaufnahme, denn letztlich müssen die abstumpfenden Mittel wieder aufgekehrt, entsorgt und in einem Speziellen Entsorgungsbetrieb aufwendig recycelt werden, da es sich hier um Sondermüll handelt.

Genauere Abwägung

Die im Rahmen erstellte Ökobilanz hat gezeigt, dass die Salzstreuung mit Blick auf die ökobilanzrelevanten Belastungen (Energie- und Wasserbedarf, Luft- und Wasseremissionen, Abfallmengen) deutlich besser als die Splittstreuung abschneidet. Der Winterdienst der Stadt Garching wägt den Einsatz von Streusalz und Splitt sehr genau ab und geht mit beiden Mitteln sehr verantwortungsvoll um. Die Stadt bittet zum Beispiel die Grundstückseigentümer, ebenfalls mit Streumitteln sorgsam umzugehen.

Vorbildliche Arbeit

„Die Leistungsbereitschaft der Bauhofmitarbeiter ist enorm. Die Mitarbeiter im Bauhof leisten jedes Jahr beim Winterdienst eine vorbildliche, engagierte und sehr gewissenhafte Arbeit. Mir ist bewusst, dass

mehr nicht mehr geht.“, so Bürgermeisterin Hannelore Gabor über die jährlichen Winterdienst-Einsätze des Bauhofs. Für die 15 Mitarbeiter gilt es Straßen und Wege von insgesamt 340 km tagtäglich schnellstmöglich zu räumen, damit diese bis zum eintretenden Berufsverkehr halbwegs befahr- bzw. begehbar sind.

Abgestufte Prioritäten

Von der Olympia-Schießanlage im Süd-Westen bis kurz vor Dietersheim im Nord-Osten erstreckt sich das ca. 28,16 qkm große Stadtgebiet von Garching und damit auch das öffentliche Straßen- und Wegenetz, die das Bauhofpersonal vom Schnee befreien muss. Dazu stehen 4 große und 5 kleine Räum- und Streufahrzeuge zur Verfügung. Die Mitarbeiter, die diese Fahrzeuge nicht besetzen, machen sich als Handräumpersonal auf, um wichtige Fußgängerüberwege begehbar zu machen. Um 3.30 Uhr beginnt der Dienst.

Zuerst werden die Straßen der Kategorie 1 geräumt. Das ist, je nach Schneefall, bis 6 oder 7 Uhr in der Früh geschafft, dann folgt das Räumen und Streuen der Straßen mit Kategorie 2 sowie der Bürger- und Rathausplatz. Werden die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht überschritten folgen dann die Straßen mit Kategorie 3. Gegen Mittag sind dann die Straßen und Wege soweit geräumt und – falls erforderlich – auch gestreut, wie es vom Gesetzgeber verlangt wird.

Bei anhaltenden Schneefällen rückt das gleiche Personal nach einer Pause am Spätnachmittag wieder aus, so dass mehrere 11-Stunden-Arbeitstage am Stück keine Seltenheit sind. Ein Schicht-Betrieb ist aufgrund der dünnen Personaldecke des Garchinger Bauhofs nicht möglich.

Bauhofleiter Helmut Medel ist dennoch guter Dinge. Sein Team ist sehr motiviert und der Großteil der Garchinger Bevölkerung ist auch entgegenkommend. □

LED-Technik der neuesten Generation für Einsatz- und Servicefahrzeuge



Lichtbalken gelb der III. LED-Generation



LED-Magnetlichtbalken



Rundumkennleuchte der III. LED-Generation



Techno Design Wilmering GmbH
Oststraße 28 - D-48301 Nottuln
Telefon (0049) 025 02/2 28 91-0
Telefax (0049) 025 02/2 28 91-20
Internet www.techno-design.de
wilmering@techno-design.de

Neuer Arbeitskreis:

Friedhofsentwicklung & Friedhofsgestaltung Bayern

„Die Entscheider in Sachen Friedhof in den Kommunen meinen es meist gut, wissen oft aber gar nicht, was sie tun. Das Ergebnis in der heutigen Verwaltungs- und Planungsarbeit auf den bayerischen Friedhöfen ist meist mehr vom Zufall geprägt, als das ein erkennbares Planungs- und Entwicklungskonzept vorliegt.“ Zu diesem Schluss gelangt man zwangsläufig, wenn man mit wachem Auge die Entwicklungen auf unseren Friedhöfen verfolgt. Hinzu kommt der Wandel in der Bevölkerung, die Sorge vor ausufernden Kosten angefangen bei der Bestattung über die Gebühren, das Grabmal bis hin zu einer vermeintlich teuren Grabpflege.

Wer keinen Friedhofsgärtner beauftragen kann, den plagt zusätzlich die Angst vor einer ungepflegten Grabstätte. Die Selbstverständlichkeit „Friedhof“ erhält zunehmend Konkurrenz durch Alternativangebote, wie Anonyme Bestattungen, Kolumbarien

oder gar Bestattungen fern der bestehenden Friedhöfe im Wald, auf der Alm oder auf hoher See und vielen anderen Varianten mehr.

Angesichts dieser Situation haben die Bayerische Gartenakademie und die TBF Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärt-

ner mbH die Initiative ergriffen und den Arbeitskreis Friedhofsentwicklung & -gestaltung Bayern ins Leben gerufen. Alle am Friedhof interessierten Berufsgruppen aus Bayern wurden zu einem ersten Austausch nach Freising eingeladen. Gastgeber Dr. Andreas Becker (Bayerische Gartenakademie) konnte gemeinsam mit Thorsten Baega (TBF) die Vertreter folgender Institutionen begrüßen:

- Evangelisch-lutherische Kirche Bayern
- Verband der Kreisfachberater für Gartenkultur und Landschaftspflege Bayern e.V.

- Eigenheimerverband Bayern e.V.
- Staatliche Forschungsanstalt für Gartenbau, Weihenstephan
- Bayerische Gartenakademie an der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG)
- Landesverband bayerischer Kleingärtner e.V.
- Bayerischer Gärtnereiverband e.V. (Fachgruppe Friedhofsgärtner)
- TBF Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner mbH
- Bestatterverband Bayern e.V.
- Fachverband Deutscher Floristen (LV Bayern)
- Bayerischer Städtetag
- LIV des bayerischen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerkes
- Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V.

Veränderte Landschaft

Das Eingangsreferat von Kreisfachberater Franz Kraus zeigte anschaulich die Entwicklungen auf den bayerischen Friedhöfen. Der Weg geht weg von den Traditionen einer gewachsenen Friedhofskultur und folgt den Einflüssen einer Gesellschaft mit zunehmender Pluralität und Anonymität. Die Vielfalt der Religionen, das Verdrängen des Todes aus dem Bewußtsein sowie steigende



Der Arbeitskreis traf sich in Freising.

Landesgartenschau Bamberg 2012:

Attraktive Landkreisprojekte

Am 26. April 2012 öffnet die Bayerische Landesgartenschau in Bamberg ihre Pforten und auf der ERBA-Insel blüht das Erleben: ein Picknick auf den Pyramidenwiesen, Wasserspaß im ökologischen Vorzeigeprojekt Fischpass, Spielen mit dem Sams, Konzertabende, Theaterstücke und mehr als 2.000 Veranstaltungen an 165 Tagen.

Für das Jahr der Landesgartenschau hat der Landkreis Bamberg ein attraktives Programmpaket geschnürt, das optimal die Angebote von Stadt und Gartenschau ergänzt. Besucher aus Nah und Fern lädt es zum Verweilen und natürlich zum Wiederkommen ein.

Bis zum 7. Oktober verteilen sich zehn Attraktionspunkte, ausgehend von dem Gelände der Landesgartenschau, strahlenförmig über den Landkreis Bamberg. An diesen Orten findet der Gartenschaubesucher ein reichhaltiges Angebot aus den Themenfeldern Gartenbau, Naturschutz, Kultur, Geschichte und Tourismus, begleitet von einem abgestimmten Rahmenprogramm. Damit wird der Aktionsradius der Gartenschaubesucher erweitert und die Region Bamberg – Stadt und Landkreis – als Einheit erlebbar.

Gartenanlage Schloss Seehof

Vor den Toren Bambergs lädt die Gartenanlage Schloss Seehof, eine ehemals fürstbischöfliche Sommerresidenz, mit ihrem weitläufigen Park zum Besuch ein. Eine besondere Attraktion des einst reich ausgestatteten Rokokogartens stellt die 1772 geschaffene Kaskade mit ihrem extravaganter Wasserspiel dar. Im Norden der Gartenanlage befinden sich die von Balthasar Neumann geplanten Orangeriegebäude mit dem Memmelsdorfer Tor. Die großzügige Anlage der Doppelorangerie diente im 18. Jahrhundert als Winterquartier für exotische Gewächse, insbesondere für kostbare Zitruspflanzen, wie zum Beispiel Pomeranzen. Das östliche Orangeriegebäude wird heute wieder zu diesem Zweck genutzt.

Orangerieparterre

Als externes Projekt zur Gartenschau wird das Orangerieparterre wiederbelebt: 168 Pomeranzen- und Orangenbäume werden im Sommerhalbjahr wieder an jenem Ort aufgestellt, den bereits der Bamberger Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim vor rund 250 Jahren für seine Zitruspflanzen ausgewählt hatte.

Das historische Ensemble Kloster und Abteigarten Ebrach einschließlich der sanierten Gartenanlagen offeriert dem Besucher wiederum ein besonderes Erlebnis von Kultur und Natur, eingebettet in den Natur-

park Steigerwald. Die 1285 fertig gestellte Kirche des ehemaligen Zisterzienserklosters zählt zu den bedeutendsten frühgotischen Bauwerken Deutschlands. Im Barock durch reiche Stuckausstattung ergänzt, bildet sie heute das Zentrum der ebenfalls zur Zeit des Barock ausgebauten weitläufigen Klosteranlage.

Bauernmuseum in Frensdorf

Das Bauernmuseum Bamberger Land in Frensdorf bietet einen Einblick in die bäuerliche Lebens- und Arbeitswelt um 1920. Ländliche Wohnkultur wird im original eingerichteten Wohnhaus sichtbar, Sonderausstellungen informieren über kulturgeschichtliche Themen. Der Museumsgarten zeigt historische Nutzpflanzen und bunt blühende Staudenbeete des klassischen Bauerngartens. Daneben macht er historische Bewirtschaftungsformen sichtbar und dient in der regen Museumspädagogik als Erlebnisfeld zur Erfahrung der Sinne. Die benachbarte Museumsgaststätte Schmaus wartet mit fränkischen Spezialitäten aus regionalen Produkten auf.

Obstsortenanlage Lauf

Die heimische Obstbaukultur zu bewahren ist Ziel des Kreisverbands für Gartenbau und Landschaftspflege Bamberg. Auf der Obstsortenanlage Lauf wachsen 300 Apfel- und Birnensorten, die an Klima und Böden in Franken angepasst sind. Diese Vielfalt lädt nicht nur im Herbst zum Staunen ein, auch im Frühjahr und Sommer ist die Obstwiese ein Freizeiterlebnis. Ein neu gestalteter Lehrpfad wird ab 2012 durch diesen besonderen Obstgarten führen und über die Verwendung der alten und neuen Sorten informieren.

Im Mittelpunkt des Flussparadieses Franken stehen Main und Regnitz als europäisches Naturerbe. Diese Flüsse geben der Landschaft ihren eigenen, unverwechselbaren Charakter. Mit dem Rad durch die weiten Flusssauen fahren, mit dem Kanu in die Wasserwelt des Mains eintauchen, zu Fuß das Wechselspiel von Stadt und Fluss in der Welterbestadt Bamberg erkunden, der Natur in den EU-LIFE-Natur-Projekten Mainaue und Oberes Maintal ganz nah kommen oder sich auf Spuren-

suche am Ludwig-Donau-Main-Kanal begeben. Das Flussparadies Franken führt Sie auf reizvollen Wegen zum Wasser hin und - wie an der Fähre Pettstadt - über das Wasser hinweg. Kultur, Natur, regionale Spezialitäten, Freizeit und Wellness liegen im Main- und Regnitztal nur einen Kieselsteinwurf voneinander entfernt.

Kunst einmal anders: Inmitten einer reizvollen Landschaft spazieren die Besucher auf den Skulpturenwegen im Ellertal von Skulptur zu Skulptur. Eine Freilandausstellung der besonderen Art zeigt größtenteils Kunstwerke, die im Rahmen von Künstlersymposien entstanden. Einige von ihnen gastieren nur für begrenzte Zeit zwischen Lohndorf und Tiefenellern. Natürlich gehört zum Erleben von Kunst und Natur auch die anschließende Einkehr in der gemütlichen fränkischen Gastronomie.

Burganlage Giechburg

Die imposante Burganlage Giechburg lockt mit atemberaubenden Ausblicken über die Landschaft. Als Tor zum Landkreis Bamberg bildet die markante Silhouette der Giechburg das Gegenstück zu den sieben Hügeln der Weltkulturerbestadt. Kunst und Kultur haben ihren Raum im Burgfried. Der nahe Gügel, eine auf einem Felsen erbaute Wallfahrtskirche aus dem 17. Jahrhundert, lädt zu einem Spaziergang durch die intakte Kulturlandschaft ein.

Durchatmen, entspannen oder aktiv sein – der Markt Heiligenstadt bietet attraktive Übernachtungsmöglichkeiten und viele Freizeitattraktionen. Als Urlaubsparadies im Zentrum der Fränkischen Schweiz ist die Jurgemeinde Ausgangspunkt für Wander- und Fahrradausflüge, ebenso wie attraktives Revier für Kletterer. Das Tal der Leinleiter mit der romantischen Heroldsmühle, die Burg Greifenstein und ihre imposante Lindenallee laden ein, versteckte Schätze zu entdecken.

Das Bayerische Umweltministerium fördert die Landesgartenschau in Bamberg mit 3,6 Millionen Euro, zusätzliche 900.000 Euro gibt es für die neu entstehende Parkanlage auf der ERBA von der Europäischen Union. Oberbürgermeister Starke hob hervor, dass die generierten Fördergelder und die damit verbundenen Investitionen dauerhaft in der Stadt verbleiben und so „die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger Bambergs weiter steigern werden.“

DK

Kosten nach dem Sterben verändern die Friedhofslandschaft.

Gleiches attestierte Andreas Masing aus Gelsenkirchen in seinem Vortrag. Als Vorsitzender im VFFK (Verein zur Förderung der deutschen Friedhofskultur e.V.) steht bei ihm nicht nur Bayern im Fokus, sondern die ganze Friedhofs- und Bestattungskultur. Skurrile Bestattungen wie die am Stadion von Ajax Amsterdam oder der Urne im niederländischen Wohnzimmerschrank nehmen zu. Die Trauer um einen verstorbenen Menschen ist teils geringer als die um die verstorbene Katze. Viele Beispiele mehr nutzte Andreas Masing, um die Anwesenden zu ermuti-

gen, rechtzeitig aktiv zu werden und zu tun was möglich ist, um die Friedhofskultur zu erhalten oder zumindest maßgeblich bei der Weiterentwicklung eingebunden zu sein.

Nach ausgiebigem Austausch der Positionen und Interessen aller Anwesenden konnte zügig die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden.

Leitfaden als Medium

Wesentliches Ziel des Arbeitskreises ist, den Friedhof wieder mehr in die Öffentlichkeit zu rücken, dem Friedhof wieder mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Medium dazu wird die Schaffung einer Art Leitfadens für den „grünen & bürgerfreundlichen Friedhof in Bayern“. Der Arbeitskreis wird etwa 2-3 mal pro Jahr tagen und bis voraussichtlich 2013 Ergebnisse erarbeitet haben. Diese werden über die beteiligten Institutionen kommuniziert. In geeigneter Weise werden außerdem die Politik bzw. die zuständigen Ministerien im Freistaat in die Arbeit eingebunden.

Für Thorsten Baega (TBF) schon jetzt das wichtigste Ergebnis der vergangenen Sitzung: „Wir bauen für Bayern den ersten echten Austausch aller am Friedhof interessierten Institutionen auf. Die Kontakte und der Austausch untereinander sind wesentlich. So bauen wir ein gutes Netzwerk Friedhof im Freistaat Bayern auf.“

in die Navigation übernehmen.

Seit 2011 bietet Mercedes-Benz mit COMAND Online ein Telematiksystem mit cloud-basierten Mercedes-Benz Apps, das unter anderem die Integration von Google Street View, Panoramio und die lokale Suche in die meisten Mercedes-Benz Pkw ermöglicht. Auch ist es mit COMAND Online erstmals möglich, individualisierte Routen via Google Maps direkt ins Auto zu übertragen. Im zweiten Quartal 2012 werden all diese Funktionalitäten mit mbrace2 auch für Mercedes-Benz Kunden in den USA verfügbar sein.

Daimler und Google :

Intensivierung der strategischen Partnerschaft

Im Rahmen der International Consumer Electronics Show (CES) haben Daimler und Google eine Intensivierung ihrer bisherigen Partnerschaft verkündet. Damit erhält Daimler direkten Zugang zu „Google Maps API for Business“, den Schnittstellen für automobiler Anwendungen (Application Programming Interfaces, APIs) für die Nutzung von cloud- und kartenbasierten Diensten. Darüber hinaus kann der Stuttgarter Automobilhersteller dadurch frühzeitig auf künftig entwickelte APIs zugreifen. Mit den bereits existierenden APIs wie Google Maps und Places kommen Mercedes-Benz Kunden in den Genuss zahlreicher Services.

Der Schulterschluss mit Google ermöglicht es Daimler, Google Maps für Kartenanwendungen im Fahrzeug zu nutzen und hilfreiche Kartenfunktionen in Mercedes-Benz Pkw schnell und nahtlos zu integrieren. Durch die direkte Integration innovativer Google-Produkte kann Mercedes-Benz die Einführung aktuellster Technologien im Automobil noch beschleunigen.

Lange Tradition innovativer Telematik-Lösungen

Innovative Telematik-Lösungen auf den Markt zu bringen hat bei Daimler eine lange Tradition. So hat das Unternehmen bei der Markteinführung des Mercedes-Benz SLS AMG Roadster im

Herbst 2011 seine technologische Führungsrolle mit dem Telematik-System AMG Performance Media erneut bewiesen: das Unternehmen wurde für das auf dem Android-Betriebssystem von Google (AndroidTM) basierende System mit dem „International CES Innovations 2012 Design and Engineering Award“ ausgezeichnet.

Google und Daimler arbeiten bereits seit Jahren in enger Partnerschaft zusammen. So brachte Daimler schon 2007 als erster Automobilhersteller in den USA die Google-Funktionalität „Send-to-Car“ ins Fahrzeug. Mercedes-Benz Kunden in den USA können so Ziele aus Google Maps benutzerfreundlich ans Fahrzeug senden und dort

Erden aus dem Bayerischen Wald

Größte Auswahl kleinste Preise!

- Gartenkompost/Rasenfit
- Pflanzerde/Kulturerde
- Rindenmulch
- Rollrasenuntersubstrat
- Sportplatzerde
- Gartenerde/Blumenerde
- Baumsubstrate A + B
- Rasengittersubstrat
- Schotterrasensubstrat
- Rasentragschichten u. a.

Erhältlich lose ab Kompostieranlagen, Grüngutannahmestellen od. Erdenwerk.

BBG
Donau-Wald
www.erdenprofis.de

Info-Telefon: 09903/920-170

Ein Kommunalunternehmen des ZAW Donau-Wald

Schienenkonferenz der vbw:

PPP-Pilotprojekte beim Bahnbau in Bayern

Zeil: „Mehr Weichen für die Schiene und weniger Prellböcke“

Bayern fordert Perspektiven für PPP-Modelle beim Bahnbau. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil hat jüngst bei einer Schienenkonferenz der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vbw eine Lanze für öffentlich-private Partnerschaften im Schienenbereich gebrochen. Er fordert von Bund, DB AG und der Privatwirtschaft ein gezieltes Vorgehen. „Trotz aller Bemühungen der Bundesregierung werden wir bundesweit den Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur nur meistern können, wenn auf allen Ebenen und Bereichen mehr Aufgeschlossenheit für alternative und innovative Finanzierungsformen entsteht. Das gilt insbesondere für die Schieneninfrastruktur, wo wir in Deutschland in Sachen PPP noch nicht einmal in den Kinderschuhen stecken. Bayern ist als Bahnland Nr. 1 mit seiner Wirtschaftskraft wie Leistungsfähigkeit prädestiniert und reif für ein Pilotprojekt“, verkündet Zeil seine Bereitschaft an die Adresse von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer.

„Ich habe das Gefühl, bei PPP im Schienenverkehr gibt es bisher ein Zuviel an Prüfungsangst und mehr Prellböcke als Weichen. Wir brauchen daher für PPP bei der Bahninfrastruktur mehr BBB-Mentalität“, so Zeil. BBB steht dabei für Bewusstsein, Bereitschaft und Bekenntnis. Für den Minister wird der Erfolg von PPP-Modellen auf der Schiene entscheidend davon abhängen,

dass die richtigen Leistungsanreize gestellt werden. „Dann könnten unsere Bürger und unsere Wirtschaft bessere Bahnverbindungen nicht nur zeitlich sehr viel früher nutzen, sondern sie auch effizienter gebaut bekommen“, meint Zeil. Insbesondere beim Ausbau stark frequentierter Güterverkehrsstrecken im Freistaat sieht Bayerns Verkehrsminister gute Ansatzpunkte, zumal

für den Güterverkehr der größte Zuwachs auf der Schiene mit nahezu 50 Prozent bis zum Jahr 2025 im Freistaat prognostiziert wird und dies damit für private Investoren attraktiver wäre.

Wachsende Verkehrsbelastung

Vor dem Hintergrund der wachsenden Verkehrsbelastung auf der Schiene bedauert Zeil die Verzögerungen bei der Planung der Brenner-Zulaufstrecke zwischen München und Rosenheim: „Die geplante Unterzeichnung einer Ressortvereinbarung zwischen Deutschland und Österreich wäre ein dringend notwendiger Schritt gewesen, endlich in die konkrete Ausbauplanung des Brenner-Nordzulaufs einzusteigen.“ Mit der Absage des Termins auf Bitte Österreichs trete nunmehr eine weitere zeitliche Verschiebung ein, die aufgrund der großen verkehrlichen Bedeutung

der Strecke für den alpenquerenden Verkehr kritisch sei. In diesem Zusammenhang betont Verkehrsminister Zeil auch die hohe Bedeutung einer frühzeitigen Einbindung der Betroffenen in den Planungsprozess. Nur so könne ein Projekt in einem solchen Umfang erfolgreich zu einem positiven Abschluss gebracht werden. „Ich werde mich im Rahmen meiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die betroffenen Kommunen eng in den Planungsprozess und die Trassenfindung eingebunden werden“, hebt Zeil hervor.

Die vbw hatte im Rahmen ihrer Vortragsreihe „Vorsprung Bayern“ Vertreter der bayerischen Transport- und Bauwirtschaft sowie politische Multiplikatoren zur Veranstaltung mit dem Titel „Neue Perspektiven für die bayerischen Schienenwege“ nach München geladen. Neben Minister Zeil referierten vor rund 100 Besuchern dort noch vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt, Bayerns Bahnchef Klaus-Dieter Josel, der Vizepräsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes Josef Geiger, der Präsident des Landesverbandes Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen Hans Wormser und Heike Höhnscheid von der Landesgruppe Bayern des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen. □

Mehr Züge auf der Donautalbahn und nach Nördlingen

Freistaat verbessert Bahnangebot im nördlichen Schwaben und nördlichen Oberbayern

Die Fahrgäste in Schwaben durften sich auf Verbesserungen im Bahnland Bayern freuen. Im Dezember 2011 trat der Jahresfahrplan 2012 in Kraft, der den Bahnreisenden eine ganze Reihe von Neuerungen bietet. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regionalverkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, bestellte bei agilis auf der Donautalbahn und beim Fugger-Express zusätzliche Fahrten.

Im Donautal bietet agilis im Auftrag des Freistaats zwischen Regensburg und Ingolstadt mit dem Start der zweiten Betriebsstufe des Wettbewerbsprojekts „E-Netz Regensburg“ ein verbessertes Angebot: Durch eine neue zweistündliche Expressverbindung am Wochenende von Regensburg über Ingolstadt und Donauwörth nach Ulm können Fahrgäste die über 200 Kilometer lange Strecke in gut zweieinhalb Stunden zurücklegen.

Expresszüge

Die Expresszüge sind somit fast eine Stunde schneller als die überall haltenden Regionalzüge. Die zweistündlich verkehrenden

Wochenend-Expresszüge zwischen Regensburg und Ulm halten in Regensburg-Prüfening, Sinzing, Saal, Abensberg, Neustadt, Ingolstadt, Neuburg (Donau), Unterhausen, Burgheim, Rain, Donauwörth, Dillingen, Lauingen, Günzburg sowie Neu-Ulm.

Schnellerer Anschluss

Ergänzend verkehrt agilis am Wochenende jede zweite Stunde zwischen Neufahrn, Regensburg und Ingolstadt mit Halt an allen Stationen. In Ingolstadt besteht Anschluss an die agilis-Regionalzüge über Donauwörth nach Ulm. Über den Umsteigepunkt Regensburg-Prüfening erhalten auch die Orte der agilis-Linie Neumarkt – Regensburg zweistündlich einen schnellen Anschluss Richtung Ulm. Darüber hinaus bestellt die Bayerische Eisenbahngesellschaft an den Wochenenden im Sommerhalbjahr einen Radzug von Ulm über Regensburg nach Passau und zurück.

Pendlerangebote

An Werktagen profitieren Fahrgäste zusätzlich zum Stundentakt von drei schnellen Expresszugpaaren zwischen Regensburg und Ulm. Für Pendler ab Saal in Richtung Ingolstadt verdedicht die Bayerische Eisenbahngesellschaft das Angebot früh morgens zu einem Halbstundenrhythmus. Mit etwa halbstündlichen Abfahrten z. B. ab Neustadt erreichen Pendler nicht nur den Arbeitsort Ingolstadt, sondern dort auch die halbstündlich verkehrenden Züge Richtung München und Nürnberg.

Betriebszeitausdehnung

Erfreulich ist auch die Ausdehnung der Betriebszeiten auf der gesamten Donautalbahn bis mindestens 23 Uhr. Die bisherige Spätverbindung von Regensburg um 23:11 Uhr wird über Saal hinaus nach Abensberg und Neustadt verlängert. In den Nächten von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag wird dieser agilis-Zug in Abstimmung mit der Region erst um 00:25 Uhr in Regensburg Richtung Neustadt losfahren. In Ingolstadt fährt der letzte Zug nach Neuburg (Donau) am Wochenende um 00:38 Uhr ab, sodass auch Abendveranstaltungen in München ohne Zeitdruck besucht werden können (Abfahrt München Hbf 23:29 Uhr).

Anbindung an München

Zum Fahrplanwechsel verbesserte der Freistaat das Zugangebot nach Nördlingen. Mit zwei zusätzlichen Zügen je Richtung zwischen Nördlingen und Donauwörth rückt Nördlingen noch enger an Augsburg und München heran. Am Morgen verkehren die zusätzlichen Züge um 06:00 Uhr und 06:39 Uhr ab Nördlingen. Der spätere dieser Züge fährt auf Bestellung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg bereits ab Aalen (Abfahrt 06:03 Uhr). □

Augsburger Hauptbahnhof:

Der Grundstein für den Umbau

Planfeststellung nach nur 16-monatigem Verfahren übergeben

Für den Umbau des Augsburger Hauptbahnhofs zum modernen und leistungsfähigen Drehkreuz, das den Schienenregional- und Fernverkehr optimal mit der Straßenbahn verknüpft, hat die Regierung von Schwaben den Planfeststellungsbeschluss jüngst an die Stadtwerke Augsburg und ihre Partner, Stadt Augsburg, DB Netz und DB Station und Service übergeben. „Dies ist ein guter Tag für den Standort Augsburg und die Bürger in der Stadt und der gesamten Region“, sagte Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. „Damit ist der Grundstein für den Umbau des Hauptbahnhofs gelegt“, erklärte der Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg, Norbert Walter.

Durch eine neue Straßenbahnhaltestelle direkt unter den Bahnsteigen der Deutschen Bahn wird eine optimale Verknüpfung des städtischen ÖPNV mit dem überörtlichen Schienenverkehr geschaffen. „Das setzt die Mobilität in Augsburg und in der Region auf völlig neue Gleise“, so Walter. „Wir bauen hier für den öffentlichen Verkehr der Zukunft, für die nächsten Generationen.“ Der Ausbau des Regional-Schientaktes durch die Bahn und die neue Situation am Hauptbahnhof mit kurzem, bequemem und barrierefreiem Umsteigen werde das Mobilitätsverhalten in Stadt und Region nachhaltig verändern.

Optimale Verknüpfung

„Nach der Eröffnung der viergleisigen Bahnstrecke zwischen Augsburg und München vor wenigen Tagen ist der Planfeststellungsbeschluss eine weitere Frohbotschaft für Augsburg“, sagte OB Dr. Gribl. „Jetzt sind die Weichen gestellt, daran haben wir lange gearbeitet“, so der OB. Mit der hervorragenden überregionalen Schienenanbindung an der Ost-West-Magistrale und einer künftig optimalen Verknüpfung von Regional- und Nahverkehr sei die Wirtschaftsregion beim öffentlichen Personenverkehr exzellent aufgestellt. „Zusätzlich gestalten wir mit dem Umbau des Königsplatzes, der Fußgängerzone und der Maximilianstraße im Rahmen von projekt augsburg city die Innenstadt zu einem attraktiven Zentrum mit hoher Aufenthaltsqualität“, so OB Dr. Gribl. „Was in Augsburg städtebaulich passiert, sucht seinesgleichen.“

Investitionen

Axel Boss, Leiter Produktions-

durchführung Augsburg der DB Netz AG: „Die Deutsche Bahn investiert in die Nah- und Fernverkehrsverbindungen im Augsburger und Allgäuer Raum. Wichtige Projekte konnten vor wenigen Tagen an den Verkehr übergeben werden. Nun ist der erste Schritt bei einem weiteren großen Projekt vollbracht, wenn gleich noch große Anstrengungen vor uns liegen. Dazu gehören auch die noch zu vereinbarenden finanziellen Regelungen zwischen Stadt und Bahn. Wir blicken also gleichzeitig auf mehrere wichtige Vorhaben, denn auch von einer Elektrifizierung München-Lindau wird die gesamte Region Vorteile haben.“

Bayerische Eisenbahngesellschaft:

Zusätzlicher Schülerzug Moosburg – Freising

Allen Schülern, die in Langenbach wohnen und in Moosburg zur Schule gehen, stand für ihre Heimfahrt nach 13:00 Uhr bislang nur eine Regionalbahn von Landshut Richtung Freising mit Abfahrt in Moosburg um 13:52 Uhr zur Verfügung.

Leider kann dieser Zug nicht früher starten, weil er auf die Schulschlusszeiten in Landshut abgestimmt ist. Um den Langenbacher Schülern trotzdem eine frühere Heimfahrt zu ermöglichen, bestellte die BEG auf Anregung der Stadt Moosburg bei DB Regio einen zusätzlichen Schülerzug von Moosburg nach Freising.

S-Bahn-Anschluss

Dieser Zug wird an Schultagen in Moosburg um 13:17 Uhr passend zum Unterrichtsende der Hauptschule und des Gymnasiums starten und Stopps in Langenbach und Marzling ein-

Mit dem rund 100 Millionen Euro teuren Umbau wird die Straßenbahn in einem Tunnel unter die Bahnsteige des Hauptbahnhofs geführt. Die Straßenbahnhaltestelle im zweiten Untergeschoß ist barrierefrei mit Aufzügen, Rolltreppen und Treppen mit der darüber liegenden sogenannten „Verteilerebene“ und weiter mit den Bahnsteigen verbunden. Baubeginn ist im Sommer 2012 im Osten, auf der Seite des Bahnhofsvorplatzes; im Bereich der Halder- und Viktoriastraße wird zunächst die Tunnelrampe erstellt. Nach Fertigstellung der Detailpläne soll mit dem Straßenbahntunnel unter den Bahngleisen ab 2014 begonnen werden. Das Projektende ist für spätestens 2019 geplant.

Bahnhofsvorplatzgestaltung

Drei Straßenbahnlinien werden künftig die Haltestelle unter dem Bahnhof anfahren. Gleichzeitig wird durch einen, unter dem Bahngelände durchgehenden Fußgängertunnel parallel zu



Sabine Beck (Regierung von Schwaben) übergab den Planfeststellungsbeschluss zum Augsburger Hauptbahnhof an (v. l.) Karl-Heinz Ferstl, DB Station und Service, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Stadtwerke-Geschäftsführer Norbert Walter und Axel Boss, DB Netz.

den Straßenbahngleisen, Augsburgs Westen mit der Innenstadt verbunden. Und im Zuge des Umbaus wird auch der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet.

Mobilitätsdrehscheibe

Der Umbau des Hauptbahnhofs ist der bedeutendste Baustein des Gesamtprojekts Mobilitätsdrehscheibe mit fünf Teilprojekten. Vor einem Jahr wurde bereits die neue Straßenbahnlinie

6 in Betrieb genommen, mit dem Umbau des innerstädtischen Nahverkehrsknotenpunktes Königsplatz wurde in diesem Jahr begonnen. Geplant sind weiterhin eine neue Straßenbahnlinie 5 und die Verlängerung der Linie 1. Insgesamt umfasst die Mobilitätsdrehscheibe eine Investitionssumme von rund 250 Millionen Euro. Bund und Land fördern das Projekt aus dem GVFG mit dem Höchstsatz von 83 Prozent. □

vbw fordert mehr Investitionen in das Verkehrsnetz

Auf einer Veranstaltung der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. zur Zukunft der Schiene im Freistaat forderte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt mehr Investitionen in die bayerische Infrastruktur: „Als Exportland und Flächenstaat mitten in Europa ist Bayern auf ein hoch leistungsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Wir müssen unsere Land-, Luft- und Wasserwege erhalten und bedarfsgerecht ausbauen, denn ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine starke Verkehrsinfrastruktur“

Laut Brossardt gilt es, erhebliche Engpässe und Mängel an Bayerns Straßen, Brücken und Schienen rasch zu beseitigen. Der vbw Hauptgeschäftsführer wies zudem darauf hin, dass die jetzige Verkehrsinfrastruktur nicht auf den Bedarf der Zukunft zugeschnitten ist: „Nach der aktuellen Prognose für Bayern wird der Personenverkehr bis 2025 um mehr als 20 Prozent und der Güterverkehr sogar um mehr als 50 Prozent zunehmen. Um einen Infarkt zu verhindern, muss das höhere Verkehrsaufkommen durch einen präzisen Ausbau und ein besseres Zusammenwirken der Verkehrsträger begleitet werden. Hier müssen Bund und Freistaat langfristig einen sehr viel größeren finanziellen Aufwand einplanen, als das derzeit der Fall ist.“

Internationale Verkehrswege

Ein Schwerpunkt der Investitionen muss nach den Worten Brossardts bei der Anbindung inländischer Verkehrsachsen an internationale Verkehrswege liegen. Der Schiene kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: „Ein Großteil des Verkehrswachstums bis 2025 entfällt auf die Schiene. Gerade in diesem Bereich haben sich in den letzten Jahren aber viele Projekte verzögert.“ □



KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl (4. v. r.) im Kreise der Vorstandschaft mit KPV-Ehrenkreisvorsitzendem Werner Kundörfer (2. v. r.).

Kommunalpolitische Vereinigung der CSU:

Jahresabschlussklausur im Nürnberger Land

KPV unterstützt Werner Simon – Dank an Vorstandschaft

Zur Weihnachtsklausur der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Nürnberger Land konnte KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl Bezirksrat und Vorsitzenden der CSU-Kreistagsfraktion Norbert Dünkel und den Schwaiger Bürgermeisterkandidat Werner Simon begrüßen.

Den Anfang der Jahresabschlussklausur machte KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl mit einem kurzen Jahresrückblick: „Wir haben in diesem Jahr wieder viele Themen aufgegriffen und unser kommunalpolitisches Netzwerk erweitert. Ich erinnere nur zum Beispiel an das sozialpolitische Fachgespräch mit dem Staatssekretär im Sozialministerium Markus Sackmann im vergangenen April und die sehr interessante Betriebsbesichtigung der Firma Diehl.“

Energiewende als Chance

Im Anschluss stellte Bürgermeisterkandidat Werner Simon, der im März in Schwaig für das Amt des Rathauschefs kandidiert, seine Pläne für die Ge-

meinde Schwaig vor. „Wir müssen die Energiewende als Chance für Schwaig verstehen“, so Simon, „durch die Ansiedlung von erneuerbaren Energien und den Bau von Photovoltaikanlagen können auch wir auf der kommunalen Ebene unseren Beitrag dazu leisten.“ Weiter möchte er sich für eine eigene Buslinie in Schwaig einsetzen, um die beiden großen Gemeindeteile Schwaig und Behringersdorf besser zu verbinden.

Neue Wohnformen für demographischen Wandel

Im Hinblick auf den demographischen Wandel, also der Tatsache, dass es immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge gibt, möchte Simon neue

Wohnformen, wie zum Beispiel ein Mehrgenerationenwohnhaus in Schwaig unterstützen. Da sich Schwaig räumlich durch die Autobahn und den Bannwald nicht weiter ausbreiten kann, setzt Simon durch die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, auf eine umweltschonende und rücksichtsvolle Nachverdichtung im Ortsgebiet, um für junge Familien Wohnraum zu schaffen sowie neue Gewerbestandorte zu erweitern.

Bezirksrat und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion Norbert Dünkel bedankte sich beim Kreisvorstand der KPV für die geleistete Arbeit. Er berichtete über die von der CSU-Kreistagsfraktion angestoßenen Projekte, wie z. B. aktuell die Erweiterung der Realschulturnhalle in Röthenbach und der 3-fach Turnhalle in Hersbruck. „Die CSU-Kreistagsfraktion ist und bleibt ein starker Partner der Kommunen.“

Coaching-Programm Rock Your Life:

Speed-Dating mit einem 14-Jährigen

Achmed (14 Jahre), Schüler der 8. Klasse Mittelschule und Stefan (21 Jahre), Student der Wirtschaftswissenschaften an der Ludwigs-Maximilian-Universität München, haben sich vor einigen Wochen an der Mittelschule in der Gardinistraße kennengelernt. Was im ersten Moment nach einer ungewöhnlichen Begegnung klingen mag, hat in Wirklichkeit wenig mit herkömmlicher Partnervermittlung zu tun und wurde sogar 2009 von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des deutschlandweiten Wettbewerbs „startsocial“ persönlich ausgezeichnet.

„ROCK YOUR LIFE!“ nennt sich eine gemeinnützige Gesellschaft, die 2010 gegründet, an mittlerweile 21 deutschen Standorten vertreten ist und diese bis dato unbekanntem Veranstaltungen initiiert. Beim sogenannten „Matching“ sitzen sich ähnlich dem Speed-Dating-Prinzip, jeweils ein Mittelschüler im Alter von 14 bis 15 Jahren und ein Student gegenüber und lernen sich in einem eineinhalb minütigen Gespräch zum ersten Mal kennen. Das Ergebnis dieses kurzen Kontakts ist eine anschließende zweijährige Eins-zu-Eins Coaching-Beziehung zwischen dem

Studenten „Coach“ und seinem anvertrauten Mittelschüler - auch liebevoll „Coachee“ genannt. Ziel der ungewöhnlichen Beziehung ist es, dem Schüler in den letzten Zügen seiner acht jährigen Schulzeit mit den wichtigen Fragen des Lebens zur Seite zu stehen: „Wo stehe ich, was kann ich und wohin will ich?“ Und wer kann von sich aus schon behaupten, diese Fragen im Alter von 14 Jahren für sich alleine beantworten zu können.

Gegen Perspektivlosigkeit

Die Themengebiete liegen da-



„Wächter“ und „Guter Hirte“ in Gundremmingen

Für eine „Kunstförderung par excellence“ dankte der frühere Bezirkstagspräsident und Altlandrat von Günzburg, Dr. Georg Sinnacher, der Gemeinde Gundremmingen, dem Bürgermeister Wolfgang Mayer und dem Pfarrer Richard Harlacher. Der besondere Anlass dazu war die Einweihung von zwei Kunstwerken aus Gußbronze des in Gundremmingen und in seiner Heimatstadt Budapest lebenden Künstlers Sandor Kecskemeti: „Der Gute Hirte“ vor dem Pfarrhof und „Der Wächter“ beim Rathaus. Hinzu kam die Einweihung der neuen Ortsdurchfahrt mit einem Bauaufwand von rund 4 Millionen Euro. Im Bild, vor dem „Guten Hirten“ vereint, Weihbischof Anton Losinger, zwischen Pfarrer Harlacher (neben der Skulptur) und Dr. Sinnacher. Rechts der Künstler Kecskemeti, der frühere Staatsminister Dr. Bruno Merk und Bürgermeister Mayer. Text u. Bild: jdt

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Bayernweite Auszeichnung geht an die Mittelschulen Bobingen und Großaitingen

Zu ihrem 100. Jubiläum sponserte erdgas schwaben im vergangenen Jahr 50 Aufführungen des Kinder- und Jugendtheaters EUKITEA, die vor Ort in Schulen und Kindergärten Schwabens stattfanden. In Bobingen hatte die Dr.-Jaufmann-Mittelschule im Anschluss an das Anti-Mobbing Theaterstück „Raus bist Du!“ etwas Besonderes zu feiern. Gemeinsam mit ihrer Partnerschule, der Mittelschule Großaitingen erhielt sie die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ vom Land Bayern.

„Klatsch!“ – die Ohrfeige hat gegessen. „Du spinnst wohl, du blöde Kuh!“, brüllt Daniela zurück und hält sich die linke Backe. Aber Sabrina guckt nur. Wer hier Täter und wer Opfer ist, ist klar. Oder doch nicht? Wie schnell friedliches Miteinander in Gefahr ist, wie Mobbing auch in der Schule funktioniert, zeigt das Schauspielteam Diederich des Theaters Eukitea in seinem packenden Stück „Raus bist Du!“. Es ist eines von insgesamt sechs Stücken, die erdgas schwaben den Schulen der Region kostenfrei zur Auswahl stellte. Schwerpunkte der einzelnen Aufführungen waren nachhaltiger Klimaschutz sowie Sucht- und Gewaltprävention.

Strategie gegen Mobbing

„Letztlich geht es darum, dass alle zusammenhelfen müssen.

Allein zum Lehrer gehen hilft nicht“, erklärt der Schulleiter der Bobinger Mittelschule, Ulrich Bathe, im Anschluss an das Theaterstück die wirkungsvollste Strategie gegen Mobbing. Seine Amtskollegin von der Partnerschule in Großaitingen, Jutta Gasteiger, kann ihm da nur beipflichten. Gemeinsam erhalten beide Schulen an diesem Tag im Beisein des Großaitinger Bürgermeisters Franz Stellingner, der Bobinger Kulturreferentin Elisabeth Morhard und der für Augsburg-Land zuständigen Schulrätin Aloisia Theresia Wiedenmann die Auszeichnung des bundesweiten Projektes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Landeskoordinatorin Dr. Chong-Sook Kang vom Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München lobt das Engagement der beiden

bei nicht nur auf Ausbildung und richtiger Berufswahl, sondern auch auf ganz persönlichen Themen wie Schule, Familie und Freunde. Entstanden ist das Konzept „ROCK YOUR LIFE“ 2008 an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen um sich dem Problem der vererbten Perspektivlosigkeit und die mangelnde soziale Mobilität in Deutschland anzunehmen. Doch was treibt Studenten an, in Zeiten von überfrachteten Stundenplan, überfüllten Hörsälen und immer weniger Zeit für sich selbst, sich einem Projekt ohne scheinbare Gegenleistung leidenschaftlich zu verschreiben? „Viele reden von sozialer Gerechtigkeit. Reden ist Silber, Handeln ist Gold. In unserem Studium lernen wir viel über Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Aber was sind die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft in Deutschland? Und wie können wir diese dauerhaft lösen? Das ist mein Antrieb für ROCK YOUR LIFE!“ so Simon Koros, Student der Technischen Universität München und RYL! Coach seit 2011.

Brückenschlag zwischen sozialen Schichten

Ziel der Gründer war es eine Brücke zu schlagen zwischen den am meisten profitierenden des Bildungssystems und den oft schweren Schicksalen von Schülern an deutschen Mittelschulen. Das Ergebnis dieser jungen Aktion ist genau so verblüffend wie unterschiedlich. Dabei reicht das Spektrum von abgebrochenen Coaching-Beziehungen bis zu verblüffenden Erfolgsgeschichten. So hat zum Beispiel Julia im Laufe ihrer zwei jährigen Coaching Beziehung die mittlere Reife erlangt und einen Berufsausbildung als Bankkauffrau gestartet, welche für sie, ihre Eltern und Lehrern vor RYL! unvorstellbar gewesen wäre. Und genau diese Vielfalt macht die Aktion für die Studenten und Schüler so spannend und einzigartig. Weitere Informationen unter: <http://www.rockyourlife.de>

Fränkische Gemeinden und Landkreise haben die Nase vorn

Erster Lehrgang „ReferentIn für Pressearbeit BVS“ schließt in Nürnberg ab

Für Kommunen und kommunale Betriebe wird der professionelle Umgang mit den Medien immer wichtiger. Dem entsprechen viele Gemeinden, Städte und Landkreise, indem sie diejenigen, die sie nach außen vertreten, professionalisieren. Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) bietet den Lehrgang für Pressesprecher und Pressereferenten von Kommunen bayernweit an.

Nun fand zum ersten Mal die Abschlussprüfung in Nürnberg statt und es ist auffällig, dass die fränkischen Absolventen über die Hälfte des Kurses ausmachen. Die Landkreise Main-Spessart und Forchheim und die Städte Coburg, Erlangen, Lohr am Main und Gunzenhausen setzen auf KnowHow im Umgang mit Presse und Rundfunk, „denn die Anforderungen die heute an Medien gestellt werden, nehmen kontinuierlich zu“, sagt Gisela Goblirsch, die den Lehrgang leitet. „Der Druck, der auf Redaktionen und Journalisten lastet, setzt sich natürlich fort und landet ganz automatisch in den Kommunalverwaltungen, die sich mit immer drängenderen Anfragen auseinandersetzen müssen. Und dazu braucht es Profis in den Pressestellen.“

Ganze Bandbreite

Die Ausbildung zum „Pressereferenten, BVS“ ist nur ein Teil der gesamten Ausbildung. Wer nicht nur die Pressearbeit, sondern die ganze Bandbreite kommunaler Öffentlichkeitsarbeit im Aufgabenfeld abdecken muss, kann den „Referenten für Öffentlichkeitsarbeit, BVS“ drauf-satteln. Da geht es um die social media, um Konzepte, um Plakate und Flyer und den Umgang mit Dienstleistern.

Melanie Bischoff aus Ebersdorf bei Coburg ist ebenfalls unter den aktuellen Absolventen und hat damit als einzige Fränkin schon beide Ausbildungen durchlaufen. „Für mich war das eine sehr lehrreiche Zeit, denn selbst wenn man schon einige Jahre in dem Bereich arbeitet, bekommt man doch eine andere Sicht auf die Zusammenhänge und sieht auch Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die man vorher nicht wahrgenommen hat.“



14 zertifizierte Pressesprecher, acht davon kommen aus Franken. „Die Bayerische Verwaltungsschule qualifiziert in diesem Lehrgang Pressstellen der Kommunen zum Umgang mit den Medien. Und besonders die fränkischen Kommunen und Kommunalbetriebe sind sehr daran interessiert“, sagt Lehrgangsleiterin Gisela Goblirsch (2. v. r.).

Erfahrungsaustausch

Doch nicht nur Franken sind erfolgreich. Fairerweise muss gesagt werden, dass auch Oberbayern und die Oberpfalz in diesem Lehrgang vertreten waren, sowie einige kommunale Wirtschaftsbetriebe für Infrastruktur und Tourismus. „Diese Vielfalt – von der kleinen Gemeinde bis hin zum Bayerischen Landesamt oder eben Kommunalbetrieben – ermöglicht es, dass man sehr gut Erfahrungen austauschen kann. Gute wie schlechte Erfahrungen, und das wiederum führt dazu, dass man für viele Situationen besser gerüstet ist und einfach sicherer mit den Journalisten zusammenarbeiten kann“, sagt die Ebersdorfer Pressereferentin, und ihre Kollegen stimmen zu.

Schulen gegen Ausgrenzung von Schülern aktiv vorzugehen.

Dass erdgas schwaben mit dem Theaterstück mithelfen durfte, freut Helmut Kaumeier von erdgas schwaben. „Getreu unserem Motto ‚Wir sind da, wo unsere Kunden sind‘ fühlen wir uns verpflichtet, die Schulen in unserer Region zu unterstützen in ihrer Arbeit gegen Gewalt und zur Stärkung der Zivilcourage“, erklärt der Vertriebsleiter Region Mitte das Engagement von erdgas schwaben.

Zillertal.at

7 Nächte HP & 6 Tage
Zillertaler Superskipass

Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension

Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00

Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten

Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-braeu.at · info@hotel-braeu.at

Rhein-Main-Donau AG:

Vorwürfe des Bund Naturschutz entbehren jeglicher Grundlage

Vorstand Schleich mahnt dringend Versachlichung der Diskussion in Sachen Donauausbau an

In einer von der GZ am 8. Dezember 2011 veröffentlichten Information der Rhein-Main-Donau AG weist diese darauf hin, dass sie – nun auch gemäß notariell beglaubigter Urkunde - ihr vertraglich zustehendes Konzessionsrecht in dem vom künftigen Ausbau betroffenen Donaue Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen nicht ausüben wird und dort keinen Kraftwerksbau plant. „Damit soll“, so RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich, „in der sehr kontrovers und oft auch emotional geführten Diskussion ein Beitrag zur Versachlichung geleistet werden“.

Diesen Beitrag der RMD zweifelt der Bund Naturschutz in Bayern jedoch an. Wie er in einer Mitteilung darlegt, bestätige ein von ihm und dem Bürgerforum Umwelt e. V. in Auftrag gegebenes Gutachten, dass die Rolle der RMD in den EU-ge-

förderten Untersuchungen zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen rechtswidrig sei. Wörtlich heißt es unter anderem: „Im Rahmen der mit 33 Millionen Euro angesetzten EU-Studie „Variantenunabhängige Untersuchungen zum

Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ wurde die Abwicklung der Untersuchungen der Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH, einer 100%-Tochterfirma der Rhein-Main-Donau AG, übertragen. Von der RMD ist jedoch eine objektive, von eigenen Wirtschaftsinteressen unbeeinflusste Untersuchung nicht zu erwarten, da sie sich in der Jahrzehnte langen Diskussion um den Donauausbau Straubing-Vilshofen stets kompromisslos für die Staustufenkanalisierung eingesetzt hat.“ Aus Sicht der RMD sei das verständlich, würde sie doch bei Planung und Bau einer Staustufenlösung erheblich mehr profitieren, als bei einem Ausbau ohne Staustufen, mutmaßt der BN. Darüber hinaus bestünde nach dem Staustufenbau die Möglichkeit der Wasserkraftnutzung; der wirtschaftliche Vorteil hieraus stünde gemäß einem Konzessionsvertrag von 1921 ausschließlich der RMD AG zu. „Die ohne Ausschreibung erfolgte Übertragung der Projektführerschaft auf die RMD Wasserstraßen GmbH ist aus Sicht des Bundes Naturschutz und des Bürgerforums Umwelt ein Verstoß gegen die EU-Vergaberichtlinien und damit rechtswidrig.“



Dr. Albrecht Schleich und Anne-Marie von Hassel (v. r.).

Landkreis Günzburg:

Mehr Energieberatungen

Der Landkreis Günzburg führt auch im Jahr 2012 kostenlose Energieberatungen für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises durch. Gleichzeitig erweitert er dieses Beratungsangebot auf 22 Termine.

„Durch den angebotenen Beratungsservice werden die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises neutral und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen beraten“, darauf legt Landrat Hubert Hafner großen Wert. „Das Thema Energiesparen und Klimaschutz beschäftigt nicht nur die Politik in diversen Umweltgipfeln, es ist auch für die Bevölkerung von großer Bedeutung. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass der Bedarf für eine solche Beratung sehr groß ist“, so Hafner.

Nicht zuletzt seit der Proklamation der Energiewende und spätestens mit der geplanten weiteren Verschärfung der Energieeinsparverordnung in diesem

dem Bürger nicht leicht, hier den Durchblick zu behalten und ohne fachliche Beratung gehen schnell Fördergelder verloren.

Aus diesen Gründen verbessert der Landkreis sein Beratungsangebot. Außer im Monat August, finden im Landratsamt in Günzburg (am vierten Donnerstag im Monat) und im Kreishaus in Krumbach (am zweiten Donnerstag im Monat) die Energieberatungen statt. Im Zeitraum von 15 bis 18 Uhr stehen ausgebildete Energieberater für eine persönliche Beratung von jeweils einer halben Stunde zur Verfügung. **hj**



Landrat Hubert Hafner.

Jahr und den Anforderungen aus dem Erneuerbare Energien-Wärmegesetz ist eine fachliche Beratung für Bauwillige unerlässlich. Wer heute baut, muss ein energieeffizientes Gebäude errichten und die benötigte Wärme und Kälte zum Heizen, für Warmwasser und zum Kühlen teilweise über erneuerbare Energien decken. Es gibt eine ganze Reihe von Förderprogrammen, die den Einzelnen bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen und bei der Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen. Die Vielfalt der Programme macht es

Landkreisverwaltung soll noch kundenfreundlicher werden

Landratsamt München gibt Kundenbefragung in Auftrag

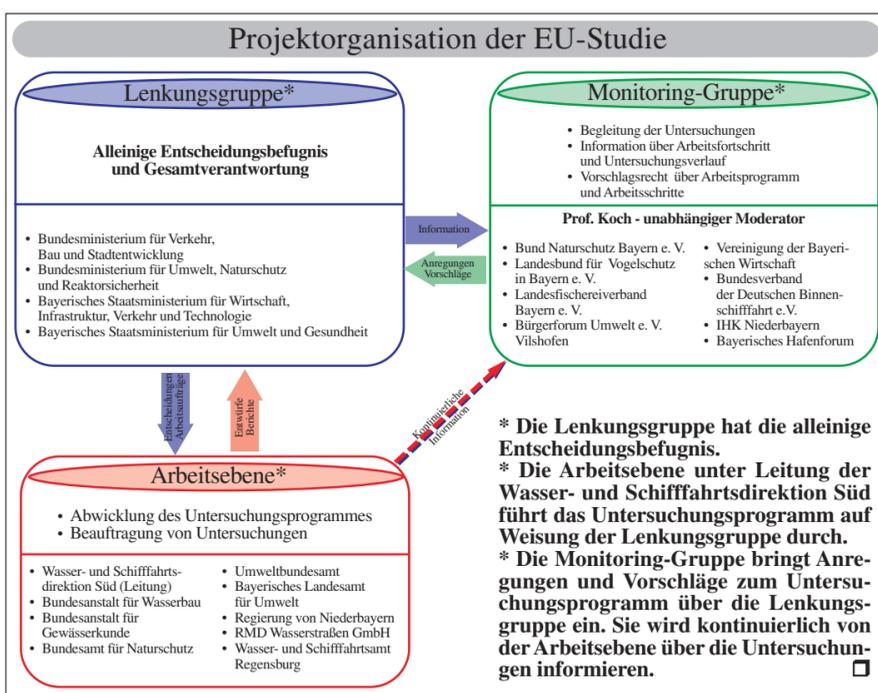
In den Monaten Februar und März 2012 werden Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis München über ihre Zufriedenheit mit der Kreisbehörde befragt. Sechs Fachbereiche des Landratsamtes werden dabei genauer unter die Lupe genommen: das Bauamt, die Kfz-Zulassungs- und die Führerscheinstelle, das Gesundheitsamt, das Jugendamt und die Lebensmittelüberwachung.

Durchgeführt wird die Telefonbefragung von der GfK in Nürnberg, dem größten Marktforschungsinstitut in Deutschland. Die Mitarbeiter der GfK werden insgesamt 400 telefonische Interviews mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises durchführen. Die Stichprobe ist ausreichend, um differenzierte Aussagen über die Meinung der Bürger über das für sie zuständige Landratsamt und die publikumswirksamen Sachgebiete zu ermöglichen. Die Befragung umfasst die Themenkomplexe, die in der Bevölkerung zu Zufriedenheit oder Unzufriedenheit führen. Dabei geht es zum einen um den fachlichen und persönlichen Eindruck, den die

Bürger vom Personal des Landratsamtes haben. Ein zweiter Schwerpunkt betrifft alle relevanten infrastrukturellen und organisatorischen Aspekte - angefangen beim Parkplatzangebot und den Öffnungszeiten bis hin zur Zufriedenheit der Bürger mit der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen.

Neben dem Landratsamt München nehmen sieben weitere bayerische an den umfangreichen Bürgerbefragungen teil, darunter auch die Landkreise Bad Tölz- Wolfratshausen und Starnberg.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Befragungen vor mehr als zehn Jahren im Rahmen des Pilotprojekts „Verwaltungsreform“ des



* Die Lenkungsgruppe hat die alleinige Entscheidungsbefugnis.
 * Die Arbeitsebene unter Leitung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd führt das Untersuchungsprogramm auf Weisung der Lenkungsgruppe durch.
 * Die Monitoring-Gruppe bringt Anregungen und Vorschläge zum Untersuchungsprogramm über die Lenkungsgruppe ein. Sie wird kontinuierlich von der Arbeitsebene über die Untersuchungen informiert.

Freistaat an den Untersuchungen zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen in Gestalt der Varianten A und C 280 beteiligt. Sie führt die Arbeiten in engem Schulterschluss mit einer Fülle von staatlichen Behörden und Bundesbehörden - vom Bayerischen Landesamt für Umwelt bis zur Bundesanstalt für Gewässerkunde - aus. Geführt wird diese Arbeitsebene von der Wasserschiffahrtsdirektion Süd. Auf Grund des Kostenerstattungsprinzips ergeben sich für die RMD keine wirtschaftlichen Vorteile aus der Entscheidung der Politik für die eine oder andere Variante. Bei keiner der beiden Varianten ist ein Wasserkraftwerk vorgesehen oder Gegenstand der Untersuchungen, so dass auch mittelbar kein wirtschaftlicher Vorteil für die RMD durch eine bestimmte Variantenentscheidung entsteht.“

Kein Hintertürchen offen

„Um die Glaubwürdigkeit des Verzichts auf den Kraftwerksbau zu unterstreichen, haben wir die Möglichkeit der Rücknahme des Verzichts ausdrücklich von der Zustimmung von zwei Dritten abhängig gemacht, nämlich dem Bund und dem Freistaat Bayern“, betonte Schleich. Zur Nutzung ihres Konzessionsrechts in diesem Streckenabschnitt sei die Rhein-Main-Donau AG also erst dann wieder in der Lage, wenn diesbezüglich ein ausdrücklicher Wunsch von der Bundesrepublik

Deutschland und vom Freistaat Bayern geäußert wird. Von einer vom BN unterstellten „Täuschung der Öffentlichkeit“ könne somit keine Rede sein. Im Gegenteil: „Der Bund Naturschutz täuscht mit seinen wiederholten Unterstellungen gegen die RMD die Öffentlichkeit. Schließlich machen wir mit dieser Sperklausel, ohne Zustimmung Dritter nicht vom Verzicht auf das Konzessionsrecht zurücktreten zu können, jegliche Hintertür zu“, erklärte Schleich und ergänzte: „Natürlich engagieren wir uns für den Ausbau der regenerativen Energie Wasserkraft. Wir wollen sie stärken und voranbringen. Aber dafür gibt es technisch wie wirtschaftlich wesentlich interessantere Stellen als den Donaue Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen.“

Der Vorwurf der Parteilichkeit bei der Vergabe von Arbeiten nach Schleichs Worten „uralt“ und werde durch die gebetsmühlenartige Wiederholung nicht wahrer. Tatsache sei: „Durchgeführt wird eine Untersuchung zum Ausbau eines Verkehrsweges. Verkehrswirtschaftliche Interessen haben nach wie vor weder die RMD noch deren Mütter E.ON, RWE und EnBW. Und um es zu wiederholen: Auch energiewirtschaftliche Interessen gibt es in diesem Flussabschnitt nicht! Schließlich ist es der Bund Naturschutz, der sich schon vor Beginn der Untersuchungen gegen eine bestimmte Ausbaularante ausgesprochen und damit von vornherein klar Partei ergriffen hat.“

Auch die Darstellung des BN, bei der Vergabe von Arbeiten hätte eine Ausschreibung erfolgen müssen, ist nach Darstellung Schleichs unzutreffend. Diese Frage ist schon in der Vergangenheit unter unterschiedlichsten Bundesregierungen eingehend untersucht worden. Sowohl das Bundesverkehrsministerium als auch die EU sind bei ihren Überprüfungen immer wieder zu der Auffassung gelangt, dass diese Untersuchungstätigkeiten entsprechend den Donauverträgen ohne Ausschreibung direkt an die RMD Wasserstraßen GmbH vergeben werden dürfen.

Im Übrigen sei das Ausschreibungsthema in der zur Schaffung größtmöglicher Transparenz extra für die EU-Studie „Donauausbau“ eingerichteten Monitoring-Gruppe, der neben zahlreichen anderen Beteiligten auch der Bund Naturschutz angehört, ebenfalls lang und breit diskutiert worden, erklärte Schleich.

Schleichs Fazit: „Eine Versachlichung der Diskussion um den Donauausbau ist mehr als wünschenswert.“ Zum Wohle der Studie wäre es jetzt endlich an der Zeit, „wenn sich auch der Bund Naturschutz auf seine

Mitwirkung in der Monitoring-Gruppe konzentrieren würde, anstatt beständig außerhalb dieses Gremiums mit ungerechtfertigten und schon mehrfach widerlegten Vorwürfen die RMD zu diskreditieren“. **DK**

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
 Fachblatt der KPV in Bayern
 Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
 Ehrenherausgeber: Otto Ammon
 Redaktion: Anne-Marie von Hassel (verantwortlich), Doris Kirchner, Chefin vom Dienst Jakob Döring, Telefon 08171 / 9307-11
 Ständige Mitarbeiter: Lutz Roßmann (Landtag), Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials), Christiane Juckenack (KPV), Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung: Constanze von Hassel (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung: Anne-Marie von Hassel, Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen: Sparkasse Dillingen, Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank Füssen-Pfronten-Nesselwang, Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen: Anne-Marie von Hassel, Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung: Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG, Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Jahrbuch-Präsentation:

„Geschichte im Landkreis Neu-Ulm“

Zehn Aufsätze zur Heimatgeschichte umfasst der aktuelle, 17. Band des Jahrbuchs „Geschichte im Landkreis Neu-Ulm“. Landrat Erich Josef Geßner stellte die 120-seitige Publikation im Rahmen einer Pressekonferenz vor. Sie ist im Landratsamt, in den Museen des Landkreises und im Buchhandel zum Stückpreis von 10 Euro erhältlich.

In seinem Jahrbuchsbeitrag beschreibt Kreisarchäologe Richard Ambs, der gleichzeitig Schriftleiter des Jahrbuchs Geschichte ist, acht verschiedene Ausgrabungsstücke aus Neu-Ulm und Wullenstetten, die seit Jahrzehnten im Depot des 2008 aufgelösten Archäologischen Museums des Landkreises in Neu-Ulm lagerten, ohne bislang publiziert worden zu sein. Ambs holt dies nach, indem er die Artefakte aus gebranntem Ton, auf die er bei den Ausräumarbeiten des bisherigen Depots im Keller des Edwin-Scharff-Museums gestoßen ist, detailgenau erklärt.

Kirche als Kreditinstitut

Finanz-, gesellschafts- und familiengeschichtliche Erkenntnisse gewann Konrad Geiger, indem er über vier Jahre hinweg die erhaltenen Finanzbücher und Rechnungen der Kirchenstiftung Reutti der Jahre 1601 bis 1931 durchstöberte. In seinem Aufsatz zieht er aus dem Finanzgebaren dieser über Jahrhunderte wirkenden kirchlichen Institution historische Schlüsse.

Interessant ist zum Beispiel, dass die Kirchenstiftung bis ins 20. Jahrhundert hinein – ermöglicht durch seine Einnahmenüberschüsse – als Kreditinstitut für Bauern, Handwerker und kleine Gewerbetreibenden in Reutti und Umgebung fungierte. Die Kirchenstiftung füllte damit eine Marktlücke, denn, so Geiger, „noch weit nach 1850 gab es im heimischen, noch überwiegend

agrarischem strukturierten Raum kein konkurrierendes Kreditvergabeunternehmen, etwa in Form der später sich entwickelnden gemeindlichen Darlehenskassen“.

Erste Frauen im Stadtrat

Mit den ersten Frauen im Neu-Ulmer Stadtrat beschäftigt sich Janet Loos in ihrem Artikel. Fünf Frauen kandidierten bei der ersten Wahl des Neu-Ulmer Stadtrats in der Weimarer Republik am 15. Juni 1919: Anna Pfänder, Marie Theilacker und Wilhelmine Holl (jeweils für die SPD), Katharina Albrecht (für die Deutsche Demokratische Partei/DDP) und Auguste Weinmiller (für die Bayerische Volkspartei/BVP). Drei der fünf Frauen zogen auch in den ersten Stadtrat nach dem 1. Weltkrieg ein. Deren kommunalpolitischer und persönlicher Werdegang wird in biografischen Skizzen nachgezeichnet. Auch dem weiteren Lebensweg der beiden SPD-Kandidatinnen, die es 1919 nicht in den Neu-Ulmer Stadtrat schafften, spürt die Autorin nach.

Kleindenkmäler

Peter Wischenbarth wiederum führt in diesjährigen Jahrbuch seine 2005 begonnene „Bestandsaufnahme der Kleindenkmäler im Landkreis Neu-Ulm“ fort. In Teil 4 der Reihe widmet er sich Marterln und Asphaltkreuzen. Wischenbarth dokumentiert die Gedenkjunkte fotografisch und kartografisch und erzählt die tra-

gischen Geschichten dahinter.

Dr. Horst Reul hat sich auf die Suche nach Hausheiligen und Hausmadonnen in Illertissen, Jedesheim und Wullenstetten gemacht. Er wurde – wie er in seinem Jahrbuchsbeitrag schreibt – „zwar fündig, aber die Anzahl ist im Vergleich zu Städten mit mittelalterlichem Kern gering“. Umso mehr beeindruckt die entdeckten Hausheiligen und Hausmadonnen, die in Hausecken, Hausgiebeln oder Hausnischen ihren angestammten Platz haben. Figur für Figur schildert Horst Reul zunächst Lage und Charakteristika der Gebäude, an deren Außenseite sich die Skulpturen befinden. Dann wendet er sich den Figuren zu, beschreibt sie detailliert und erzählt die Geschichten hinter den dargestellten häuslichen Schutzpatronen.

Flugpionier und Maler

Hermann Köhl ist einer der bedeutenden Flugpioniere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Weniger bekannt ist hingegen, dass der Ehrenbürger Neu-Ulms und Pfaffenhofens an der Roth auch ein talentierter Maler war. Einblicke in diese künstlerische Seite des Atlantikfliegers geben der Leiter des Hermann-Köhl-Museums in Pfaffenhofen, Bernd Weiß, und seine Co-Autorin Klara Aubele.

In ihrem reich bebilderten Aufsatz beschreiben die beiden die ihnen bekannten Aquarelle, Zeichnungen und Ölbilder Hermann Köhls, die dieser allesamt von seinem 18. bis etwa 30. Lebensjahr gemalt hat. Einige der gemalten Werke sind im Besitz des Hermann-Köhl-Museums im Pfaffenhofener Rathaus und dort auch ausgestellt. DK

Förderverein der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim:

Benedikt Graf von Bentzel wird neuer Vorsitzender

Neuer Vorstand, neuer Name, herausfordernde Aufgaben. Der Förderverein der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim hat bei der jüngsten Mitgliederversammlung im Dezember die Weichen für die Zukunft gestellt. Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig der Geschäftsführer des Freizeitparks Schloss Thurn, Benedikt Graf von Bentzel gewählt. Seine Stellvertretung übernimmt ab jetzt Martin Wilbers, Leiter der Unternehmenskommunikation und des Marketing Services bei der Mediengruppe Oberfranken. Neben Josef Hepp als neuen Schriftführer, wählten die Mitglieder des Fördervereins Georg Leisgang sowie die beiden Direktoren Gregor Scheller und Konrad Gottschall in den erweiterten Vorstand.

Mit dem Schlossherrn Graf von Bentzel kann der Förderverein auch künftig von den Erfahrungen eines engagierten Unternehmers profitieren, der mit den Gegebenheiten der Region bestens vertraut ist.

Oberbürgermeister Franz Stumpf stellte in seiner Rede die Bedeutung des Fördervereins für das Regionalmanagement der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim heraus und dankte dem bisherigen Vorsitzenden, Heribert Trunk, für die geleistete Arbeit. Seit 2007 hatte der Bamberger Unternehmer die Aktivitäten des Fördervereins maßgeblich geprägt und die Mitgliederzahl um 40 Prozent erhöht. Dass er aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand, wurde sehr bedauert.

Als Gründungsmitglied des Fördervereins trug er zur nachhaltigen Verankerung der WiR in der regionalen Wirtschaft bei. Besonders die Familienfreundlichkeit in der Region war für Heribert Trunk stets eine Herzensangelegenheit. Dies betonte

auch Oberbürgermeister Stumpf, der Heribert Trunk für sein Engagement in diesem Bereich herzliches Lob und große Anerkennung aussprach. Trunk setzte sich zum Beispiel bei der Verleihung des Familienförderpreises als Jurymitglied aktiv für die Vereinbarkeit von Familie



Im Bild (v. l.): Landrat Reinhardt Glauber, Martin Wilbers, Benedikt Graf v. Bentzel, Georg Leisgang, Heribert Trunk und Oberbürgermeister Franz Stumpf.

und Beruf in der Region ein.

Christian Wonka, Geschäftsführer der WiR, hob in seiner Ansprache den Vorbildcharakter des Regionalmanagements für andere Regionen hervor. Die Vorreiterposition der WiR erstreckt sich weit über die Grenzen der Region hinaus. So verwendet etwa das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur und Technologie den Demografie-Leitfaden „Auf Kurs“ als Musterbeispiel zur Bewältigung demografischer Problemstellungen. Dieser wurde im Rahmen des Projektes „Der demografische Wandel in der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim“ zusammen mit den regionalen Wirtschaftsförderungen 2010 entwickelt. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wer hätte gedacht, dass Stresstests auch für praktisch unbegrenzte Zeit auf Politiker und hohe Repräsentanten des Staates angewendet werden können.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte den Kopf angesichts der immer noch laufenden Diskussion um den Bundespräsidenten.

Stresstest ist ja das Wort des Jahres 2011 und steht für den Versuch, mittels einer Akkumulation von negativen Einflüssen auf ein System abschätzen zu können, wann es zusammenbricht. Also denkt man sich etwa für Kernkraftwerke oder sensible Chemie-Anlagen Gefährdungen aus und schaut, ob das Werk diese abfedern könnte. Wenn es dann einen simulierten Flugzeugabsturz überstanden hat, der durch einen angenommenen Mega-Orkan verursacht wurde, der wiederum zeitgleich mit einem denkbaren Erdbeben der Stärke 8,9 aufkam, dann



In dieser Situation diskutiert das Land also nicht über seine Rolle in der Welt, nicht über volkswirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Währung, nicht über die Aufgaben von Notenbanken, nicht über die Interessenverflechtung von Ratingagenturen mit Investoren, nicht über die Schlüsse, die aus der Krise für die eigene zukünftige Haushaltspolitik zu ziehen ist.

Nein, wir diskutieren über Kleider der First Lady, Urlaubsflüge mit Upgrades, Übernachtungen bei Privatleuten und jetzt sogar, wann und bei welcher Gelegenheit Christian Wulff als Privatmann oder Abgeordneter oder Ministerpräsident beim Essen war und was er dabei von sich gegeben hat, wenn man Ehrengast ist und höflich sein will.

Wir haben zwischen den Jahren Abhandlungen zu lesen bekommen, wann unter welchen Umständen welche Entschuldigung glaubwürdig ist, wir diskutierten, ob der Bundespräsident, wenn es um ihn geht, „man“ statt „ich“ sagen darf, ob man dem Nachbarn 150 Euro geben muss, wenn man in der Sylvesternacht den Rausch bei ihm ausgeschlafen hat, weil man es nicht mehr bis nach Hause geschafft hat und ob Burgwedel als Immobilienstandort wirklich attraktiv ist. Eine Frage wurde aber noch nicht gestellt: Wollen wir als Politiker und Repräsentanten des Staates Menschen mit ihren Fehlern, Widersprüchen und - was unabdingbar dazu gehört - Schwächen oder wollen wir uns demnächst von Heiligen und Asketen regieren lassen, die sich mehr damit beschäftigen, Versuche aus dem Weg zu gehen, als das Land nach vorne zu bringen?

Mein Chef, der Bürgermeister, zieht aus dem Rummel um den Bundespräsidenten vor allem den Schluss, dass man die Wahrheit nicht mit einem Käse verwechseln darf, den man nur in Scheiben genießen kann. Die Wahrheit muss immer am Stück auf den Tisch. Und er setzt mit Paul Claudel und dem heutigen Kalenderblatt auf eine einfache Wahrheit: „Nichts kann den Menschen mehr stärken, als das Vertrauen, das man ihm entgegen bringt.“

Stresstest für Politiker

gilt der Stresstest als bestanden und der zwanghafte Ruf nach sofortigem Abschalten weicht einer zu verantwortenden Restlaufzeit von fünf Jahren, bevor die Lichter ausgehen.

So wird halt heute vieles auf Stress-Resistenz geprüft. Banken müssen beweisen, dass ihre Anlagen noch ausreichend werthaltig sind, wenn Griechenland statt dem Euro den chinesischen Yuan als Währung einführt, die Ölvorkommen Saudi-Arabiens auf einen Schlag versiegen und Liechtenstein die Zahlungsunfähigkeit meldet. Geplante und bestehende Bahnhöfe werden daraufhin getestet, ob sie es verkraften würden, wenn der Zugverkehr an einem Tag durchgehend pünktlich abgewickelt würde (zugegeben, von den bisherig skizzierten Szenarien das Unwahrscheinlichste). In der Logik dieser Entwicklung liegt es also allemal, dass jetzt mal geschaut wird, welche Belastungen so ein Amt wie das des Bundespräsidenten aushält und mit ihm die Bevölkerung des Landes, die infolge der weltweiten Staatsschuldenkrise aufs Neue lernen muss, dass Deutschland nicht immer nur im Geleitzug der europäischen Politik fahren kann, sondern Führung übernehmen muss und dies eine ganze Menge Verantwortung bedeutet.

the Sabriul



Im Bild (v. l.): Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen, Landrätin Johanna Rumschöttel (München), Landrat Jacek Juszkiewicz (Wieliczka), Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, Landrat Jozef Krzyworzeka (Krakau) und die Generalkonsulin der Republik Polen in Deutschland, Elsbietta Sobótka.

Landkreise München, Krakau und Wieliczka ausgezeichnet

Preis des polnischen Botschafters für die beste partnerschaftliche Zusammenarbeit

Zum vierten Mal hat der Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Marek Prawda, einen Preis für die beste partnerschaftliche Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene verliehen. Die Wahl fiel in diesem Jahr auf den Landkreis München zusammen mit seinen beiden kleinpoleischen Partnerlandkreisen Krakau und Wieliczka. Die Zusammenarbeit der drei Landkreise habe ihn bei seinen Recherchen am meisten beeindruckt, so der Botschafter in seiner Ansprache. Er bewerte die Zusammenarbeit zwischen den drei Landkreisen auch als Teil des Freiheitsprojektes, als „eine Reise zu einem besseren Kennenlernen zweier Völker“.

Gastgeber des Festaktes im Prinz-Carl-Palais, zu dem Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, insbesondere aber auch zahlreiche Wegbereiter und aktive Träger der ausgezeichneten Partnerschaften geladen waren, war Europaministerin Emilia Müller, die in ihrer Begrüßungsansprache die besondere Beziehung zwischen Polen und Bayern hervorhob. Diese drücke sich unter anderem auch durch insgesamt 46 Partnerschaften auf kommunaler Ebene und rund 120 Schulpartnerschaften aus.

Die Laudatio zu den preisgekrönten Partnerschaften hielt die in München ansässige Generalkonsulin der Republik Polen, El-

bieta Sobótka, die das Augenmerk des Botschafters auf diese bayerisch-polnischen Beziehungen gelenkt hatte und selbst zu den wesentlichen Unterstützerinnen der Partnerschaften zwischen den Landkreisen München, Krakau und Wieliczka gehört.

Gemeinsam etwas bewegen, spontane Hilfeleistungen in Notlagen, Jugendbegegnungen oder die gemeinsame Bewältigung der komplizierten deutsch-polnischen Vergangenheit sind nur einige der Projekte, die die Generalkonsulin in ihrer Rede hervorhob. Mit Blick auf die zweiflügelige Plastik, die die Preisträger vom polnischen Botschafter überreicht bekommen haben, verglich sie die die Partnerschaft tragenden Personen mit Menschen mit einem Flügel. „Um fliegen zu können, müssen sich die Menschen umarmen“, so Sobótka. Und dies täten die Bürgerinnen und Bürger in den drei Landkreisen.

Die Vertreter der beiden polnischen Landkreise, Jozef Krzyworzeka (Krakau) Jacek Juszkiewicz (Wieliczka) betonten gleichermaßen die außergewöhnliche Hilfsbereitschaft des bayerischen Partners, sei es während des Hochwassers im Jahr 2010 oder auch was den fachspezifischen Austausch angeht.

Landrätin Johanna Rumschöttel lobte insbesondere die große Offenheit, mit der die Partner aufeinander zugehen. „Dieser Offenheit, die freie, manchmal überraschende Entwicklungen ermöglicht, haben wir es zu verdanken, dass die Partnerschaften so lebendig sind und nicht in Ritualen erstarren.“ Die Partnerschaften seien ein wichtiger Beitrag, um an einer gemeinsamen europäischen Zukunft zu bauen. □

Deutsch-Irischer Verwaltungsaustausch:

Irinnen lernen in der Partnerstadt Würzburg

Würzburg - Zwar wurden die Irinnen Karen Boyle (32) und Georgina Franey (29) nicht mit dem traditionellen irischen Willkommensgruß „Cead Mile Fáilte“ in Würzburg begrüßt, dafür gab es aber von den Mitarbeitern der Würzburger Stadtverwaltung ein herzliches Grüß Gott. Gut eine Woche waren Boyle und Franey auf Einladung des Büro Würzburg International zu Gast im Würzburger Rathaus. Boyle und Franey sind Mitarbeiter der Kommunalverwaltung von Bray und der Grafschaft Wicklow, Würzburgs irische Partner.

Schwerpunkt des Besuches der beiden Verwaltungen angeht, so war es, die Arbeit der einzelnen Fachbereiche der Stadtverwaltung kennenzulernen. Natürlich kamen Sehenswürdigkeiten wie die Festung Marienberg oder die Residenz nicht zu kurz, dennoch stellt Georgina Franey klar: „Für mich ist besonders wichtig, neue Ideen, Tipps und Tricks mit nach Hause zu nehmen.“

Beeindruckende Projekte

So war die 29-jährige Stadtplanerin beispielsweise vom Projekt „Soziale Stadt Heuchelhof“ und der Konversion des Geländes am Hubland sehr beeindruckt. Besonders am Herzen aber lag ihr der Hochwasserschutz der Stadt Würzburg. „Bray liegt an der Mündung des Flusses Dargle, und auch in Irland gibt es Hochwasser oder Sturmfluten“, erklärt sie bei einem Besuch auf der Hochwasserschutz-Baustelle am oberen Mainkai.

Karen Boyle hingegen arbeitet als IT-Spezialistin für die Grafschaftsverwaltung Wicklow. „Der größte Unterschied zwischen Deutschland und Irland“, so Boyle, „besteht beispielsweise in der Verteilung der Aufgabenbereiche. So ist

das Schulsystem komplett anders organisiert oder auch das Kfz-Zulassungswesen sehr stark zentralisiert.“ Naturgemäß interessiert sie sich sehr für die IT-Struktur der Stadtverwaltung. „In Irland ist das Einwohnermelderegister noch nicht vollständig computergestützt“, erklärt Karen Boyle. Für sie ist es besonders wichtig, Anregungen und Erfahrungen gerade über die bei der Stadtverwaltung eingesetzten Programme zu sammeln. „IT wird immer wichtiger, und hier in Würzburg wird sogar Software von Mitarbeitern für Mitarbeiter entwickelt.“

So wirkt die 32-Jährige geradezu euphorisch, als sie beim Besuch der IT-Abteilung mit den deutschen Kollegen fachsimpelt: „Wir haben uns sofort verstanden“, sagt Karen, bevor sie sich wieder den Bits und Bytes zuwendet.

Große Gastfreundschaft

Gefragt nach den beeindruckendsten Erlebnissen während ihres Würzburgaufenthalts, antworten beide unisono: „Die Gastfreundschaft.“ So sind sie während ihres Aufenthalts bei den Familien von Mitarbeitern der Stadt untergebracht. „Wir wurden

von allen Seiten herzlich in Würzburg aufgenommen.“ Und was nehmen die beiden außer den üblichen Souvenirs wie einem Bocksbeutel mit nach Bray?

Neue Erfahrungen

„Ich habe auf dem Würzburger Weihnachtsmarkt schönen, handgemachten Weihnachtschmuck gekauft“, meint Georgina Franey schmunzelnd: „Der Schmuck wird mich dann in meinem Büro immer an Würzburg erinnern.“ Nach einer Woche ging es für die beiden wieder zurück auf die

Geopark Ries kulinarisch:

Auszeichnung für Beteiligung an den Geschmackstagen

Donauwörth (pm). Geopark Ries kulinarisch hatte sich auch in diesem Jahr an den Geschmackstagen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beteiligt. Unter dem Motto „Regional und gesund kochen auf der Donau-Ries-Ausstellung“ präsentierten sich zwölf Partner von Geopark Ries kulinarisch im Rahmen der Landkreis-Ausstellung. Dafür gab es nun eine Teilnahme-Urkunde von Verbraucherministerin Ilse Aigner.

Ziele der „Geschmackstage“ sind die Wertschätzung von regionalen Produkten aus handwerklicher Herstellung und das Entdecken traditioneller Lebensmittel und Rezepte. Auch Geopark Ries kulinarisch möchte in Bezug auf Slow Food, Esskultur und Ernährungsbildung heimische Produkte und Gerichte wieder erkennbar machen.

Vielseitiges Programm

Im Rahmen der Beteiligung an den Geschmackstagen wurden daher diese Themen mit einem abwechslungsreichen Programm auf der Donau-Ries-Ausstellung behandelt. Die Ausstellung bot eine optimale Bühne für die Vorstellung der Idee „Geopark Ries kulinarisch“ mit Diskussionen, Fragen und Rätseln rund um das Thema

Grüne Insel, mit einem Rucksack voller neuer Erfahrungen von der Stadt Würzburg.

Seit über zwölf Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Würzburg und der rund 30.000 Einwohner zählenden Stadt Bray. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Idee, auf Ebene der jeweiligen Stadtverwaltungen regelmäßige Partnerbesuche durchzuführen, was nun in den einwöchigen Aufenthalt der irischen Delegation mündete, initiiert vom Personalreferenten der Stadt Würzburg, Christian Schuchardt. Ziele dieses von Petra Vossebein vom Personalreferat und Eva-Maria Barklind-Schwander vom Büro Würzburg International der Stadt Würzburg betreuten Pilotprojekts ist zum einen der fachliche Informationsaustausch, zum anderen aber auch die Festigung der Partnerschaft zwischen den beiden Städten. □



Auf den Spuren des Heiligen Kilian: Georgina Franey und Karen Boyle (r.) auf der Alten Mainbrücke. Bild: Markus Brennfleck

und einer Mühle aus dem Geopark Ries. Die Vereinigung hat sich vorgenommen, die geologischen und klimatischen Besonderheiten hervorzuheben und die Produkte wieder zu entdecken, die diese einmalige Region zu produzieren in der Lage ist.

Geopark Ries kulinarisch teilt die Grundidee der „Geschmackstage“ in Bezug auf Slow Food,

Esskultur und Ernährungsbildung und steht für den Entschluss, der schleichenden Verarmung des regionalen Angebotes durch Gleichmacherei und Austauschbarkeit entgegen zu wirken. Durch die Verwendung von regionalen Produkten kann „der Gast schmecken, wo er is(s)t und trinkt“. □

Bürgermeisterwahlen im Freistaat

In der niederbayerischen Gemeinde Malgersdorf ist der Kandidat der Bürgerlichen Wählervereinigung, Franz Josef Weber, mit 94 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden. Der 49-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Amtsinhaber Hans Schimpfhauser (CSU) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.

Der CSU-Politiker Willi Warmuth ist neuer Bürgermeister der Gemeinde Dittelbrunn im Landkreis Schweinfurt. Bei der Stichwahl erreichte er 54,9 Prozent. Der Vertreter von Sozialer Liste/SPD, Peter Härterich, kam auf 45,1 Prozent. Der 48-jährige Warmuth war bislang Geschäftsführer der Gemeinde. Der langjährige Bürgermeister Michael Herterich (CSU) war im September gestorben. **DK**

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 2. Februar 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Wasser · Abwasser

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE

Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
www.fahnen-koch.de
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
www.fahnen-koch.de
eMail info@fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klimakommune.de
Petek Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstiegshilfen, Fallschutzzeilen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de